Nr. 125. 18. Jahrg.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 1. Juni 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

## Die Novelle zum Gewerbegerichts-Gesetz.

II.

Auf Antrag des Socialpolitikers des Centrums, des Abg. Trimborn, wurde dem Gesetz eine neue Bestimmung hinzugefügt, die als eine Verschlechterung des bisher bei den Gewerbegerichten einheitlichen Wahlverfahrens von den Socialdemokraten bekämpft, von der Mehrheit des Reichstags aber in das Gesetz aufgenommen wurde. Auf Beschluß der Gemeindebehörde soll nämlich künftig durch Ortsstatut angeordnet werden können, daß die Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht nach dem Proportional-Wahlsystem vollzogen werden soll. Das Centrum will dadurch seinen „christlichen Arbeitervereinen" auf Kosten der socialistischen Gewerkschaften einen größeren Einfluß bei den Gewerbegerichtswahlen verschaffen.

Die Socialdemokraten waren gegen diese Verschlechterung des Gesetzes, weil sie die Entscheidung darüber, ob der Proporz zur Anwendung kommen oder es bei den bisherigen Bestimmungen des Gesetzes bleiben soll, nicht den Gemeindebehörden überlassen wollten, auf welche die Arbeiter ja nur wenig, meistens keinen Einfluß haben. Wir sind gewiß Freunde der Proportionalwahl, welche auch den Minoritäten eine Vertretung sichern soll; weil wir das aber sind, fordern wir, daß sie zuerst bei der Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaften zur Anwendung gelange. Die Gewerbegerichte halten wir nicht für den geeigneten Boden, um als Versuchsfeld für dieses für Deutschland neue Wahlsystem zu dienen. Will man es dennoch bei den Gewerbegerichtswahlen einführen, dann mache man es obligatorisch für alle Gewerbegerichte und lasse sich nicht von kleinlichen Parteirücksichten leiten.

Uebrigens meinen wir nicht, daß die fakultative Proportionalwahl den Gewerkschaften einen nennenswerten Schaden zufügen wird. Gewiß wird ein Teil der von den Gewerkschaftsmitgliedern gewählten Beisitzer den Vertretern der Minoritäten Platz machen müssen, soweit die Arbeiterbeisitzer in Frage kommen. Dafür werden aber die Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter andrerseits wieder einen größeren Einfluß auf die Wahl der Arbeitgeber-Beisitzer ausüben können. Was sie auf der einen Seite verlieren, werden sie auf der andren wieder gewinnen.

Die Innungs-Schiedsgerichte sind von den organisierten Arbeitern als eine unberechtigte Bevorzugung der Innungen stets bekämpft worden. Es muß in der That als ein durchaus widerspruchsvolles Verfahren bezeichnet werden, wenn die Gesetzgebung einerseits dem Gewerbestand in den Gewerbegerichten eine schnelle, billige und volkstümliche, dabei aber durch die Vorschriften der Civil-Prozeßordnung streng geregelte Rechtspflege gewährt, andrerseits aber diese Rechtspflege für die in Innungen oft wider ihren Willen vereinigten Gewerbetreibenden und deren Arbeiter wieder in Frage stellt.

Leider gelang es unsren Parteigenossen im Reichstage nicht, die Innungsvorrechte zu beseitigen oder nur zu beschränken, da dieselben eifrige Verteidiger im Centrum und bei den Konservativen fanden. Diese Parteien brauchen eben bei den politischen Wahlen die Stimmen der Kleingewerbetreibenden, und daher ihre scheinbare Fürsorge für den sogenannten „Mittelstand". Genosse Tutzauer hatte schon bei der Kommissionsberatung beantragt, den Absatz 3 des § 13 des bestehenden Gesetzes durch folgende Bestimmung zu ersetzen:

„In Gemeinden, für welche ein Gewerbegericht besteht, dürfen Innungs-Schiedsgerichte nicht errichtet werden. Besteht ein Innungs-Schiedsgericht, so ist dasselbe aufzuheben, falls ein Gewerbegericht errichtet wird."

Dieser Antrag wurde in der Kommission gegen 4 Stimmen abgelehnt, ebenso gegen 3 Stimmen folgende von Tutzauer beantragte Bestimmung:

„Die Zuständigkeit des Gewerbegerichts als Einigungsamt bei Streitigkeiten zwischen Innungsmeistern und deren Arbeitern wird durch das Vorhandensein von Innungs-Schiedsgerichten nicht beschränkt."

Statt einer Beschränkung der Innungs-Schiedsgerichte zuzustimmen, warf die klerikal-konservative Mehrheit des Reichstags bezw. seiner Kommission den Innungsfanatikern einen neuen Brocken hin, an dem sie sich die Zähne ausbeißen können, ohne davon satt zu werden. Es wurde beschlossen, daß das Gewerbegericht als Einigungsamt nicht zuständig sein soll, wenn bei der Streitigkeit ausschließlich Innungsmitglieder und deren Arbeiter beteiligt sind, und für die Innung zur Erfüllung der in § 81a Nr. 2 der Gewerbe-Ordnung bezeichneten Aufgabe ein besonderes Einigungsamt besteht, dessen Zusammensetzung und Thätigkeit den Bestimmungen der §§ 62 bis 69 des Gewerbegerichts-Gesetzes entsprechen müssen. Es dürfte den Innungen so leicht nicht werden, allen diesen Voraussetzungen zu entsprechen, und kann deshalb der ganze § 69a der Novelle als ein Schlag ins Wasser bezeichnet werden.

Eine Verbesserung des Gesetzes dürfte die Bestimmung sein, welche den Erscheinungszwang vor dem Einigungsamt einführt und eine Strafe bis zu 100 M. (unsre Genossen hatten 1000 M. beantragt) für diejenigen am Streik Beteiligten festsetzt, welche der Vorladung vor dem Einigungsamt Folge zu leisten sich weigern.

Dieser Kommissionsantrag hatte im Lager des berüchtigten „Centralverbands der Industriellen" großes Mißbehagen hervorgerufen. Doch trotz der Petition dieses Verbands und trotz der Bemühungen des nationalliberalen Abgeordneten und Bergwerksdirektors Hilbck im Plenum, der sich zu der Behauptung verstieg: „sehr viele Streiks seien ausgebrochen, um die Arbeitgeber aus dem Hause zu treiben, und die Arbeiter seien doch immer die Angreifer" — ließ sich der Reichstag nicht erweichen, sondern gab dem Antrage der Kommission die Zustimmung.

Das Einigungsamt des Gewerbegerichts bestand bisher außer dem Vorsitzenden aus 4 Beisitzern (2 Arbeitgeber, 2 Arbeiter) und konnte sich durch Zuziehung von Vertrauensmännern (Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl) ergänzen. Es mußte dies thun, wenn es von den Vertretern beider streitenden Teile unter Bezeichnung der zuzuziehenden Vertrauensmänner beantragt wurde. Diese Zusammensetzung des Einigungsamts hatte sich durchaus bewährt; Abänderungsvorschläge sind von den Interessenten nie gemacht worden. Dennoch beschloß der Reichstag, unter dem Widerspruch der Socialdemokraten, hierin eine grundsätzliche Aenderung vorzunehmen. Das Einigungsamt soll in Zukunft nur noch bestehen aus dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts und aus Vertrauensmännern, welche die streikenden Parteien je zur Hälfte zu bezeichnen haben. Außerdem soll der Vorsitzende befugt sein, eine oder zwei Unbeteiligte, welche jedoch nur beratende Stimme haben, als Beisitzer hinzuzuziehen.

Begründet wurde diese Neuorganisation des Einigungsamts damit, daß die Einführung des Erscheinungszwangs unter Strafandrohung zur Pflicht mache, darauf Bedacht zu nehmen, daß das Einigungsamt jedesmal den Bedürfnissen des konkreten Falls entsprechend zusammengesetzt werde; es könnte sich sonst ergeben, daß bei einem Streik Personen als Beisitzer fungieren, die dem betreffenden Gewerbe durchaus fernstehen und den streitenden Parteien weder als Vertrauenspersonen noch als besondere Sachkenner gelten.

Die Socialdemokraten hatten ferner in der Kommission beantragt, daß in den Fällen, wo eine Berufung gegen die Urteile der Gewerbegerichte zulässig ist, also bei Objekten von über 100 M., nicht mehr das Landgericht als Berufungsinstanz zu gelten habe, da bei diesem Gericht bekanntlich nur gelehrte Richter, also keine Fachmänner urteilen und außerdem der Anwaltszwang vorgeschrieben ist. Unsre Genossen schlugen vor, das Amtsgericht als Berufungs- und Beschwerdegericht zu bestimmen. Jedoch sollte nicht der einzelne ebenfalls nicht sachverständige Amtsrichter allein die Urteile fällen, sondern Beisitzer des Gewerbegerichts, Arbeitgeber und Arbeiter gemeinschaftlich mit dem Amtsrichter die Entscheidung treffen. Diese Einrichtung besteht in Oestreich und hat sich dort gut bewährt. Der socialdemokratische Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Eine wesentliche Verbesserung bringt die Novelle hinsichtlich des § 70 des Gesetzes. Auf Anregung unsrer Genossen wurde beschlossen, daß die Gewerbegerichte nicht bloß wie bisher berechtigt sein sollen, Anträge nur an Behörden und Vertretungen von Kommunalverbänden zu richten, sondern künftig auch an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten oder des Reichs. Ferner sollen die Gewerbegerichte das Recht haben, Ausschüsse zur Vorberatung solcher Anträge zu bilden. Damit wäre also den Gewerbegerichten das Petitionsrecht gesichert, welches bekanntlich der Oberpräsident der Provinz Brandenburg dem Berliner Gewerbegericht abgestritten hat, als es sich an den Reichstag mit einer Petition gegen die Zuchthaus-Vorlage wenden wollte.

Dies sind die wesentlichen Aenderungen des Gewerbegerichts-Gesetzes, die der Reichstag beschlossen hat. Die Novelle enthält neben einigen Verschlechterungen doch eine ganze Reihe von Verbesserungen, so daß die socialdemokratische Fraktion bei der entscheidenden Schlußabstimmung für sie stimmen konnte. Ob sie indes, trotz der großen Mehrheit, mit der sie vom Reichstag angenommen wurde, Gesetz werden, d. h. die Zustimmung des Bundesrats finden wird, muß abgewartet werden.

Es wird sich zeigen, wie weit auch in diesen Fragen der Einfluß der großkapitalistischen Unternehmer-Verbände und ihrer Scharfmacher auf die verbündeten Regierungen reicht.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Mai.

### Eine Mißernte in Wintergetreide

steht der deutschen Landwirtschaft nach den Saatenstandsberichten vom 15. Mai sicher bevor. Steigende Getreide- und Brotpreise für die Bevölkerung sind die Folge davon, gleichzeitig auch eine erhöhte Zufuhr von ausländischem Getreide, da die heimische Erzeugung nun erst recht nicht zur Brotversorgung des deutschen Volks ausreicht. Im letzten Wochenbericht über den Produktenmarkt berechnet die „Voss. Zeitung" für das neue Erntejahr einen Weizenzuschuß aus dem Ausland von 2½ Millionen Tonnen, das sind 1½ Millionen Tonnen mehr als im Vorjahr. Der Roggenbedarf aus dem Ausland wird auf 1 600 000 Tonnen geschätzt, das sind 760 000 Tonnen mehr als im Vorjahre. Diese gewaltigen Zufuhren aus dem Auslande sind im nächsten Jahre eine Notwendigkeit, die auch die Agrarier nicht bestreiten können. Wenn aber so zuzugeben ist, daß die deutsche Getreideproduktion zur Versorgung des deutschen Volks mit Brotgetreide nicht ausreicht, so ist nicht zu verstehen, wie man diese fatale Situation zu einem Grunde für die Erhöhung der Getreidezölle ausnutzen kann. Bei steigendem Bedarf im Inlande trägt den vollen Zoll der Käufer; so sicherlich im Laufe des kommenden Jahrs. Nun leben wir aber in einer Zeit des industriellen Rückgangs, die Lohnherabsetzungen, Arbeitslosigkeit, Betriebseinschränkungen bringt. Der Verdienst der Arbeiterklasse geht zurück, dagegen steigen die Brotpreise. Daß eine solche Konstellation für die Arbeiterklasse verwüstend wirkt, wird wohl niemand bestreiten. Nun denke man sich noch eine weitere Erhöhung der Getreidezölle, eine weitere Erschwerung der ausländischen Zufuhren, so würden in einem Jahr wie dem bevorstehenden die jetzt schon schädlichen Folgen für die Arbeiterklasse verstärkt, die Zahl der Lohnkämpfe müßte sich mehren, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt würde in Frage gestellt.

Von den reinen Agrariern verlangen wir nicht, daß sie sich um solche Konsequenzen kümmern. Aber von einer Partei wie dem Centrum ist es unerfindlich, daß sie die Interessen der industriellen Arbeiter so ganz nebensächlich behandeln kann. Die „Kölnische Volkszeitung" kommt nämlich in einer Betrachtung über die bevorstehende Mißernte zu dem Schluß, daß eine Erhöhung der Schutzzölle nun erst recht sich als Notwendigkeit erweise. Sie sagt:

„Der Landwirtschaft muß nicht nur in einer akuten Kalamität, sondern dauernd geholfen werden. Wer jetzt angesichts der drohenden Mißernte der Landwirtschaft helfen will, der wird ihr wohl auch einen Schutzzoll gegen das billige ausländische Getreide nicht versagen können. Denn man kann doch nicht wünschen, daß der Preis des wenig geernteten Getreides nun auch noch durch die Menge hereinströmenden fremden Getreides ungewöhnlich gedrückt wird."

Also wäre es nach der „Kölnischen Volkszeitung" am rätlichsten, man sperrte die Grenzen ab und ließe es unter der inländischen Mißernte zu Getreidepreisen kommen, wie man sie in früheren Zeiten in sogen. Hungerjahren gekannt hat. Und dabei ernährt die ganze übrige Welt, mit der wir doch wettbewerbsfähig bleiben müssen, ihre Arbeiterbevölkerung billiger!

Wenn ein Argument noch geeignet ist, die Bewegung gegen die Erhöhung der Getreidezölle wesentlich zu unterstützen, so ist es die bevorstehende Mißernte. Die Wahrscheinlichkeit, daß wir trotz des „billigen ausländischen Getreides" steigernde Brotpreise haben werden, die den Arbeiterhaushalt ganz empfindlich treffen, wird die Gefährlichkeit des Experiments, den Brotzoll nochmals zu erhöhen, deutlich zeigen. Die Arbeiterbevölkerung, soweit sie dem Centrum noch folgt, wird die Nachteile des Brotzolls in den nächsten Monaten am eignen Leibe zu verspüren bekommen und dann aus eigner Erfahrung noch ein Wort darüber mitreden können, ob für sie eine erneute Zollerhöhung auf Getreide so gleichgültig und unbedeutend ist, als wie es nach dem Verhalten der Centrumspresse erscheint.

### Entwürdigung des Lehrerstandes.

Wiederholt ist in letzter Zeit bekannt geworden, daß auf ostpreußische Landlehrer ein Druck ausgeübt wurde, für muckerische, konservativ-agrarische und zuletzt für „unparteiische" Zeitungen, die sämtlich im Verlage der „Ostpreußischen Zeitung" in Königsberg erscheinen, Abonnenten zu sammeln. Das Verlagsgeschäft, das diese Schriften herausgiebt, gehört einer Aktiengesellschaft, der außer dem **Grafen Klinckowström** eine ganze Anzahl der bekanntesten ostpreußischen Agrarier angehören. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, ein muckerisch-konservatives Blatt, den „Preußischen Volksfreund", der wöchentlich erscheint, auf dem Lande zu verbreiten. Das Blatt hat direkte Unterstützungen an Geld von der konservativen Partei in Ostpreußen sowie von „Verein zur Bekämpfung der Socialdemokratie" erhalten. Durch die Thätigkeit des ganzen amtlichen Apparats ist es gelungen, die Auflage des Blattes auf über 20 000 in die Höhe zu treiben. Davon werden eine ganze Anzahl Exemplare von den Gutsbesitzern bezahlt und an die Gutsarbeiter unentgeltlich abgegeben. Lehrer und Pastoren haben aber auch zahlende Abonnenten heranschaffen sollen.

Ueber ihre Thätigkeit wird genaue Kontrolle geübt, wie nachstehende Regierungsverfügung zeigt, die von der „Tilsiter Allgem. Zeitung" veröffentlicht wird:

„**Königliche Regierung**
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen
II Ea 1230.

Gumbinnen, 26. Novbr. 1900.
Markt Nr. 1.

Es ist für uns von Interesse zu erfahren, in welchem Umfange es gelungen ist, durch die von uns mehrfach in Anregung gebrachte Thätigkeit der Lehrer die Verbreitung christlicher und patriotischer Zeitschriften, Blätter und Kalender zu fördern und damit das Bedürfnis der Bevölkerung veredelnd zu beeinflussen.

Wir ersuchen Sie, die Lehrer Ihres Aufsichtsbezirks **zum Bericht** darüber zu veranlassen, welche Zeitschriften pp. dieser Art und in wie vielen Exemplaren — nach dem Stande am 1. Januar 1901 — durch sie zur Verteilung gelangen und wieviel Exemplare der einzelnen Zeitschriften von festen Abonnenten bezogen werden. Aus den Berichten der Lehrer wollen Sie alsdann eine Zusammenstellung fertigen, aus welcher **neben den Namen der Lehrer** die in Ihrem Bezirk verbreiteten Zeitschriften sowie die Stückzahl der letzteren (und unter diesen wiederum die Zahl der fest abonnierten) ersichtlich sein müssen. Am Schlusse dieser Zusammenstellung wollen Sie dann noch auch außerdem die von Ihnen selbst etwa verbreiteten Blätter unter gleichzeitiger Angabe der festen Abonnenten eintragen.

Die Nachweisung nebst den Berichten der Lehrer ersuchen wir bis zum 1. Februar 1901 dem Herrn Kreis-Schulinspektor vorzulegen.

(gez.) Schuster.

An
sämtliche Herren Ortsschulinspektoren
des Bezirks."

Ganz ohne Grund will die Regierung in Gumbinnen natürlich nicht die Namen der Lehrer und die Zahl der gewonnenen Abonnenten wissen. Die Lehrer müssen annehmen, daß die Zahl

der von ihnen geworbenen Leser des „Volksfreund“ und andrer Schriften, die ihrer vorgesetzten Behörde zusagen, von Einfluß sei auf das Urteil ihrer Vorgesetzten und damit auf ihr ferneres Fortkommen. Daß also die Lehrer zunächst selbst Abonnenten wurden und dann ihren nicht geringen Einfluß auf die Kinder und deren Eltern ausnützten, um mit einer recht großen Zahl von gewonnenen Lesern im Bericht des Schulinspektors verzeichnet zu sein, ist offenbar. Verwunderlich wäre es auch nicht, wenn dort, wo die Arbeiter nicht so thöricht waren, sich Geld für den „Volksfreund“ abknöpfen zu lassen, Lehrer in den eigenen dünnen Beutel gegriffen hätten, um wenigstens einige Exemplare aufweisen zu können, die bezahlt werden. Und werden nicht Lehrer für das Blatt agitiert haben, trotzdem der Inhalt desselben ihrer eignen Ueberzeugung entgegengesetzt ist? Das Verfahren der Regierungsbehörde in Gumbinnen, das die Lehrer in den Dienst von Parteizeitungen zwingt, ist in höchstem Maße verwerflich. Wenn der Kultusminister von Preußen die Absicht hat, den Lehrerstand vor Korruption zu schützen und das ihm nötige Ansehen in der Bevölkerung zu erhalten, so muß er ohne Verzug einschreiten gegen den in Ostpreußen verübten Versuch, die Lehrerschaft in ihrer Gewissensfreiheit zu beeinträchtigen und herabzuwürdigen. —

## Deutsches Reich.

**Höfisches.** Die Königin von Holland ist zu Besuch am kaiserlichen Hofe. Feste und Paraden werden ihr dargebracht. Bei einer Festtafel am Donnerstag hielt der Kaiser einen längeren Trinkspruch, in dem er das intime Verhältnis zwischen dem Hause Oranien und Hohenzollern feierte.

Dem französischen General Bonnal verlieh der Kaiser bei der Parade am Freitag den Kronen-Orden 1. Klasse, dem militärischen Begleiter des Generals, Oberstlieutenant Gallet, den Kronenorden 2. Klasse. —

**Die Bekanntgabe von Kaiserreden.** Als der Reichskanzler die Rede, die der Kaiser am Mittwoch zur Bewillkommnung der französischen Gäste hielt und in der er das Zaren-Telegramm mitteilte, im „Lokal-Anzeiger“ fand, war er offenbar sehr überrascht. Anstatt daß die Wiedergabe von Kaiserreden, wie Graf Bülow vor einiger Zeit hatte ankündigen lassen, seiner amtlichen Einsicht unterliegen soll, bevor die Reden in die Oeffentlichkeit gelangen, lernt sie der Reichskanzler aus einem Sensationsblatt kennen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wendet sich daher heute scharf gegen die Veröffentlichung durch den „Lokal-Anzeiger“:

„Ein hiesiges Lokalblatt hat Mitteilungen über einen Trinkspruch veröffentlicht, den Seine Majestät der Kaiser im Offizierskasino des 2. Garderegiments zu Fuß nach dem Exercieren der 2. Garde-Infanteriebrigade gehalten hat. Von einiger Ungenauigkeit abgesehen, ist die Ansprache im ganzen richtig wiedergegeben. Obwohl ihr Inhalt auf allgemeine Zustimmung rechnen konnte, müssen wir doch darauf aufmerksam machen, daß die Publikation in dem Lokalblatt auf einem Vertrauensmißbrauch beruht, da die in solchen Fällen notwendige Autorisation zu der Veröffentlichung nicht erteilt worden war. Es widerspricht den Allerhöchsten Intentionen und ausdrücklichen Weisungen Seiner Majestät, daß Ansprachen und Aeußerungen Allerhöchstdesselben bei militärischen Anlässen und in kameradschaftlichen Kreisen ohne ausdrückliche Ermächtigung durch die Presse verbreitet werden.“

In eigenartigem Widerspruch zu dieser Kundgebung des Kanzler-Blattes steht eine interessante Mitteilung der „Kreuz-Zeitung“:

„Die „Voss. Ztg.“ widmet dieser Angelegenheit einen langen Leitartikel, der sich zu einer politischen Apostrophe an den Reichskanzler Grafen Bülow zuspitzt. Wenn das genannte Blatt übrigens schreibt: „Es braucht darüber kein Wort verloren zu werden, daß der Bericht über den Trinkspruch des Kaisers nicht mit seinem Wissen und Willen veröffentlicht ist“ — so sind wir gerade der entgegengesetzten Ansicht. **Ohne Wissen und Willen Sr. Maj. des Kaisers konnte diese Veröffentlichung unmöglich erfolgen.** Daß der „Lokal-Anz.“ dazu benutzt wurde, erklärt sich wohl einfach dadurch, weil, wie allgemein bekannt, dies Blatt von **Sr. Majestät selbst regelmäßig gelesen wird.**“

Es scheint danach, als sei mit Wissen des Kaisers dem Berichterstatter des „Lok.-Anz.“ die Ermächtigung zur Veröffentlichung gegeben worden. Der Reichskanzler aber weiß nichts davon. —

**Wahlbeeinflussungen.** Wie der behördliche Apparat die Wahlfreiheit zu zerstören vermag, dafür bietet die Grimmener Reichstags-Ersatzwahl ein klassisches Beispiel. In dem Orte Leyerhof war durch Verfügung des Ministers des Innern ein konservativer Wahlvorsteher, der sich grobe Verstöße gegen die Wahlordnung erlaubt hatte, durch einen andern Wahlvorsteher ersetzt worden, und diese einfache Anordnung hatte folgendes überraschende Ergebnis: in Leyerhof sind in der Hauptwahl 19 konservative und 9 socialdemokratische, in der Stichwahl 10 konservative und 20 liberale Stimmen abgegeben worden.

Die bloße Beseitigung eines Wahlvorstehers genügte, um ein völlig verändertes Wahlresultat zu erzielen! —

**Gegen den Brotwucher.** Eine interessante Versammlung fand in Bardenberg, Landkreis Aachen, statt. Die Versammlung war einberufen vom „Rheinischen Bauernverein“, welcher den Vertreter des Landkreises, Kaplan Dasbach, zu einem Referat über die Erhöhung der Getreidezölle eingeladen hatte. Es hatten sich an 700 Personen eingefunden, darunter viele Kleinbauern und Arbeiter. Dasbach trat für eine Erhöhung der Zölle ein im Sinne der „ausgleichenden Gerechtigkeit“. In der Diskussion meldete sich Genosse Honrath aus Kalk zum Wort, der dem Kaplan Dasbach nachwies, daß nicht das Ausland den Zoll trage. Ein Arbeiter, der sich als Socialdemokrat vorstellte, bemerkte, der beste Beweis dafür, daß das Inland den Zoll trage, sei der, daß in dem benachbarten Holland (Bardenberg liegt an der Grenze) das Mehl immer noch einige Pfennige pro Pfund billiger sei. Zum Schluß wurde aus der Versammlung eine Resolution eingebracht, welche sich für langfristige Handelsverträge und gegen jede Erhöhung der Getreidezölle erklärte. Der Vorsitzende weigerte sich, über die Resolution abstimmen zu lassen, da erscholl der Ruf aus der Mitte der Versammlung, daß jeder, der für die Resolution sei, die Hand erheben sollte. Weitaus der größte Teil der Anwesenden stimmte für die Resolution, und der Kaplan Dasbach wird jetzt wohl wissen, wie seine Wähler in ihrer Mehrheit über den Brotwucher denken.

**Größtmöglichste Milde gegen rückständige Steuerzahler** soll auf Anordnung der Steuerabteilung der Regierung in Marienwerder, wo Herr v. Jagow jetzt seines Amtes waltet, geübt werden. Aus Anlaß der Schwierigkeiten, denen Landwirte des Regierungsbezirks Marienwerder infolge vorjähriger Mißernte an Futtermitteln und Streu und des Ausfrierens der Wintersaaten entgegensehen, sind schon weitgehende Hilfsmaßnahmen sowie Beihilfen an barem Gelde durch die Regierung in Aussicht gestellt. Nun ist auch noch angeordnet, bei der Anwendung des Zwangsbeitreibungsverfahrens gegen Landwirte, welche rückständige Staatssteuern oder Domänen-Amortisationsrenten schulden, jede rücksichtslose Strenge zu vermeiden und die größtmöglichste Milde zu üben. Besonders hart bedrängten Landwirten sollen auf besonderen Antrag, der durch Vermittlung des Gemeindevorstehers zu stellen ist, Staatssteuern und Renten bis nach der Ernte, zunächst bis zum 15. September, gestundet werden.

Wenn doch solche Rücksichtnahme auch für andre Steuerzahler angeordnet würde, wie für die Landwirte des Regierungsbezirks Marienwerder. Daß die Bedürftigsten der Milde teilhaftig werden, ist übrigens noch sehr zweifelhaft. Als kürzlich die westpreußische Landwirtschaftskammer tagte und über die von der Regierung zu fordernde Hilfe beriet, wurde versichert, daß die ganz kleinen Besitzer sich selber helfen könnten, indem sie sich „lohnende Arbeit“ suchen. —

**Polengewinnung.** Am dritten Pfingstfeiertag wollte Herr Kozlowski, Redacteur eines Krakauer Blatts, in Posen einen rein historischen Vortrag über die polnischen „Legionen“ in den Jahren 1797 bis 1801 halten. Der Reichstags-Abgeordnete für Posen Rechtsanwalt Chranowski meldete die Versammlung an, erhielt aber vom Polizeipräsidenten die Mitteilung, daß die Versammlung verboten werde. Ferner drohte der Polizeipräsident, im Einverständnis mit dem Regierungspräsidenten, Herrn Kozlowski als „lästigen Ausländer“ sofort auszuweisen, falls dieser versuche, dem Verbot der Versammlung zuwiderzuhandeln. Die polenhetzerische „Posener Zeitung“ hatte schon am 24. Mai der Behörde das Verbot und die Ausweisungsandrohung nahegelegt. Die deutsche Kultur zeigt sich den Polen in reizvollster Gestalt. —

## Ausland.

### Frankreich.

#### Militärjustizreform.

Der Kriegsminister André hat der Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt betreffend die militärische Gerichtsbarkeit. Das Projekt, das die Zustimmung des Ministerrats gefunden, sieht die Reorganisation der Militärtribunale vor, begrenzt deren Zuständigkeit, setzt das Prozeßverfahren und die Strafen fest und begründet besondere militärische Richterkollegien.

Die Reformen beruhen auf folgender Grundlage:

In Friedenszeiten werden die Verbrechen und Vergehen gegen das gemeine Recht, ausgenommen die, welche in Ausübung des militärischen Dienstes durch Thätlichkeiten, Drohungen und Beschimpfungen begangen sind, der gemeinen Gerichtsbarkeit unterstellt.

Für die Berufungen gegen die Urteile der Militärgerichte ist in Friedenszeiten der Kassationshof zuständig (gilt nur für Frankreich selbst). Die Stimmenabgabe in den Militärgerichten ist geheim. Der § 5 bestimmt, daß zu dem Militär-Gerichtshof stets zwei Personen desselben Rangs hinzugezogen werden, dem der Angeklagte angehört.

Ferner sind eine Reihe Modifikationen bestehender Gesetze und Verordnungen vorgesehen. So wird in Zukunft die Möglichkeit gegeben sein, militärische Angeklagte in Freiheit zu belassen bezw. zu setzen.

Die Untersuchung ist nicht mehr in den Händen des Militär-Gerichtshofs selbst, sondern es wird zum Zwecke der Untersuchung eine Kommission von drei Mitgliedern gebildet. Diese Neuerung bringt dem Angeschuldigten größere Garantien. Solche Schändlichkeiten, wie sie im Fall Dreyfus vorgekommen sind, dürften dadurch in Zukunft nicht so leicht durchzuführen sein. In der Voruntersuchung findet das kontradiktorische Verfahren Anwendung.

Die Urteile der Militärgerichte erster Instanz können angefochten werden wegen Formverletzung, Unzuständigkeit, Ueberschreitung der Machtbefugnisse und wegen Rechtsbeugung. Bisher war eine Berufung nur möglich, wenn Formfehler vorlagen bezw. solche als vorliegend behauptet wurden. Die Berufungen sind vor den zu bildenden militärischen Berufungsgerichten anhängig zu machen. Wird jedoch die Berufung eingelegt wegen Unzuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit oder bildet dieser Punkt einen der Revisionsgründe, so untersteht der Fall dem bürgerlichen Kassationshof.

Das Projekt des General André zählt 374 Artikel, durch welche die Organisation und die Funktionen der Militärgerichte geregelt sind. Es wird hier im Gegensatz zu der neuen deutschen Militärjustiz-Reform wenigstens der Versuch gemacht, die besondere Gerichtsbarkeit für Militärpersonen für Vergehen gegen das gemeine Recht zu beseitigen. In Friedenszeiten werden in Zukunft die Vergehen gegen das gemeine Recht vor den ordentlichen Gerichten abgeurteilt werden und gegen die Urteile der Militärgerichte ist Berufung an das Civil-Kassationsgericht zulässig. Gewiß mag das Gesetz noch manche Lücken enthalten und vielfach präciserer Fassung bedürfen, und die socialistischen Deputierten in der Kammer werden suchen, das Gesetz nach Möglichkeit zu verbessern, das eine aber ist sicher: das Projekt legt Bresche in ein altes, überlebtes, barbarisches System.

---

**Paris**, 31. Mai. In Kammerkreisen verlautet, daß die **parlamentarische Session** schon in der ersten Woche des Juli geschlossen werden soll, um es den Mitgliedern des Parlaments zu ermöglichen, sich rechtzeitig an der Campagne zu den Generalratswahlen zu beteiligen, welche bereits auf den 21. Juli anberaumt werden dürfen. —

### Belgien.

#### Die Kongofrage.

Nach einer Konvention, welche Belgien im Jahre 1890 mit dem Unabhängigen Kongostaat abgeschlossen, war Belgien in diesem Jahre verpflichtet, entweder die Annektion des genannten Staats zu vollziehen oder einen neuen Vertrag mit diesem abzuschließen. Da es der König Leopold, der zugleich Souverain des Kongostaats ist, nicht liebt, daß sich seine Belgier in die Angelegenheiten des afrikanischen Staats mischen, hat er durch seine Minister einen neuen Vertrag anfertigen lassen, nach welchem Belgien alle Rechte an diesem Staat und alle Kontrolle verlieren, alle finanziellen Verpflichtungen aber behalten würde.

Aber dieses Projekt befriedigte niemanden. Die Anhänger der Kolonialpolitik verlangen die Annexion. In diesem Sinne hat jetzt der Staatsminister Beernaert einen Antrag eingebracht. Die Liberalen sind in ihren Ansichten stark geteilt; die Moderierten sind Anhänger der Kolonialpolitik, die Radikalen stehen den Kolonialplänen zum größten Teil feindlich gegenüber.

Die Socialdemokraten haben, wie wir bereits mitteilten, durch einen gemeinsamen Beschluß des Generalrats und der Kammerfraktion zu der Frage ebenfalls Stellung genommen. Da die Stellungnahme zugleich ein allgemeines Urteil gegen die Kolonialpolitik bedeutet, geben wir den Beschluß des Generalrats hier wieder:

„Da die Entwicklung des kapitalistischen Regiments die Nationen zur Kolonialpolitik hindrängt, um sich durch die Gewalt Absatzgebiete zu verschaffen, die sie unter socialistischem Regiment im eignen Lande finden würden; da die socialistische Partei sich an der Ausbeutung der Eingebornen, welche die unvermeidliche Folge dieser Politik ist, nicht beteiligen kann; da bei der heutigen Lage der Dinge die Angliederung des Kongostaats, außer allen möglichen internationalen Verwicklungen, eine Verstärkung der Exekutivgewalt und eine Erschwerung der Fiskal- und Militärlasten sicher im Gefolge hätte; da die Regierungsvorlage sowohl für die Anhänger als für die Gegner der Uebernahme des Kongostaats unannehmbar ist, weil sie die Rechte Belgiens auf die Kolonie preisgiebt und die finanziellen Verpflichtungen Belgiens gegenüber dem Kongostaat aufrecht hält, erteilt der Generalrat den Abgeordneten und Senatoren der Arbeiterpartei die Anweisung, die Regierungsvorlage und gegebenenfalls auch die sofortige Uebernahme des Kongostaats zu bekämpfen.“ —

### Italien.

#### Socialdemokratie und Regierung.

Die Parteileitung und die socialdemokratische Kammerfraktion haben dieser Tage in gemeinsamer Sitzung, in welcher die der Regierung gegenüber einzunehmende Stellung festgelegt wurde, nachstehenden Beschluß gefaßt:

„In Erwägung, daß es sich für die socialistische Partei einer Regierung gegenüber, welche die Vertreterin einer Klasse ist, deren Interessen denen des Proletariats entgegenstehen, nicht um eine Frage des Vertrauens handeln kann, beschließt die Parteileitung, daß bei der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Situation des Landes die parlamentarische Gruppe das Recht hat, den Akten und Reformprojekten des Ministeriums, welche der normalen Entwicklung des Klassenkampfs günstig sind, von Fall zu Fall die Genehmigung zu erteilen.“ —

---

**Frauen- und Kinderschutz.** Der socialistische Deputierte Turati hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, betr. den Schutz der Frauen- und Kinderarbeit. Der letzte Parteikongreß hatte die Ausarbeitung eines solchen Projekts beschlossen. Der Entwurf beruht auf folgenden drei Hauptpunkten: Errichtung von Kinder-Bewahranstalten für Kinder, deren Mütter gezwungen sind, außerhalb des Hauses ihrer Beschäftigung nachzugehen; freie Kleidung und Nahrung der Kinder bis zum arbeitsfähigen Alter; Errichtung einer Kasse zur Unterstützung der Mütter zur Zeit der Schwangerschaft bezw. nach der Entbindung; Anstellung von Fabrikinspektoren und Inspektorinnen, gewählt durch die Arbeiter.

**Rom**, 31. Mai. In Neapel wurde kürzlich ein Mann verhaftet, welcher öffentlich erklärt hatte, **Bresci** habe nicht Selbstmord begangen, sondern sei von einem Gefängniswärter ermordet worden. Dieser erzählte angeblich bestimmte Einzelheiten und behauptete, dieselben von einem andren Gefängniswärter erfahren zu haben. Eine Untersuchung ist eingeleitet. —

**Rom**, 31. Mai. Der „Italie“ zufolge hat die italienische Regierung ein weiteres ansehnliches Territorium in Tientsin erworben. —

### Schweden.

**Zur Wahlrechtsreform.** Der Reichstag verhandelte am vorigen Freitag über eine Interpellation Hj. Brantings betreffs der versprochenen Wahlrechtsreform. Genosse Branting wies auf die Ungerechtigkeit hin, die darin liegt, daß drei Vierteile des schwedischen Volks, dem man kürzlich die neuen Militärlasten aufgebürdet hat, durch ein plutokratisches Wahlgesetz des Einflusses auf die Verwaltung des Staatswesens beraubt sind. Er fragt des weiteren an, wie es mit den Arbeiten des Statistischen Bureaus stehe, das im Vorjahre vom Reichstag beauftragt wurde, statistische Erhebungen, die als Grundlage der Wahlrechts-Reform dienen sollen, zu veranstalten. Schließlich fordert er den Minister auf, diese Vorarbeiten so zu beschleunigen, daß der Reichstag im nächsten Jahre, dem letzten in der gegenwärtigen Wahlperiode, darüber Beschluß fassen kann. Sämtliche Redner sprachen sich im Sinne der Interpellation aus, und sogar ein Konservativer erklärte sich dafür, daß die Reform auch eine ernsthafte und nicht bloß eine Scheinreform sein müsse. Der Staatsminister gab das Versprechen, möglichst dafür sorgen zu wollen, daß die Vorarbeiten bis zu dem gewünschten Zeitpunkt erledigt seien. —

### Norwegen.

**Das neue Wahlrecht ist sanktioniert.** Die Beschlüsse des Storthing über die Einführung des allgemeinen kommunalen Stimmrechts für Männer und des kommunalen Frauen-Stimmrechts wurden in der Sitzung des Staatsrats am Mittwoch bestätigt. Im Herbst dieses Jahres finden die Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen statt. Es wird sich dann zeigen, ob die Hoffnung der Reaktionäre, die in dem Frauen-Stimmrecht ein Gegengewicht gegen den „Umsturz“ erblicken, sich erfüllen wird. Bei dem stetigen Fortschritt, den die Socialdemokratie auch in dem in politischer Hinsicht sehr freien Norwegen macht, ist zu erwarten, daß diese sehr bald in die Gemeindevertretungen eindringt. —

### Dänemark.

**Die faule Hypothek des Kriegsministers.** Im Herbst vorigen Jahrs gelangte die sensationelle Nachricht an die Oeffentlichkeit, daß das Kontrollkomitee zur Verwaltung des Invalidenfonds, eines durch private Wohlthätigkeit aufgebrachten Fonds zur Unterstützung armer Invaliden, das Gut des früheren Kriegsministers Bahnson, auf das man diesem im Jahre 1889 ein Darlehen von 140 000 Kronen gegeben hatte, für 70 000 Kronen verkauft habe. Die Sache erregte natürlich großes Aufsehen und das Centralkomitee versprach eine genaue Untersuchung vorzunehmen. Das Ergebnis dieser Untersuchung liegt jetzt endlich, nach Verlauf eines halben Jahres, vor, und es gereicht weder zur Ehre Bahnsons, noch zur Ehre derer, die ihm bei der Aufnahme seiner Hypothek behilflich waren. 1889 suchte das Centralkomitee die Summe von 295 800 Kr. in leicht realisierbaren Papieren zu 4 Proz. anzulegen und davon wurden dem General Bahnson 140 000 Kr. als erste Hypothek auf sein Gut Taaruggaard auf Jütland gegeben. Das Ansuchen hierzu ging von dem Höchstgerichts-Anwalt Shaw aus, nach dessen Angabe das Gut auf 290 000 Kr. eingeschätzt war, und der zur weiteren Sicherung auf die hohen Verbindungen seiner Excellenz hinwies. — Es ist nachgewiesen worden, daß, ganz abgesehen davon, daß es sich um minderwertigen Boden handelt, die Ertragsfähigkeit auf mehr denn das Doppelte des damals üblichen eingeschätzt worden ist. — Die Zinsen wurden bis Ende 1896 bezahlt; dann aber erwuchsen Schwierigkeiten und, nachdem man sich vergebens um einen soliden Käufer bemüht hatte, beauftragte das Centralkomitee 1898 zwei Fachleute, sich mit den Verhältnissen des Guts bekannt zu machen. Diese fanden es unbewirtschaftet und vollkommen im Verfall begriffen und schätzten es auf höchstens 70 000 Kr. Für diesen Preis wurde es dann — ohne daß man die Oeffentlichkeit davon in Kenntnis setzte — 1899 an die „Landmannsbank“ verkauft. Der Bericht schließt mit den resignierten Worten, daß das Centralkomitee kaum jemals eine volle Deckung der Schuld erlangen werde. Wie es eigentlich möglich war, daß man Bahnson ein so unverhältnismäßig hohes Darlehn geben konnte, warum er nicht fallit erklärt wurde? Wie der Verlust der Invaliden gedeckt werden soll und warum Bahnson, der vom Geld der Invaliden in Kopenhagen auf sehr großem Fuß gelebt hat, nicht zur Verantwortung wegen Verringerung der Pfandobjekte gezogen wird? Ueber diese Fragen schweigt der Bericht.

Bahnson war einer der wackersten Kämpfer für Gott, König und Vaterland, als eifrigster Förderer des Militarismus hat er gegen den Willen der Volksvertreter seiner Zeit die Befestigung Kopenhagens durchgesetzt. Er soll einmal gesagt haben: Wenn das Unglück eintreffe, daß ein Linken-Ministerium ans Ruder komme, würde er dem Vaterland den Rücken kehren; jetzt wird er sich vielleicht einer andern Ursache wegen genötigt sehen, auszuwandern. —

### Rußland.

**Nachklänge der Maifeier in Rußland.** Besonders imposant ist in diesem Jahre die Maifeier in Dwinsk (Dünaburg) ausgefallen. Schon am 28. April wurden dort mehrere tausend Maiproklamationen vom Komitee der „Russisch-Socialdemokratischen Arbeiterpartei“ und vom Central- und Ortskomitee des „Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Rußland und Polen“ verbreitet. Zum großen Erstaunen der Polizei und des ruhigen Bürgertums klebten am Morgen des 28. April Maiproklamationen an den Gartenzäunen und Telegraphenpfosten, lagen sie in den Höfen der friedlichen Synagogen und auf allen Straßen und Ecken der Arbeiterviertel. Am 1. Mai war fast überall die Arbeit eingestellt. Es war beschlossen, sich am Nachmittag auf der Rigaerstraße zu versammeln und ruhig die Straße entlang zu gehen. Aber die Brutalität der Polizei machte aus diesem geplanten Spaziergang eine imposante politische Demonstration. Schon um 5 Uhr morgens wimmelten die Straßen von Schutzmännern und Gendarmen. Am Nachmittag erschien eine Abteilung Fußsoldaten und berittenes Militär. Als das Militär am „Kriegsschauplatz“ angelangt war, hielt der kommandierende General an dasselbe eine Ansprache, in welcher er u. a. folgendes ausführte: „Wir sind verpflichtet, den Thron und das Vaterland vor innern und äußern Feinden zu schützen. Mit inneren Feinden treffen wir heute hier zusammen. Wir müssen fest und standhaft bleiben bis zum letzten Tropfen Blut!“

Doch trotz allen Zurückdrängens der Polizei gelang es ungefähr um 5 Uhr nachmittags eine Menge von über 4000 Mann, sich auf der Newskajastraße anzuhäufen. Die Menge wurde immer aufgeregter und ungeduldiger; die Polizei war machtlos, sie weiter zurückzuhalten. Plötzlich erschallte ein ohrenbetäubendes, stürmisches „Hurra!“ und

bald darauf erklang, wie auf einen Kommandoruf, tausendstimmig und begeistert die jüdische Arbeitermarseillaise. . . . Von allen Seiten strömten mehr und mehr Arbeiter heran. Die Läden wurden geschlossen. Singend durchschritten die Arbeiter mehrere Straßen, und überall wurden revolutionäre Rufe ausgestoßen; auf offener Straße wurde eine Rede gehalten; vor dem Hause des Chefs der Gendarmerie (Oberspitzel) wurde eine rote Fahne entfaltet. . . . Erst spät am Abend gelang es der Polizei und dem Militär, die Demonstranten zu zerstreuen. Bei den Zusammenstößen mit dem Militär wurden ca. 200 Mann verhaftet, jedoch wurden sie, bis auf 40 Mann, die eine Strafe von 1—3 Monaten Gefängnishaft abzubüßen haben, bald darauf entlassen.

In Odessa wurden ca. 200 Mann, vorwiegend aus intelligenten Kreisen, verhaftet.

Aus Homel wurden wegen Anteilnahme an der Maidemonstration 200 Arbeiter ausgewiesen.

In Smorgon fand eine Maidemonstration statt, an welcher sich jüdische Arbeiter beteiligten.

In Kowna beteiligten sich an der Maidemonstration einige Hundert jüdische und christliche Arbeiter.

In Ponewiesch wurde die Maifeier in einem engen Kreise von 100 jüdischen Arbeitern in einem Wäldchen in der Nähe der Stadt abgehalten.

Die an der Maidemonstration in Kreslawka beteiligten Arbeiter erlitten eine Geldstrafe von 3 Rubeln.

In Wilkowischki wurde am 1. Mai nicht gearbeitet. Die tapfern Bürstenarbeiter veranstalteten eine Demonstration; es wurde „Nieder mit dem Zarismus!" gerufen.

* * *

In Warschau fanden Massenverhaftungen unter der jüdischen Intelligenz statt. Am 3. Mai feierten hier die polnischen „Patrioten" den 110jährigen Jahrestag der Proklamierung der polnischen Konstitution. Auf dem Stadtteil „Krakauer Vorstadt" war eine Demonstration; es wurden ungefähr 50 Mann verhaftet. —

### Amerika.

**Montreal,** 31. Mai. (Laff. Bur.) Der ehemalige französische Handelsminister Siegfried, der den Vereinigten Staaten einen Besuch abgestattet hat, erklärte hier in einem Interview, daß Präsident McKinley ihm gegenüber geäußert habe, er sei **nicht mehr der frühere begeisterte Anhänger der Schutzzoll-Politik Amerikas.** McKinley habe hinzugefügt, daß, wenn Amerika gezwungen sei, in die Welt zu gehen, um sich Absatzgebiete zu sichern, die Notwendigkeit hoher Schutzzölle verschwinden würde. —

## Der Boeren-Krieg.

### Ein blutiges Gefecht

aus dem westlichen Transvaal wird durch Lord Kitchener vom 31. Mai wie folgt gemeldet:

Die Streitmacht des Generals Dixon in Blakfontein ist gestern von den Truppen Delareys angegriffen worden. Nach heftigem Kampfe wurde der Feind schließlich mit schwerem Verlust zurückgeschlagen, derselbe ließ 35 Tote auf dem Platze. Zu meinem Bedauern sind auch die britischen Verluste schwer; dieselben betragen **174 an Toten und Verwundeten,** darunter 5 Offiziere tot.

Von der oft verkündeten „völligen Demoralisierung" der Boeren zeugt es wahrlich nicht, daß diese jetzt den Engländern wieder förmliche Schlachten liefern!

### Fortschritte der Boeren im Kapgebiet.

„Daily Mail" berichtet aus Kapstadt: Die Boerenkommandos machen große Fortschritte in ihren Bewegungen nach dem Süden. Eine große Anzahl englischer Truppen ist in aller Eile nach diesem Teil der Kolonie abgesandt worden, um dem Vordringen der Boeren neuerdings Halt zu gebieten.

### Die Tagesverlustliste

für den 30. Mai umfaßt 9 Tote, 44 Verwundete, 5 Vermißte, 13 an Krankheiten Verstorbene und 12 Schwerkranke.

### Die Pest.

In Kapstadt ist am 30. Mai ein neuer Pestfall konstatiert worden.

Nach der Statistik des Kolonialamts sind bis zum 25. Mai 169 Europäer, 301 Schwarze, 48 Malayen, 9 Indier, 1 Chinese und 138 Eingeborene in Kapstadt an Pest erkrankt. Gestorben sind 55 Europäer, 55 Farbige, 35 Malayen, 6 Indier, und 57 Eingeborene.

## Der dritte französische Parteitag.

Lyon, 28. Mai 1901.

Dritter Verhandlungstag.

(Schluß der Vormittagssitzung.)

**Briand:** Nach Delaportes Rede sind wir einer Verständigung nahe, insofern die Worte: „außerhalb der Partei" bedeuten, daß Millerand bloß jetzt außerhalb der Partei steht und in Zukunft seinen Wiedereintritt in die Partei verlangen kann. Meine Resolution hat nicht den Sinn, daß die Hinwegsetzung über die Parteikontrolle etwas Harmloses sei. Auch meine Resolution macht in Zukunft einen neuen Fall Millerand unmöglich. Man kann Millerand nicht ausschließen, da die hierüber verständigte Kammerfraktion vor seinem Eintritt ins Ministerium nicht protestiert hat.

**Vaillant:** Delaportes Resolution löst die Ministerfrage endgültig. Was Delaportes heutige Kommentare betrifft, so wird Letang (Blanquist, Deputierter) später sagen, wie meine Partei sich verhalten wird, falls Millerand wieder der Partei beitreten wollte.

Hierauf legt Redner die Vorgänge in der Kammerfraktion dar, wie er es schon in der Presse gethan hat: Millerand kann sich nicht auf jene Vorgänge zu seiner Rechtfertigung berufen. Die Fraktion war nur von der ersten Ministerkombination verständigt, und zwar nachträglich, nachdem diese gescheitert war, nicht aber von der zweiten Kombination, die zu Millerands Ministerschaft geführt hat. Wir haben nicht aufgehört zu protestieren, zuerst gegen das Zusammensein Millerands mit Galliffet, und dann in Gemeinschaft mit der französischen Arbeiterpartei principiell gegen die ministerialistische Methode, die sich in Anknüpfung an Millerands Ministerschaft herausentwickelt hat. Nach dem Kongreß von 1899 dauerte der Ministerialismus fort. Auf jenem Kongreß hat die „Revolutionär-Socialistische Partei" bereits eine Resolution beantragt, die erklärt, daß Millerand sich selbst aus der Partei ausgeschlossen hat. Es ist ein Unglück, daß unsre Resolution damals abgelehnt wurde. Die Resolutionen Delesolles (1899) und Kautsky haben die Frage nicht gelöst, der Ministerialismus dauere immer fort. Niemand soll mehr sagen können, daß der Socialismus in der Regierung vertreten ist. Die Worte: „außerhalb der Parteikontrolle" laufen darauf hinaus, eine Kategorie von „Socialisten im Urlaub" zu schaffen. Millerand wäre danach für die Dauer seiner Ministerschaft im Urlaub, um dann wieder in die Partei zurückzukehren. (Beifall links.) Das ist kein loyales Auskunftsmittel. Das Volksgewissen fordert klare Lösungen. Delaportes Resolution ist die nötige Vorbedingung des socialistischen Friedens der Union. Der Kongreß muß erklären, daß Millerand nicht mehr der Partei angehört. (Lebhafter Beifall links.)

**Viviani** legt seinerseits die Vorgänge in der Kammerfraktion vor Millerands Eintritt in einer Millerand entlastenden Weise dar. Delaportes mildernde Kommentare werden verschwinden, der Text seiner Resolution, der Ausschluß Millerands wird bleiben. Dieser Text richtet sich zugleich gegen diejenigen, die Millerands Handlung gebilligt, zu denen Redner gehört. Warum schließt Ihr also auch mich nicht aus? (Beifall rechts.) Delaportes Resolution ist also zweideutig. Millerands Ausschluß wäre das Vorspiel neuer Spaltungen, nicht der Einigkeit. Briands Resolution entledigt die Partei jeder Verantwortung für Millerands Ministerschaft, zugleich aber erlaubt sie ihr, in der kommenden Wahlschlacht aus den Reformen Millerands politischen Nutzen zu ziehen. Der Ministerialismus im Sinne des Votums für das Ministerium wird doch fortdauern. Auch die Linke hat für das Ministerium gestimmt. Redner erinnert noch an die zwei Vertrauensformeln, die in der Kammer von den Abgg. Sembat (Blanquist) und Zévaès (Guesdist) eingebracht wurden, und an die Stimmenthaltung der Antiministeriellen in ihrer eignen Interpellation über den Streik von Monceau-les-Mines. Wie Ihr (zur Linken) da in einer Zwangslage waret, so waren es wir in andren Fällen. (Lebhafter Beifall rechts.) Votiert nicht den Ausschluß aus der Partei, ehe die Erbschaft des Ministeriums angetreten ist. Zur Wiederbefestigung der Partei genügt die Resolution Briand, die einstimmig votiert werden kann. (Lebhafter Beifall rechts.)

**Delaporte:** Der Sinn meiner Kommentare ist von Briand falsch verstanden worden. Ich habe gesagt, daß Millerand, falls er der Partei wieder beitreten wollte, als ein ehemaliger Ausgeschlossener zu behandeln wäre. Dabei könnte die Partei sein Zulassungsgesuch durch die Vorfrage zurückweisen, wie sie es z. B. Meline gegenüber thun würde. Hierüber denken wir genau so, wie die „Revol.-Soc.-Partei". (Redner gehört zu den Blanquisten nicht, er vertritt im Generalkomitee eine autonome Föderation. Durch seine Erklärung über die Vorfrage hat er zugleich für die Blanquisten gesprochen. Der Berichterstatter.) Briand hat noch keine Antwort gefunden auf die Frage: Wie läßt sich die Hinwegsetzung Millerands über die Kontrolle der Partei mit seinem Verbleiben in der Partei versöhnen?

**Viviani:** Millerand gehört also doch noch der Partei an, da Sie ihn erst ausschließen wollen?

**Delaporte:** Meine Resolution sagt, Millerand habe sich selber ausgeschlossen, wie Briands Resolution sagt, Millerand habe sich selber außerhalb der Parteikontrolle gestellt. (Lebhafter Beifall links.) Die Umstände, die Millerands Handlung begleiteten, und die damaligen Vorgänge in der Kammerfraktion haben mit unsrer Resolution nichts zu schaffen. Zum Schluß verlangt Redner nochmals eine Antwort auf seine Frage betreffs der Parteikontrolle und der Parteimitgliedschaft.

**Briand:** Eben weil die Umstände anormal und ausnahmsweise sind, sind wir gezwungen, anormale und ausnahmsweise Resolutionen zu beschließen. Delaporte will dem Zulassungsgesuch Millerands die Vorfrage entgegenstellen — er soll also verurteilt werden, ohne angehört worden zu sein, d. h. jetzt definitiv ausgeschlossen werden.

**Lavand,** Allemanist, beschwert sich darüber, daß seine Partei als ministerialistisch verleumdet werde, und besteht auf dem Votum der allemanistischen Resolution, die von derjenigen Organisation, zu welcher Millerand eventuell gehört, verlangt, sie solle ihn zur sofortigen Demission unter Androhung des Ausschlusses auffordern.

**Parsons** erklärt Namens einiger Unterzeichner der Resolution Delaporte, darunter Lagardelle, im Falle der Ablehnung jener Resolution für die Mehrheitsresolution stimmen zu wollen. Dadurch würden sie zeigen, daß sie nicht Personenfragen, sondern die Einigung des Socialismus interessiere.

**Renaudel,** autonome Föderation, erklärt, er, Lagardelle und Cipriani hatten sich in der Kommission für Briands Formel ausgesprochen im Interesse der Versöhnung und in der Hoffnung, daß die Ministerialisten sich endlich den Kongreßbeschlüssen fügen würden. Er warnt die äußerste Rechte, die Geduld der Genossen nicht auf eine neue Probe zu stellen. Die Zukunft möge zeigen, ob wir wieder einmal die Geprellten seien. Wir hätten jedenfalls unsre Pflicht gethan im Interesse der Einigung.

Damit schließt die Debatte. Es folgt eine Debatte über die Priorität der drei Resolutionen. Die Priorität der allemanistischen Resolution wird abgelehnt und man stimmt sofort nach Mandaten über die Resolution Delaporte ab. Die Ergebnisse der Abstimmung werden am Nachmittag verkündigt werden.

Vom Brüsseler Sekretariat des Internationalen socialistischen Komitees war eine Begrüßungsdepesche eingelaufen.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung. Beginn 3½ Uhr.

Die **Resolution Delaporte ist abgelehnt.** Es haben gestimmt 328 Delegierte mit 1196 Mandaten, darunter 286 Mandate für Delaportes und 910 Mandate für Briands Resolution.

**Landrin** giebt hierauf namens der Linken folgende Erklärung ab: Die ruhige und gründliche Debatte des Vormittags hat Klarheit geschaffen. Wir hatten gehofft, daß nach der zweijährigen Krise endlich ein klares Votum alle Zweideutigkeiten beseitigen und so die Union, wenn auch nicht die Einheitlichkeit der Organisation ermöglichen wird. Ihr habt aber unsren Standpunkt abgelehnt. Es ist uns daher unmöglich, mit Euch weiter zu arbeiten — wenigstens für den Augenblick (pour le moment). Wir haben diesen Entschluß gefaßt nach reifer Ueberlegung der Konsequenzen: es ist der beste Entschluß im Interesse des revolutionären Socialismus. Briand hat an das Urteil der Arbeiter appelliert, die leiden und kämpfen, ohne auf persönliche Vorteile bedacht zu sein. Wir erwarten ruhig und vertrauensvoll das Urteil des Proletariats. (Lebhafter Beifall links.)

**Die Linke verläßt den Kongreß,** wie bereits mitgeteilt, ohne Zwischenfall. Der Auszug der Minderheit war ja keine Ueberraschung. Man wußte seit gestern, daß sie Delaportes Resolution zum Boden der neuen Spaltung gewählt hat. Den ausziehenden Blanquisten nebst der „Kommunistischen Allianz" und drei mit ihnen zusammengehenden autonomen Föderationen haben sich noch angeschlossen: Delaporte, Vertreter der Föderation von Deux-Sèvres, und die Centralgruppe des 11. Pariser Bezirks (die aus der allemanistischen Organisation ausgetretenen bezw. ausgeschlossenen Anhänger der Kandidatur Fabérots in der neulichen Kammernachwahl). Ein Teil der Ausgezogenen nimmt Platz in den Zuschauer-Tribünen.

Die Empfindungen der Mehrheit bezw. ihrer einzelnen Bestandteile machen sich Luft in einer Reihe Erklärungen. Zunächst besteigt die Tribüne

**Jaurès,** von der großen Mehrheit mit stürmischem Beifall und Hochrufen begrüßt: Alle Schleier sind zerrissen, alle Masken sind entlarvt! Wir wissen jetzt, daß diejenigen, die uns der Verletzung von Kongreßbeschlüssen beschuldigten, sich gegen den Beschluß einer erdrückenden Kongreßmehrheit aufgelehnt haben. Die Frage, über welche sie den Kongreß verlassen, war nicht einmal von ihnen selber angeregt. Noch vor acht Tagen erklärten sie, mit Millerand sich nicht mehr befassen zu wollen. Es ist ein elender Vorwand, um der Einigkeit der Organisation zu entgehen. Das Proletariat, an welches sie zu appellieren die Kühnheit haben, wird über sie richten. Wir haben seit drei Tagen alles gethan, um eine Versöhnung herbeizuführen. Jetzt ist unsre Aufgabe, die organisatorische Einigkeit zu verwirklichen. Fahret in Eurer Arbeit fort! Ihr seid nicht kleiner geworden, das socialistische Frankreich ist durch den Auszug einer Sekte nicht kleiner geworden! Ihr seid das socialistische Proletariat. Organisiert Euch — und alle Proletarier werden sich im geeinigten Socialismus um das rote Banner scharen! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

**Renaudel** protestiert namens der autonomen Föderation der unteren Seine, einer Anzahl Unterzeichner der ursprünglichen Resolution Delaporte gegen den Auszug der Linken: Wie Jaurès, wollen wir die Einigkeit, und da die Sonderorganisationen nicht verschwinden wollen, so muß man sie nötigenfalls verschwinden machen. (Lebhafter Beifall.) Aber auch Ihr (nach rechts) habt Euch Vorwürfe zu machen. Eure Föderationen sind nicht genug vom socialistischen Geiste erfüllt. Auch dorthin habt Ihr den Exklusivismus der alten Sonderorganisationen hineingetragen. (Proteste rechts.)

Ein Delegierter der Deux-Sèvres-Föderation wundert sich, daß Delaporte, der die gleiche Föderation vertritt, den Kongreß verlassen hat. Redner bleibt, um die Einigkeit zu verwirklichen.

**Lavand:** Die „Revolutionäre Socialistische Arbeiterpartei" (Allemanisten) ist für die Union, aber gegen die Verschmelzung der Sonderorganisationen.

**Monnier,** Bergarbeiter von Pas-de-Calais, **Bagnol,** Vertreter der Genossenschaften, und **Ponard,** Jura-Föderation, sprechen für die volle Einigkeit, letzterer, wie schon 1899, für die Einigkeit auf Grundlage der autonomen Departementsföderationen.

**Viviani** spottet über den „scharfen Antiministerialismus" derer, die so häufig in den Vorzimmern des Ministeriums als Bittsteller zu finden seien und wirft den „Entflohenen" Liebäugelei mit dem Antisemitismus und Nationalismus vor. Die Kammerfraktion werde bleiben, was sie war. Redner wendet sich an die Deputierten: Arbeiten wir unermüdlich weiter in der Kammer und im Lande. Wenn wir die andren zu bekämpfen haben, so nicht nur durch Polemiken, sondern auch durch die unablässige socialistische Agitation.

Abg. **Carnaud** will die Deputierten von jedem Zwang und den Maßregelungen seitens des Generalkomitees befreit wissen: Erwartet alles von unsrer freiwilligen Hingebung und nichts von einer aufgezwungenen Disciplin. (Vereinzelter Beifall.)

Die Sitzung wird unterbrochen, um die Abstimmung nach Mandaten über die **Resolution Briand** vorzunehmen. Es haben gestimmt 252 Delegierte mit 946 Mandaten, davon 245 Delegierte mit 904 Mandaten für und 7 Delegierte (Allemanisten) mit 42 Mandaten gegen die Resolution.

### Beratung des Organisations-Entwurfs des Generalkomitees.

Der Entwurf war schon vor ein paar Monaten in Druck erschienen und allen Genossen zur Beratung vorgelegt, ebenso wie der stenographische Bericht über die bezüglichen sehr eingehenden und gründlichen Debatten des Generalkomitees. Dieser Umstand ermöglichte, mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit, die Diskussion auf dem Kongreß abzukürzen, umsomehr, als mit dem Auszug der Minderheit eine Anzahl Differenzpunkte fortfielen. Die Debatte wickelt sich glatt und rasch ab. Immerhin wird noch eine Abendsitzung nötig.

Der Grundgedanke des Entwurfs ist bekanntlich die Vereinheitlichung der socialistischen Organisationen auf Grundlage der autonomen Föderationen, die alle Gruppen eines Departements bezw. einer Region zu umfassen haben. Nach dem Auszug der Minderheit wurde es möglich, jenen Grundgedanken, freilich unter dem Vorbehalt einiger Uebergangsbestimmungen, zum Beschluß zu erheben. Von den alten Sonderorganisationen sind auf dem Kongreß zwei geblieben, 1. die „Föderation der socialistischen Arbeiter Frankreichs" (Broussisten), die aber, trotz der Einigungsfeindlichkeit ihres nur noch nominellen Chefs (Brousse ist konsequent allen drei Einigungskongressen ferngeblieben) für die sofortige Verschmelzung der Sonderorganisationen eintreten; 2. die „Revolutionäre Socialistische Arbeiterpartei" (Allemanisten), die nur für die Union der Sonder-Organisationen ist. Thatsächlich besitzen jedoch die Allemanisten nur eine lokale Organisation in Paris und Umgebung, die obendrein in der Abbröckelung begriffen ist, so daß die mit Rücksicht auf ihre Forderung an dem Einigkeitsentwurf gemachten Vorbehalte (eine Schonzeit-Bestimmung für die Sonderorganisationen) den Grundgedanken des Entwurfs praktisch kaum antasten.

**Revelin,** Berichterstatter der Kommission, begründet die von derselben am Entwurf des Generalkomitees vorgenommenen, übrigens untergeordneten Abänderungen bezw. Zusätze: 1. Um die von einigen Seiten befürchtete Majorisierung der politischen Gruppen durch die Gewerkschaften und Genossenschaften zu vermeiden, sollen diese nur durch Vermittlung einer Departements-Föderation der Partei beitreten können, und zwar regelt die einzelne Föderation selbst die Vertretungsweise und die Beitragsleistungen der Gewerkschaften und Genossenschaften an die Partei. 2. Ein Streikbrecher darf von einer socialistischen Gruppe nicht aufgenommen werden, es sei denn, daß die betreffende Gewerkschaft ihm Amnestie erteilt hat. 3. Vertretungsbasis für den Parteitag. Nachdem der Entwurf schon die Vertretung von Einzelgruppen abgeschafft hat, schlägt die Kommission für die Vertretung der Föderationen (diese wählen die Parteitags-Delegierten auf ihren Konferenzen) folgende Basis vor: Jede Föderation hat zunächst das Recht auf einen Delegierten, dann auf je einen Delegierten pro 200 regelmäßig Beiträge zahlende Gruppenmitglieder und einen Bruchteil von nicht weniger als 100 solchen Mitgliedern, schließlich auf je einen Delegierten pro 5000 Stimmen in der Kammer-Hauptwahl und einen Bruchteil von nicht weniger als 2000 Stimmen. Die Parteitagsmandate werden von der Konferenz der Föderation unter ihre einzelnen Bestandteile: politische Gruppen, Gewerkschaften und Genossenschaften, verteilt nach den von ihr selbst zu beschließenden Regeln. 4. Die Gemeinderats-, General- und Bezirksratsmitglieder haben, ähnlich wie die Deputierten mit dem Generalkomitee, enge Beziehungen mit der betreffenden Föderation zu unterhalten. Sie erstatten Bericht über ihre Thätigkeit auf der Konferenz der Föderation, die den Bericht dem Generalkomitee übermittelt. Das Komitee erstattet dann seinerseits einen Gesamtbericht über die kommunale ꝛc. Thätigkeit vor dem Parteitag. 5. Provisorische Bestimmungen für die Uebergangsperiode: a) Das nächste Generalkomitee wird auf derselben Basis gewählt, wie die Resolutionskommission des Lyoner Kongresses: 1 Delegierter pro Föderation, 1 weiterer Delegierter pro je 25 Kongreßmandate und einen Bruchteil von nicht unter 10 Mandaten. Nachdem die neue Vertretungsbasis für den Parteitag durchgeführt worden ist, wird das Generalkomitee wieder von den Föderationen, aber im Verhältnis zu ihren Kongreßmandaten gewählt werden. b) Dort, wo die Föderation noch nicht alle socialistischen Gruppen des Departements vereinigt bezw. wo in dem gleichen Departement mehr als eine Föderation besteht, ist vorläufig nur die Annäherung der gesonderten Gruppen anzustreben, d. h. die Partei erkennt eventuell gesonderte Föderationen eines gleichen Departements an. Bei dieser Bestimmung hat die Kommission auch eine Annäherung mit den Lokalorganisationen der guesdistischen und blanquistischen Parteien im Auge gehabt, was Revelin ausdrücklich konstatierte. 6. Die Sonderorganisationen können nur auf einem allgemeinen socialistischen Parteitag aufgelöst werden, nachdem alle Föderationen sämtliche Gruppen des Departements vereinigt haben, — mit andren Worten, nach der Wiedervereinigung mit den Guesdisten und Blanquisten. 7. Das neue Generalkomitee ist beauftragt, ein vollständiges Parteiprogramm auszuarbeiten (an Stelle der bisherigen drei principiellen Einigungsformeln), das nebst einem theoretischen Teil ein Minimalprogramm für das Parlament und die Gemeinderäte zu enthalten hat.

Der Berichterstatter schloß mit den Worten: Haben wir den Entwurf des Generalkomitees in die That so umgesetzt, haben wir die Organisationsfrage erledigt und können fortan alle unsre Kraft der socialistischen Propaganda widmen und brauchen sie nicht mehr auf inneren Zwist, diplomatische Züge und Gegenzüge und auf erkünstelte und erbitterte Versöhnungsversuche zu verschwenden. Wir können dann ruhig warten, bis die Dissidenten wieder sich uns anschließen. Unsre Partei wird die Hauptkraft des französischen Socialismus werden. (Lebhafter Beifall.)

Die Artikel des Entwurfs und die neuen Kommissionsvorschläge werden der Reihe nach verlesen und teils ohne Debatte, teils nach kurzer Debatte durch Handaufheben angenommen. Die Beratung wird in der Abendsitzung zu Ende geführt werden.

Am Schluß der Nachmittagssitzung wurde **Briand** (nach dem Beispiel der deutschen Partei) zum Korrespondenten des Internationalen Socialistischen Komitees ernannt und auf **Jaurès'** Vorschlag eine Kommission gewählt zwecks Abfassung eines Manifestes an das Land über den Auszug der Linken und den Kongreß.

Schluß der Sitzung 7½ Uhr.

Dritter Verhandlungstag. — Abendsitzung. 8½ Uhr.

In der siebenten und letzten Sitzung wird zunächst die Beratung des Organisationsentwurfs erledigt. In der Gesamtabstimmung wird der Entwurf nebst den neuen Kommissionsvorschlägen durch Handaufheben **einstimmig** angenommen. Verschiedene Zusatzanträge wurden dem Generalkomitee zum Studium überwiesen, darunter ein Antrag auf Vorbereitung eines **offiziellen Partei-Organs,** das Eigentum der Partei wäre.

Abg. **Renou** verliest das erwähnte **Manifest** „**An das proletarische und socialistische Frankreich.**" Hier dessen wesentlicher Inhalt: Der Lyoner Kongreß hat das ihm

in Paris auferlegte Mandat erfüllt. Der Einigkeitsentwurf ist beschlossen worden. Die Einigkeit verwirklicht sich nicht durch das Machtgebot von Einzelpersonen, sondern durch den Willen der autonomen Föderationen, nicht von oben, sondern von unten. Daß die Einigkeit notwendig und möglich ist, beweist die Thatsache, daß die alten Sonderorganisationen genötigt sind, allerhand Vorwände zu benutzen, um der Einigkeit zu entgehen. Auf dem letzten Pariser Kongreß hatte die „Französische Arbeiterpartei" zu diesem Zweck einen geringfügigen Zwischenfall benutzt, diesmal wurde zum gleichen Zweck der Sinn der vom Kongreß angenommenen Resolution über die Ministerfrage entstellt (dénaturé), während diese Resolution die Partei vollständig der Verantwortung für die Regierungsaktion entledigt, während sie erklärt, daß „der Genosse (le citoyen) Millerand in keinem Augenblick die Partei engagiert hat"... Wir sind überzeugt, daß die erkünstelten Spaltungen nicht dauernd sein werden, daß alle Socialisten der geeinigten Partei wieder beitreten werden. Hoch die socialistische Einigkeit! Hoch die sociale Revolution! (Beifall und Hochrufe auf die sociale Revolution.)

Das Manifest wird nach einigen Abänderungen **einstimmig** angenommen und von allen Organisationen unterzeichnet. Ferner wird dem Vorschlag der Kommission zugestimmt, die einzelnen Gruppen mögen nach Maßgabe ihrer Mittel für den Maueranschlag des Manifests sorgen.

Der nächste Kongreß findet statt in **Tours** 1902 — **vor** den Frühjahrswahlen zur Deputiertenkammer.

Der Kongreß geht nach dem Absingen der „Internationale" in gehobener Stimmung auseinander.

Schluß 11½ Uhr.

## Fünfte Generalversammlung des Glasarbeiter-Verbands.

**Fürth**, den 26. Mai 1901.

Die Generalversammlung des Verbands der Glasarbeiter, die heute zusammentrat, wurde vom Vorsitzenden Girbig mit einem herzlichen Willkommen im Namen der Fürther Zahlstelle eröffnet.

Als Gast ist **Eduard Krahl** von den östreichischen Glasarbeitern und **Legien** von der Generalkommission anwesend.

Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten erhält Glasarbeiter Krahl das Wort: Von den östreichischen Glasarbeitern wurde mir der Auftrag, ihren Verhandlungen beizuwohnen und nehme ich hiermit Gelegenheit, ihnen unsre besten Wünsche zu überbringen. Der gewaltige Kampf, den Sie führen, macht auf uns großen Eindruck. Mögen Sie als Sieger aus ihm hervorgehen. An materieller Unterstützung werden wir auch in Zukunft unser möglichstes thun.

Die Versammlung beschließt, den Streikenden in Schauenstein und Rienburg eine Sympathiekundgebung zu übersenden.

Aus dem Bericht der Wahlprüfungskommission ist zu ersehen, daß 79 Delegierte mit 106 Mandaten vertreten sind.

Der Geschäftsbericht, vom Vorsitzenden **Girbig** gegeben, liegt schriftlich vor und ist von uns bereits besprochen. Ueber die gegenwärtige Lage bemerkt Redner: Leider konnte die geplante Abschaffung der Sonntagsarbeit in der Hohlglas- und Beleuchtungsbranche nicht mit der nötigen Energie vorgenommen werden. Der Streik in Schauenstein und Rienburg beanspruchte große Opfer. Redner mahnt vor übereiltem Eintreten in Streiks, wenn sie auch gerechtfertigt sind. Gemaßregelte Kollegen soll die Verbandskasse lieber auf sich nehmen. Wenigstens soll ohne Zustimmung des Vorstands kein Streik erklärt werden. Ein Schreiben an den Bund der Industriellen bezüglich der Errichtung des Arbeitsnachweises durch denselben hat bis jetzt keine Beantwortung gefunden.

Anschließend hieran erörtert der Kassierer **Hamann** den ebenfalls gedruckt vorliegenden Kassenbericht. Mit Genugthuung ist zu konstatieren, daß die Kosten für den Streik in Schauenstein und Rienburg bis jetzt größtenteils durch freiwillige Beiträge bestritten wurden, so daß die Hauptkasse nur 20 000 M. zuschießen brauchte. In warmen Worten giebt Redner der Anerkennung für die Opferfreudigkeit der Helfenden im In- und Auslande Ausdruck.

Nachdem noch **Fischer**-Fürth ausführlich die Thätigkeit der Preßkommission, die sich vornehmlich mit internen Angelegenheiten befaßte, geschildert hat, entspann sich eine ausgedehnte Debatte über die Berichte.

Der Rienburger Streik, die verschiedenen örtlichen Wünsche gaben einer großen Anzahl Diskussionsredner Anlaß zu Betrachtungen. Ein reges Streben, das Beste für die Organisation zu schaffen, war der Grundgedanke aller Ausführungen.

**Fürth**, den 27. Mai 1901.

Zur Besprechung stand der Bericht des Ausschusses, der vom Glasarbeiter **Peschel** gegeben wurde. Es gelangten hier nur interne Angelegenheit innerer Verbandsthätigkeit zur Erledigung.

Lebhafter gestaltete sich die Debatte über folgenden Antrag:

„Die Generalversammlung wolle beschließen: In Anbetracht des Rienburg-Schauensteiner Streiks und um diesem eher zum Siege zu verhelfen, möchten wir in der Grünglasbranche auf sämtlichen Hütten in einen Generalstreik eintreten, indem wir in der Sympathie sämtlicher centralisierter Gewerkschaften Deutschlands die Gewähr finden, daß sie uns in diesem schweren Kampfe deshalb unterstützen, weil die Lage der Arbeiter in den Grünglashütten sehr verbesserungsbedürftig ist."

Die Meinungen über den Generalstreik waren sehr geteilte und wurden die Gründe für und wider von den Rednern in sachlicher Weise vorgetragen. Zum Schluß verlas der Vorsitzende Kaufholt folgende von Girbig eingebrachte Resolution, die von der Versammlung angenommen wurde:

„Die Generalversammlung erklärt, daß die Beschlußfassung über einen Generalstreik der Flaschenmacher noch auszusetzen ist. Die Lokalverwaltungen in den Orten, in welchen Waren für Hetze und Himly u. Holscher hergestellt werden, haben an die resp. Fabrikanten heranzutreten und um Einstellung dieser Lieferungen zu ersuchen. Der Vorstand soll versuchen, durch Verhandlung mit Herrn Hetze event. dem Vorstand der Fabrikantenvereinigung, unter Heranziehung geeigneter, in öffentlicher Stellung befindlicher Personen eine Beilegung des Kampfes herbeizuführen. Nach dem Ausgang dieser Unterhandlungen hat der Vorstand des Verbandes unter Hinzuziehung von Vertretern der Organisation über weitere Schritte zu beschließen."

Hierauf wandten sich die Beratungen der Beitragserhöhung zu, die mit Annahme folgenden Antrags der Berliner Delegierten ihren Abschluß fand: § 5 erhält in Absatz 3, Zeile 4 die Fassung:

Bis zu 500 M. = 15 Pf.
„ „ 700 „ = 20 „
„ „ 1000 „ = 25 „
über 1000 „ = 30 „

Der Beschluß bedeutet, daß die Festsetzung der Beiträge nach dem Jahresverdienst der Arbeiter geregelt wird.

**Fürth**, den 28. Mai 1901.

Die weitere Statutenberatung ergiebt die Annahme eines Antrages, der die Karenzzeit für Unterstützungen von 26 auf 52 Wochen erhöht. Eine Verlängerung der Unterstützungsdauer wird abgelehnt.

Für diejenigen Mitglieder, die gemaßregelt werden, kann künftig Unterstützung bei Umzug gewährt werden. Der Geschäftsführer und Kassierer werden gemäß einem Antrag der Zahlstelle Stralau von der Generalversammlung gewählt, die übrigen Mitglieder des Centralvorstands von den Zahlstellen, die die Generalversammlung bestimmt. Die Einteilung der Mandate soll nach einem Antrag Girbig, der mit 37 gegen 31 Stimmen angenommen wurde, wie folgt geschehen:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Orte von | 30—75 | Mitgliedern wählen | 1 | Delegierten |
| „ „ | 76—200 | „ „ | 2 | „ |
| „ „ | 201—500 | „ „ | 3 | „ |
| „ über | 500 | „ „ | 4 | „ |

Ferner darf kein Delegierter mehr wie zwei Mandate vertreten. Die übrigen Statutenänderungen sind von untergeordneter Bedeutung.

## Partei-Nachrichten.

**Genosse Pilsudski**, der im vorigen Jahre verhaftete Redacteur des geheimen Warschauer „**Robotnik**", ist den Zarenschergen endgültig entronnen. Wie unser Krakauer Parteiblatt, der „Naprzod" mitteilt, ist Pilsudski bereits in **London**. Die Gendarmen hatten diesmal kein Glück. In den Polizeiblättern ließen sie mitteilen, daß „ein Verbrecher" aus dem Petersburger Irrenhaus entsprungen sei!

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

### Zum Streik der Barbiere.

Ueber fünfhundert Barbier- und Friseurgehilfen Berlins haben in einer öffentlichen Versammlung den Generalstreik beschlossen. In einer mit allen gegen vier Stimmen angenommenen Resolution erklärten die Versammelten, nur durch die allgemeine Arbeitsniederlegung — also auch dort, wo bewilligt ist — den geforderten Tarif zur Durchführung bringen zu können. Die Anrufung des Einigungsamts, die nun durch die „Freie Meistervereinigung" erfolgt ist, wird von der Gehilfenschaft rundweg abgelehnt, so lange nicht auch die Innungen das Schiedsgericht angerufen haben. Nach dem neuen Organisationsplan werden jetzt auch fliegende Barbierstuben im Centrum und dem Westen errichtet. Der Vorsitzende der „Freien Vereinigung" der Meister, Herr Klarbaum, erklärte namens seiner Organisation, daß diese in einer Vorstandssitzung beschlossen habe, sämtliche Forderungen der Gehilfen vollständig zu erfüllen. Die „Freie Vereinigung" hängt zu gleicher Zeit von heute ab in ihren Lokalen ein Plakat folgenden Inhalts aus: „Um den Forderungen der Gehilfen gerecht zu werden, hat die freie Meister-Vereinigung beschlossen, den Preis fürs Rasieren von 10 auf 15 Pf. und fürs Haarschneiden von 25 auf 35 Pf. zu erhöhen". — Bisher haben sich an der Streikbewegung 576 Gehilfen beteiligt.

* * *

Die Lohnkommission giebt bekannt, daß in folgenden Lokalen die Streikenden barbieren werden:

Baumgarten, Königsbergerstr. 7. Peetz, Fruchtstr. 20. Matthes, Koppenstr. 41. Bethge, Rüdersdorferstr. 60. Fiedler, Warschauerstraße 78. Georgi, Frankfurter Allee 70. Gorn, Markusstr. 23. Hölble, Grüner Weg 23. Tabbert, Grüner Weg 14. Kühn, Posenerstraße 10. Kramer, Petersburgerstr. 40. Merkowski, Wallnertheaterstr. 20. Peschel, Petersburgerstr. 81. Puppe, Markusstr. 8. Nisch, Koppenstr. 13. Rott, Straßmannstr. 23. Schröder, Fruchtstraße 33/34. Schulze, Große Frankfurterstr. 5. Schumann, Tilsiterstraße 85. Wilke, Andreasstraße 34. Zabel, Frankfurter Allee 90. Bieberstein, Adalbertstr. 61. Bücke, Naunynstr. 30. Golz, Grünauerstraße 3. Grundmann, Naunynstr. 78. Hirseland, Reichenbergerstraße 74a. Richter, Mariannenstr. 41. Krüger, Naunynstraße 54. Brost, Brangelstr. 68. Salomon, Naunynstr. 65. Schulze, Grünauerstraße 16. Schulze, Waldemarstr. 2. Seidler, Muskauerstr. 14. Teichert, Elisabeth-Ufer 28. Wolff, Wienerstr. 43. Schmieder, Admiralstr. 21. Schönemann, Skalitzerstr. 7. Schink, Manteuffelstr. 77. Erbe, Cuvrystraße 25. Bade, Ritterstr. 32. Ewald, Schönleinstr. 6. Katz, Dieffenbachstr. 31. Lenz, Alte Jakobstr. 69. Plötz, Gräfestr. 34. Waschinski, Grüner Weg 6. Köpenick, Magazin- u. Schillingstraßen-Ecke. Salomonis, Beuthstr. 21. Bergmann, Pasewalkerstr. 3. Beier, Manteuffelstr. 111. Gärtner, Fruchtstr. 17. Aspelt, Marienburgerstraße 23; Eisenbahnstr. 36a; Hagelsbergerstr. 2; Bülowstr. 59. Franke, Pallisadenstraße; Skalitzerstr. 59. Bohn, Rostockerstr. 12. Schulze, Dieffenbachstr. 54; Schwedterstr. 33. Bauer, Rosenthalerstr. 57. Preuß, Neue Friedrichstr. 20. Renfer, Auguststr. 51. Dorn, Wallstr. 1. Abendroth, Ackerstr. 104. Anders, Sellerstr. 14. Persch, Drontheimerstraße 10. Doye, Müllerstr. 32a. Dieke, Ackerstr. 123. Filter, Gerichtsstr. 62. Franke, Plantagenstr. 5. Herrmann, Puttbuserstr. 45. Hoppe, Ackerstr. 21. Lietzke, Brunnenstr. 85. Mothes, Hussitenstr. 40. Ramlow, Schönhauser Allee 135. Richter, Stettinerstr. 17. Rosin, Ruppinerstr. 42. Schmidt, Pappel-Allee 114. Seidel, Neue Hochstr. 38. Krause, Müllerstr. 7. Tauschel, Wiesenstr. 29. Schulz, Pflugstr. 6. Schmidt, Treskowstr. 23. Wilk, Burgsdorfstraße. Gleinert, Schulstraße 29. Georgi, Eberswalderstr. 4. Staffeland, Wörtherstr. 19. Brinkmann, Prinzen Allee 21. Bobath, Sellerstr. 8. Brückner, Gartenstr. 63.

### Deutsches Reich.

**Auf dem evangelischen Arbeitervereinstag** ist es, wie gestern bereits telegraphisch gemeldet, zwischen der Richtung, die den Anschluß an die neutralen Gewerkschaften empfiehlt, und der, die auf rein christlichem Standpunkt jede Vermischung mit den Gewerkschaften verwirft, zum Bruch gekommen. Zu der letzteren Richtung gehört vor allem Redacteur **Quandel** aus Bochum und der nationalliberale Reichstags-Abgeordnete **Franken**, die eigentlich aus ihrer Abneigung gegen die Gewerkschaften nie ein Hehl gemacht haben. **Naumann**, **Weinhausen** und andren ist es gelungen, eine mehr wohlwollende Stellung der evangelischen Arbeitervereine zur Gewerkschaftsbewegung durchzusetzen, wobei es nie ohne heftige Opposition abging. Nachdem nun im vorigen Jahre Pfarrer Naumann im Ruhrrevier durch Vorträge versuchte, für die Gewerkschaftsbewegung Interesse zu erwecken, ist die Entrüstung gegen ihn bis aufs äußerste gestiegen und sollte nunmehr auf dem Vereinstag in **Speyer** die Abrechnung erfolgen. Der Ausschuß empfahl, dies unter Ausschluß der Oeffentlichkeit zu thun, aber die Richtung **Quandel** bestand auf Oeffentlichkeit, denn Naumann habe, so erklärte man, seine Angriffe auch öffentlich vorgebracht. Als dem nicht willfahren wurde, verließ der Anhang Quandels die Sitzung und kam es somit zum offenen Bruch. Vorher war Reichstags-Abgeordneter Franken bei der Wahl zum Ausschuß durchgefallen; die ihm dann gütigst angebotene Stellung eines Ehrenmitglieds des Ausschusses lehnte er ab. Durch den Bruch verliert der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine 30 000 Mitglieder und behält 40 000. Der Kongreß wiederholte im allgemeinen seinen Beschluß zur Gewerkschaftsbewegung: er stellt es jedem Verein frei, seine Entscheidung für den Anschluß an eine Gewerkschaft unabhängig zu treffen. —

### Ausland.

**Der Internationale Bergarbeiter-Kongreß** in **London** wurde gestern geschlossen, nachdem er eine Resolution zu Gunsten eines von allen Bergwerksarbeitern der Welt innezuhaltenden Feiertags angenommen hatte. Ein besonderer Tag soll hierfür auf dem nächsten Kongreß festgesetzt werden. Es wurde ferner beschlossen, daß der nächste Kongreß, wenn es möglich sei, in Deutschland abgehalten werden soll.

## Sociales.

**Zum Grubenunglück in Waldenburg** (Schl.). In Bergarbeiterkreisen glaubt man ebenso wie in den Kreisen der Behörden **nicht** an die behauptete Fahrlässigkeit als Ursache des Schachtbrandes. Den einfahrenden Bergleuten ist das Mitführen von Feuerzeug streng verboten. Andrerseits enthielt auch die aus Balken und starken Brettern bestehende Kaue keine leicht brennenden Stoffe, so daß die Entstehung des Brandes durch das Wegwerfen eines brennenden Streichholzes ganz unwahrscheinlich ist. Die Behörde verhaftete als mutmaßlichen Urheber des Brandes einen Bergmann Kretschmer, der wegen Ungehörigkeiten entlassen war und sich nun verdächtig machte. Der Mann mußte aber aus der Haft alsbald wieder entlassen werden.

Wäre die Schachtmündung von einer eisernen, statt einer hölzernen Kaue bedeckt gewesen, dann hätte das Unglück nicht passieren können. Thatsächlich **fordert die Bergpolizei die Ersetzung aller hölzernen durch eiserne Kauen**, die Bergwerksverwaltung des Fürsten v. Pleß aber hatte die Erlaubnis bekommen, **mit den Umbauten noch bis 1. Oktober warten zu dürfen**. Ebenso tadelnswert ist es, daß die zahlreichen abgelegenen Schachteingänge im Waldenburger Revier ohne jede Bewachung und dem Uebelwollen gewissenloser Menschen überantwortet sind, während diese Ueberwachung ohne große Kosten durch Berginvaliden geübt werden könnte. Handelt es sich hier doch um die Sicherheit von vielen Hundert Menschen.

**Zum Münchener Aerztestreik** wird uns von dort berichtet: Der Streik zwischen der Orts-Krankenkasse IV und den Aerzten, der seit Anfang des Jahrs dauerte, ist beendet. Dank der Initiative des Herrn Regierungspräsidenten v. **Auer** hat unter seinem Vorsitz eine gemeinschaftliche Besprechung zwischen der Vorstandschaft des ärztlichen Bezirksvereins mit der Kasse stattgefunden.

Diese Besprechung zeitigte das erfreuliche Resultat, daß der von den Aerzten vorgelegte Vertragsentwurf mit einigen unwesentlichen Modifikationen von beiden Seiten angenommen wurde.

Dieser neue Vertrag tritt am 1. Juni dieses Jahres in Kraft.

## Aus der Frauenbewegung.

**Einen interessanten Versuch**, zu socialpolitischer Erkenntnis in der „brennenden" Dienstbotenfrage zu gelangen, soll eine Amerikanerin, Frau Reeh, durchgeführt haben. Um die Berechtigung der vielen Klagen über die **Mädchennot** zu ergründen, ging sie selbst „in Stellung" und zwar zunächst als Kindermädchen. Sie hat die erste Stelle bald aufgeben müssen, ebenso eine zweite, gleich unerträgliche. Sie hat ihre Stellen oft gewechselt und gesteht ein, daß die Behandlung meist eine schlechte gewesen; die Schuld des häufigen Wechsels zumeist auf Seiten der Herrschaft liege.

Die amerikanischen Hausfrauen werden von dem Resultat des Experiments schwerlich erbaut sein. Wie wäre es wohl, wenn eine deutsche Hausfrau, der es unmöglich ist, Mädchen zu finden, die zu ihrer Zufriedenheit arbeiten, dem Beispiel der Amerikanerin folgte? Da würde sie am sichersten erfahren, ob die Ansprüche, welche sie an ihre Mädchen stellt, an ihre Arbeitskräfte und ihre hauswirtschaftlichen Kenntnisse nicht minder als an ihre Pünktlichkeit und Bescheidenheit, ihren Fleiß und ihr respektvolles Benehmen, von den „Herrschaften" bei ihr als reichlich vorhanden angesehen würden.

## China.

### England will nicht abziehen!

Laffans Bureau telegraphiert aus Peking am 31. Mai: **Sir Eduard Satow, der britische Kommissar**, informierte die **chinesischen Bevollmächtigten**, daß die **britischen Truppen das Land nicht räumen würden, bevor die Entschädigungsfrage erledigt ist**, bis die kaiserlichen Erlasse, welche dem Artikel 10 des Friedensprotokolls Wirkung verschaffen, im ganzen Land publiziert und die Prüfungen in der beschränkten Form gehörig abgehalten worden sind. **Diese Ankündigung überrascht Li-Hung-Tschang**, da er erwartet hatte, daß alle Verbündeten abziehen würden, noch bevor ein endgültiges Einverständnis betreffs der Rückkehr des Hofes getroffen worden wäre. Satows Verfahren erfolgte in Uebereinstimmung mit der letzten Klausel des Protokolls, auf deren Einfügung die britische Regierung kurz vor Unterzeichnung bestand.

Englands Haltung ist wohl nur als eine dreiste Spekulation auf **Deutschlands** allerdings oft bewiesenen **Freundschafts-Eifer** aufzufassen. Zeigt Deutschland, daß es wirklich nicht daran denkt, sich auch noch fürderhin für England die Finger zu verbrennen, so wird England bald genug genötigt sein, seine Handvoll Truppen aus Tschili zurückzuziehen.

Einstweilen versucht es noch einmal seinen abgenutzten

### Scharfmacherkniff.

Laffan meldet nämlich aus London am 31. Mai: **Der Korrespondent des „London Standard"** in Tientsin sagt, **es bestehe große Gefahr**, daß der **Auszug der Alliierten** von den Chinesen allgemein **falsch ausgelegt werde**. Sie würden in den Glauben versetzt werden, daß die **Räumung des Landes nur in gehorsamer Ausführung der Befehle des chinesischen Hofs erfolgt** sei. Die am meisten vorgeschrittenen Eingeborenen geben zu, daß eine **Wiederkehr der jüngsten Unruhen innerhalb zweier Jahre stattfinden müsse**, weil die Mächte die **Anstifter der Ausschreitungen unbestraft ließen und Peking selbst in einem ziemlich wohlerhaltenen Zustande verbleibe**. Die Unruhestifter ständen mit dem Hofe in enger Verbindung und seien begierig, ihr verlorenes Prestige wieder zu gewinnen.

### Li-Hung-Tschang

giebt in den unruhigen Distrikten der Centralprovinz Befehle aus, innerhalb zweier Monate alle Ruhestörungen zu unterdrücken, mögen dieselben von Boxern oder anderen verursacht worden sein. Die Schuldigen sollen streng bestraft werden, bis die Ruhe wieder hergestellt ist. Li-Hung-Tschang führt in seinen Verordnungen Graf Waldersees letzte Botschaft an, welche besonderen Nachdruck darauf legt, wie wichtig es für die Chinesen sei, im Lande prompt und gründlich wieder Ruhe zu schaffen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Saalfeld a. d. S.**, 31. Mai. (W. T. B.) Bei dem starken **Gewitter** wurde gestern nachmittag auf einem Neubau ein Arbeiter vom **Blitz erschlagen**, ein andrer gelähmt.

**Hildburghausen**, 31. Mai. (W. T. B.) Heute vormittag brach die neuerbaute **Fußgänger-Ueberführung** auf Bahnhof **Themar** bei der Probebelastung plötzlich zusammen. Drei Personen **sind schwer**, mehrere andre leicht verletzt worden.

**Wien**, 31. Mai. (W. H.) Der Kassationshof hob heute das vom hiesigen Schwurgericht gefällte Urteil gegen Josef Ott, welcher seiner Zeit sein Kind getötet und dann verbrannt hatte, auf, und verurteilte denselben nur wegen Totschlags zu 12 Jahren schweren Kerkers. Die Ehefrau Ott wurde gänzlich freigesprochen.

**Wien**, 31. Mai. (W. T. B.) Der Budgetausschuß der österreichischen Delegation nahm das Marinebudget an und stimmte der Anregung des Referenten zu, den östreichisch-ungarischen Mannschaften in China die Anerkennung für ihre Haltung auszusprechen.

**Budapest**, 31. Mai. (W. T. B.) Die Direktion der Oestreichisch-Ungrischen Staatseisenbahn-Gesellschaft hält an der 10½stündigen Arbeitszeit fest, entgegen der Forderung der Arbeiterschaft der Reschitzaer Werke auf 10stündige Arbeitszeit. Der Ausstand dauert fort, dürfte jedoch wegen Mangels an Organisation und Ausdauer bald beendet werden, zumal auch die Lebensmittelhändler die Verabfolgung von Waren auf Kredit bereits verweigern.

**Antwerpen**, 31. Mai. (W. T. B.) Der „Précurseur" meldet: In der Guanofabrik von Ohlendorf in Burght ist ein Ausstand ausgebrochen. Als am Vormittag der Direktor der Fabrik sich dahin begab, wurde er von Arbeitern angehalten; er glaubte sich bedroht, und feuerte **sechs Revolverschüsse** ab, wodurch zwei Arbeiter schwer verletzt wurden.

**Antwerpen**, 31. Mai. (W. T. B.) Als während des Exerzierens der Bürgergarde im Velodrom ein Gardist von seinem Offizier beim Rauchen ertappt und deswegen zur Rede gestellt wurde, erhob er Einspruch dagegen und wurde von dem Offizier deswegen festgenommen. Alle Gardisten begannen nunmehr zu pfeifen, drehten ihre Gewehre um, stimmten dann die Marseillaise an und zertrümmerten mit dem Gewehrkolben den Raum, den der Thürhüter des Exerzierhauses bewohnt. Zum Schutz der Offiziere mußte Polizei eingreifen, ein Gardist wurde verhaftet. Die übrigen durchzogen die Stadt unter Absingen der Marseillaise.

**Rom**, 31. Mai. (W. H.) Außer 15 000 Bauarbeitern traten heute die Arbeiterinnen der hiesigen Tabakfabrik in den Ausstand. Ein Streik der Heu- und Getreidemäher steht bevor.

Verantwortlicher Redacteur: **Heinrich Wetzker** in Gr.-Lichterfelde. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

**Hierzu 2 Beilagen.**

## Dritte Generalversammlung des Centralverbands der Bildhauer.

Dresden, 30. Mai 1901.

Die Generaldiskussion darüber, welche Verbandsleistungen erhöht werden sollen, wird fortgesetzt. Die Delegierten haben bekanntlich den Wochenbeitrag von 50 auf 65 Pf. erhöht; da 5 Pf. dem Reservefonds zu gute kommen, stehen 10 Pf. zur Verfügung. Die Zahl der Anträge ist sehr groß.

Tzschorn befürwortete eine Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung von 1 M. auf 1,25 M. Königstett-Magdeburg redete einer Streikunterstützung von 2 M. (jetzt 1,50 M.) das Wort. Reichel bittet, die Krankenunterstützung überhaupt nicht zu erhöhen, womöglich lieber zu kürzen. Jörk-Hamburg ist für Erhöhung der Tagegelder aller vier Unterstützungszweige um 25 Pf. Schiller-Köln tritt besonders für Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ein. Linke fragt, warum ein Streikender mehr Unterstützung erhalte als ein gewöhnlicher Arbeitsloser. Ersterer bekomme 1,50 M., letzterer 1 M. Gerade den Streikenden müsse der ideale Grund seiner Arbeitslosigkeit veranlassen, mit weit weniger auszukommen. Backhaus-Mannheim tritt für die Arbeitsunfähigen (Kranken) Unterstützung ein, denn man müsse die alten und kleinstädtischen Kollegen in ihren Wünschen berücksichtigen. Diese bildeten den Stamm der Organisation. Miesbach-Berlin: Es ist für uns vorteilhafter, die Arbeitslosen zu unterstützen, um zu verhüten, daß sie die Arbeitsverhältnisse verschlechtern.

Es folgen die Abstimmungen. Eine Ermäßigung der Karenzzeit von 26 auf 13 Wochen wird mit 16 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Ebenso wird beschlossen, die sieben ersten Tage bei Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit nichts zu zahlen, wie bisher. Nur einer stimmt dagegen. Die Erhöhung der Streikunterstützung wird mit 14 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wird mit 17 gegen 6 Stimmen die Erhöhung der Krankenunterstützung. Dagegen wurde mit allen Stimmen die Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung sowohl für den Ort wie für die Reise beschlossen. Gegen den Antrag: den 5 Jahre langen Mitgliedern höhere Unterstützungen zu gewähren, stimmen 17, dafür 5 Bevollmächtigte. Mit allen Stimmen wurde ein Berliner Antrag angenommen, die Karenzzeit von 26 Wochen auf 20 Wochen herabzusetzen und das Tagegeld für beide Arten der Arbeitslosenunterstützung von 1 Mark auf 1,25 Mark zu erhöhen.

An Diäten bewilligten sich die Bevollmächtigten 10 Mark den Tag.

Aus der Fülle der übrigen angenommenen Anträge seien folgende mitgeteilt:

Nichtbezugsberechtigte und ausgesteuerte Mitglieder sind für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit auf ihren Antrag von der Zahlung des Beitrags befreit. Dieses muß jedoch alle 4 Wochen vom Verwalter im Mitgliedsbuch bescheinigt werden. Bei Anspruch auf Unterstützung müssen noch nicht Bezugsberechtigte 52 Wochenbeiträge und Ausgesteuerte 20 Wochenbeiträge bezahlt haben.

Als (bei einem Gewerkschaftskampf) in Mitleidenschaft gezogen (Unterstützung 1,25 M. täglich) zu betrachten sind solche Mitglieder, welche sich mit den Angehörigen einer andren Gewerkschaft solidarisch erklären oder durch eine Aussperrung arbeitslos werden.

Jeder reisende Kollege hat sich, ehe er in Arbeit tritt, beim Vertrauensmann nach den örtlichen Arbeitsverhältnissen zu erkundigen und nicht bei Arbeitgebern in Arbeit zu treten, die nicht zu den ortsüblichen, vom Verbande anerkannten Arbeitsbedingungen arbeiten lassen. Bei Zuwiderhandlung kann der Verlust der Unterstützung auf 14 Tage oder der Ausschluß erfolgen.

Ein Elberfeld-Barmer Antrag auf Einführung der Bezirksorganisation wird abgelehnt. Dupont ist der Ansicht, daß diese Einrichtung für die großen Verbände passen möge, aber nicht für kleine. Wo solle man die geeigneten Leute für die Bezirksleiter-Posten herbekommen? Für den Bildhauer-Verband reichten als Verwaltungsorgane aus: der Centralvorstand und die örtlichen Verwaltungsstellen, ferner für die Agitation die unter der Leitung der örtlichen Verwaltungen stehenden Agitationskommissionen, von denen einige Ersprießliches geleistet hätten.

Internationale Ungleichheiten. Schlaucher-München weist darauf hin, daß die deutschen Bildhauer in Oestreich nur 11 M. erhalten, daß der Verband aber den ausländischen Kollegen 80 M. zahle. Bohle: Die deutsche Organisation ist die beste, daher muß sie mehr leisten. Wir veranlassen mit unsren hohen Unterstützungen, daß die Ausländer zu uns kommen, sich organisieren und uns nicht in den Rücken fallen. Miesbach-Berlin erklärt, daß die Holländer hinfort abreisenden deutschen Verbändlern 3 Gulden (zu 1,70 M.) zahlen wollen.

Angenommen werden die beiden Anträge:

München: Mitglieder der mit dem C. V. d. B. D. in Gegenseitigkeitsvertrag stehenden ausländischen Bildhauervereine haben, wenn sie Deutschland bereisen und sofort dem Verband beitreten, Anspruch auf eine Reise-Unterstützung bis zu 20 Tagen (zu 1,25 M.). Sie müssen jedoch eine 52wöchige hintereinanderfolgende Mitgliedschaft in ihrem ausländischen Verein nachweisen können.

Hannover: Diese Unterstützung ist mit der Arbeitslosen-Unterstützung, die sie später als Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbands beziehen, bis zu 70 Tagen zusammenzuzählen.

Zum Schluß der Sitzung veranstalteten die Delegierten unter sich eine Sammlung zu Gunsten der Cunewalder streikenden Weber.

## Fünfte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbands.

Nürnberg, den 29. Mai.

Im weiteren Verlauf der Sitzung bestreitet der Verbandsvorsitzende Schlicke, daß die Anstellung des Hilfsarbeiters Skalsky vom Vorstand eigenmächtig erfolgt sei. In rechtlicher Beziehung sei der Vorstand verpflichtet gewesen, Sk. für seine Arbeit zu entschädigen. Ihm Abzüge zu machen, weil auch die Berliner Verwaltung ihm Gehalt zahle, sei nicht Sache des Vorstands, sondern der Berliner Kollegen gewesen. Uebrigens hätte dann Sk. eine Gegenrechnung für Umzugskosten, doppelten Haushalt in Berlin und Stuttgart usw. aufgestellt. Wiesenthal hätte sich mit seiner Frage an den Vorstand direkt wenden sollen, so wäre ihm Aufklärung geworden. Redner klärt dann den Fall Leipzig betreffend der verweigerten Streikunterstützung auf. Im Fall Kraus-Nürnberg sei Dejung im Unrecht, wenn er es so darstelle, als sei dem Kr. die Bestätigung als Vorsitzender der Sektion versagt worden, weil er vor Jahren den Streik gebrochen habe. Nicht deshalb, sondern weil sein Verhalten zu den Kollegen, wie insbesondere die Ansichten, die er in dem Beleidigungsprozeß gegen einen Kollegen über Streikdisciplin zu Tage gefördert habe, zu den größten Bedenken Anlaß gegeben und ein friedliches Zusammenarbeiten im Verbande als ausgeschlossen hätte erscheinen lassen, deshalb sei die Bestätigung versagt worden. Der Vorstand habe das Recht und die Pflicht, darauf zu achten, daß nicht persönlicher Tratsch in den Versammlungen ausgetragen werde. Dejung hätte auch anführen sollen, daß von den 87 gegen den Vorstand eingelaufenen Beschwerden nur sieben als berechtigt erachtet wurden. Und von den sieben Beschwerden hätten fünf Unterstützungsangelegenheiten betroffen, über die man zweierlei Meinung sein könne. Dejung habe also keinen Anlaß gehabt, in seinem Referat durchblicken zu lassen, als habe der Vorstand die Rechte der Mitglieder mißachtet. Nachdem Redner noch klargelegt, weshalb der vom Ausschuß beanstandete, mit Verlust verbundene Verkauf der Wertpapiere erfolgt sei, erklärt er zur Angelegenheit Pawlowitsch, der Verband sei zwar neutral, aber nicht so „neutral", daß er den Bock zum Gärtner mache. Die Regelung der Frage, ob auch für die Zeit des Umschauens Reise-Unterstützung gewährt werden solle, habe ausdrücklich der letzte Verbandstag dem diesjährigen überwiesen, aber nicht bejaht. Der Vorstand habe also auch in dieser Angelegenheit sich korrekt an das Statut gehalten.

Die Berliner Mandatsgeschichte sei eine „große Eselei" der beiden Kollegen gewesen, habe aber eine so harte Strafe wie Entlassung wohl nicht verdient. Die Verschmelzung des Verbands der Former mit dem Metallarbeiter-Verband halte er für zweckmäßig. Man möge sich zu Einigungsverhandlungen bereit erklären.

Dejung-Frankfurt a. M. erörtert noch einmal die abweichende Ansicht des Ausschusses. Die Anlage eines so großen Kontokorrents seitens des Verbands halte er nicht für zweckmäßig. Durch zweckmäßige Anlage der Gelder könne der Vorstand ein Vermögen dem Verbande verdienen.

Ballaske-Bremerhaven tadelt die Auslegung des Statuts seitens des Vorstands. Die Stellung des Vorstands zur Maifeier sei auch nicht richtig.

Vorhölzer-München meint zu den Anschuldigungen gegen den Vorstand, der kreißende Berg habe nur ein winzig Mäuslein geboren. Die Ausführungen des Vorstands betr. die Maifeier unterschreibe er zum großen Teil. Die Generalkommission vertrete die Interessen der Metallarbeiter nicht in dem Maße, wie es notwendig sei, sondern unterstütze hauptsächlich die kleineren Organisationen. Den Schneidern sei Sitz und Stimme in der Kommission eingeräumt, den Metallarbeitern nicht. Zum Verkauf der Wertpapiere bemerke er, daß ihm „der kleine Schaden lieber sei als der große."

Reichel polemisiert gegen Dejung, der bei seiner mündlichen Berichterstattung nicht objektiv verfahren sei. Der schriftliche Bericht des Ausschusses, der jetzt vorliege, sei hingegen objektiv gehalten.

Bei Beginn der Nachmittags-Sitzung erklärt Freythaler-Berlin, die von Wiesenthal-Berlin entwickelten Anschauungen würden von den andern Berliner Delegierten nicht geteilt. Er sei beauftragt, diese Erklärung abzugeben.

Lübkemann-Bremen meint, der Vorstand gehe bei der Zubilligung von Streikunterstützung gar zu vorsichtig vor. Wenn es richtig sei, was der Vorstand in seinem Cirkular behaupte, daß die Maifeier eine leere Demonstration sei, so hätten die internationalen Kongresse und die Parteitage von der Sache nichts verstanden. Das sei aber doch nicht anzunehmen.

Hehnemann-Berlin verlangt, der Vorstand möge der Berliner Zahlstelle den Gehalt, den Berlin an Skalsky gezahlt habe während der zwei Monate, die er auf dem Verbandsbureau in Stuttgart beschäftigt war, zurückzahlen.

Bender-Magdeburg erklärt, es sei ein Irrtum seitens des Vorstands, wenn er glaube, die übergroße Mehrheit der Verbandsgenossen sei mit allen seinen Maßnahmen einverstanden. Das vom Vorstand gewünschte Recht, die Hilfskräfte ohne Zustimmung des Ausschusses anstellen zu dürfen, möge die Generalversammlung versagen, da sonst ein Bureaukratismus im Verband Platz greifen werde, der schwer wieder zu entfernen sei.

Zum Vorstands- und Ausschußbericht sprechen noch Lauterbach-München, Spiegel-Düsseldorf, Düwell-Essen, Vollhaus-München, Basel-Nürnberg, Stopfack-Berlin, Giesen-Köln und Kämpf-Stuttgart. Zum Teil kommen lokale Beschwerden zum Vortrag und äußerten sich die Redner zur Maifeier, wobei vielfach die Stellung des Vorstandes angegriffen wird.

Damit ist die Generaldiskussion über den Vorstands- und Ausschußbericht geschlossen.

Auf Antrag Kümmele-Nürnberg wird die Angelegenheit der Preßrevisions-Kommission überwiesen. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen und Richtigstellungen.

Dem Ausschuß wird mit allen gegen zwei Stimmen Entlastung erteilt, dem Hauptkassierer Werner einstimmig. Zurückgezogen wird ein unklar formulierter Antrag, der namentliche Abstimmung darüber verlangt, ob die Generalversammlung mit der Geschäftsführung des Vorstands einverstanden sei. Einstimmig angenommen wird eine Resolution, die der Neigung der Generalversammlung Ausdruck giebt, mit dem Formerverband in Einigungsverhandlungen einzutreten unter der Voraussetzung, daß die Selbstständigkeit des Metallarbeiter-Verbands erhalten bleibt. Ferner wird der Vorstand beauftragt, mit dem östreichischen Bruderverbande dahin einen Ausgleich anzustreben, daß den in Oestreich reisenden deutschen Kollegen dieselben Vergünstigungen gewährt werden betr. des Reisegelds, wie den Oestreichern vom deutschen Verbande.

Mit großer Majorität wird ferner ein Antrag Dortmund angenommen: Die fünfte Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbands protestiert gegen das eigenmächtige Umstoßen von Generalversammlungs-Beschlüssen durch den Hauptvorstand.

Ein Antrag der westfälischen Bezirkskonferenz, der die Auslegung des Statuts seitens des Vorstands in der Frage der Reise-Unterstützung als nicht übereinstimmend mit den Beschlüssen der letzten Generalversammlung bezeichnet, wird ebenfalls angenommen.

Zum Schluß wird dem Vorstand Entlastung erteilt, in dem Beschluß aber die Erwartung ausgesprochen, daß die in der Diskussion erteilten Rügen den Vorstand veranlassen werden, sich in Zukunft nach den Beschlüssen der Generalversammlung zu richten. Gegen den Antrag stimmten drei Delegierte. Auf Antrag Dejung wird dann noch der neugewählten Preßkommission die Vollmacht erteilt, neben der Prüfung der Druckverhältnisse der „Metallarbeiter-Zeitung" auch noch eine solche in redaktioneller Beziehung vorzunehmen, damit bei der Debatte über die Fachpresse begründete Vorschläge gemacht werden können und so die Diskussion vereinfacht und verkürzt werde.

## Die fünfte Generalversammlung des Central-Verbands der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands.

Magdeburg, den 30. Mai 1901.

In der heutigen Sitzung fand zunächst die weitere Erörterung über „Mißstände in unsrem Gewerbe" statt. Eine große Anzahl von Delegierten machten Mitteilungen über die speciellen Verhältnisse ihres Wahlkreises. Mit den von den Berliner Kollegen beantragten Resolutionen (betr. Erstattung monatlicher Situationsberichte, Bekämpfung der infolge des Accordsystems vielfach überwuchernden „Wühlerei", Erweiterung des Bauarbeiterschutzes) erklärten sich alle Redner einverstanden, wenngleich sich manche von ihrer Annahme nicht viel praktische Erfolge versprechen. Gegen das Accordsystem erklärten sich fast alle Delegierten; nur Kollege Burzlaff-Lübeck meinte, bei der Lohnarbeit sei die Wühlerei ebenso schlimm wie bei der Accordarbeit. In Lübeck habe man vor einer Reihe von Jahren die Lohnarbeit eingeführt, man habe aber so schlechte Erfahrungen damit gemacht, daß sie wieder abgeschafft werden mußte. Von manchen Rednern wurden die vielfach zu Tage tretenden Auswüchse des Lehrlingswesens beklagt. Der Vorsitzende Drunsel faßte die Anschauung der Kollegen darüber dahin zusammen, daß die Kollegen nicht etwa in reaktionärer Weise sich mit einer Schutzmauer umgeben wollten; es müsse nur verhindert werden, daß das Lehrlingswesen überhand nimmt; die Lehrlinge dürften nicht ausgebeutet werden, sie müßten etwas lernen und nicht nur Handlangerdienste verrichten. Einige Delegierte brachten den Rückgang der Kachelöfen infolge des Vordringens andrer Heizsysteme zur Erörterung; man war der Ansicht, daß dieser Rückgang hauptsächlich darauf beruhe, daß die Kachelöfen viel zu eilig und unsolide gesetzt werden. Da sei es kein Wunder, wenn der Kachelofen in Mißkredit komme. Außerdem führte man den Niedergang des Gewerbs zum Teil darauf zurück, daß die Kachelofen-Fabrikanten nicht genügend Reklame machten. Drunsel wies darauf hin, daß in dieser Beziehung die Interessen von Ofenfabrikanten und Ofensetzern durchaus solidarisch seien. Seine Ausführungen veranlaßten den Kollegen Kaulich-Hamburg, eine Resolution zu beantragen, in der dem Centralvorstand aufgetragen wird, dieser Frage seine besondere Aufmerksamkeit zu schenken und darüber mit den Unternehmern in Verbindung zu treten. Diese Resolution und ebenso die drei Berliner Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

Bevor die Versammlung zum folgenden Punkt der Tagesordnung überging, hörte sie das Referat des internationalen Sekretärs, Kollegen Bartsch, über die internationalen Beziehungen zu den auswärtigen Kollegen an. Es ist dem Sekretär trotz aller Mühen nicht gelungen, stetige Beziehungen zu den auswärtigen Berufsgenossen herzustellen. Soweit die Ausländer überhaupt von sich hören ließen, wandten sie sich meist an den Vorstand. Die Versammlung besetzte infolgedessen den Posten des Sekretärs nicht wieder, sondern beauftragte den Centralvorstand mit der Pflege der internationalen Beziehungen. Genosse Widitz-Wien legte der Versammlung im Auftrag der keramischen Union in Oestreich den Entwurf eines Gegenseitigkeitsvertrags vor, der die Unterstützung derjenigen Kollegen regeln soll, die aus Deutschland nach Oestreich wandern und umgekehrt. Der Vertrag wurde der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen. Um 12 Uhr trat die Mittagspause ein.

Die Nachmittagssitzung wurde vollständig in Anspruch genommen durch die Debatte über Punkt 4 der Tagesordnung „Unterstützungswesen". Der Centralvorstand hat dem Verbande in dem Entwurf der neuen Satzung eine erhebliche Ausdehnung des Unterstützungswesens vorgeschlagen: Neben den schon bestehenden Reiseunterstützungen für arbeitslose Kollegen soll eine Umzugsunterstützung für gemaßregelte, verheiratete Mitglieder, eine Sterbeunterstützung und vor allem eine Krankenunterstützung eingerichtet werden. Die Krankenunterstützung soll pro Tag 50 bis 80 Pf. betragen, sie soll 5 bis 8 Wochen dauern und nach einer einwöchentlichen Karenzzeit beginnen. Zur Deckung der Mehrausgaben sehen die neuen Statuten eine entsprechende Erhöhung der Beiträge vor. Der Vorsitzende des Centralvorstands, Drunsel, befürwortete diese Vorschläge. Von der vielfach gewünschten Arbeitslosen-Versicherung, die er an sich für notwendig halte, müsse man zur Zeit absehen. Die Konjunktur sei gegenwärtig zu ungünstig; außerdem fehle noch jede statistische Grundlage, ohne die die Arbeitslosen-Unterstützung ein gefährliches Experiment sein würde.

In der Debatte war man sich darüber einig, daß das Unterstützungswesen möglichst ausgebaut werden müsse, um die Kollegen möglichst eng an den Verband zu fesseln. Die Anschauung, daß die Verbände durch das Unterstützungswesen verstimpelten, hielt man allgemein für veraltet. Den Hauptstreitpunkt bildete die Arbeitslosen-Unterstützung, deren Fehlen namentlich die Berliner Kollegen lebhaft beklagten. Mehr und mehr trat ein gewisser Gegensatz zwischen Ofensetzern und Werkstubenarbeitern zu Tage. Die Ofensetzer, namentlich die Kollegen Hugo und Hermann John und Pehl, warfen den Werkstubenarbeitern vor, sie wären deshalb gegen die Arbeitslosen-Unterstützung, weil sie selbst selten ganz arbeitslos wären. Hugo John erklärte, ohne die Arbeitslosen-Unterstützung würden die Berliner auch die Umzugs-Unterstützung ablehnen. Die Werkstubenarbeiter, besonders die Kollegen Schmidt-Velten, Hille und Evers, erwiderten, sie seien grundsätzlich für Arbeitslosen-Versicherung; das Vorgehen der Berliner, die einen Kuhhandel schließen wollten, sei zu verwerfen. Der Vorschlag der Krankenunterstützung fand nur geteilten Beifall. Dagegen wurde angeführt, daß die meisten Kollegen bereits zwei Krankenkassen angehörten, sowie daß die Krankenunterstützung als Arbeitslosen-Unterstützung mißbraucht werden würde. Schließlich schlug Hermann John vor, nur die Reise- und Sterbe-Unterstützung anzunehmen. Diesen Vorschlag empfahl auch der Vertreter der Generalkommission, Maurer Päplow, der im übrigen die möglichst baldige Schaffung einer Arbeitslosen-Unterstützung für dringend erwünscht erklärte. Die Abstimmung über alle eingelaufenen Anträge wird zu Beginn der morgigen Sitzung stattfinden.

## Der Verbandstag der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine

Köln, den 30. Mai.

Die Beratung über die Neutralitätsfrage und Abschaffung des Reverses wurde fortgesetzt. Die von dem Gegenreferenten Trabert-Leipzig eingebrachte Resolution lautet: „In Erwägung, daß durch die bestehenden Verhältnisse alle Arbeiter, gleichviel welcher politischen oder religiösen Richtung sie angehören, gleichviel wie sie organisiert sind, gleich schwer bedrückt werden, erklärt der 14. Verbandstag der deutschen Gewerkvereine es für seine heilige Verpflichtung, für seinen Teil mit dazu beizutragen, daß eine Annäherung aller bestehenden Arbeiterorganisationen, um thatkräftig für Verbesserungen der Lage des arbeitenden Volks eintreten zu können, herbeigeführt wird. In fernerer Erwägung fordert dieselbe Körperschaft alle diejenigen Verbandsvereine, welche den Revers noch obligatorisch haben, auf, denselben so bald wie möglich abzuschaffen, da der 14. Verbandstag der deutschen Gewerkvereine der festen Ueberzeugung ist, daß der Revers für uns ein Hindernis der Ausbreitung und Stärkung unsrer Organisation ist."

Die Delegierten Trabert und Pioch-Berlin bemängeln, daß die Resolution Hirsch zu langatmig und zu gelehrt sei. Das sei überhaupt der Fehler aller Kundgebungen von seiten des Verbands. Der letzte Redner führt aus: Er sei schon seit dem Jahre 1870 Gewerkvereinsmitglied. Damals sei Dr. Hirsch mit einem Feuer für die Sache der Arbeiter eingetreten, das man heute an ihm vermisse.

Bei Erteilung des Schlußworts an die beiden Referenten entspinnt sich eine Auseinandersetzung; jeder von beiden möchte zuletzt reden. Als Trabert hört, daß auch für die Schlußredner nur 10 Minuten Redezeit ist, verzichtet er aufs Wort. Dr. Hirsch bemerkt: Auf den Vorwurf Piochs: daß er nicht mehr wie früher für die Arbeitersache eintrete, verliere er kein Wort; er glaube, daß Pioch nicht gewußt habe, was er sagte und welche Tragweite seine Worte hätten. — Als die Redezeit Dr. Hirschs abgelaufen ist, fragt der Vorsitzende, ob die Versammlung diesem zur Beendigung seiner Ausführungen die Zeit um fünf Minuten verlängern wolle. Als dagegen mehrere Delegierte Einspruch erheben, erklärt Dr. Hirsch: Die heutigen Vorgänge werde er als einen Teil der Martern betrachten, die ihm schon im Leben widerfahren seien. Er bedaure lebhaft, daß man ihm, den stets nur die Liebe zu den Arbeitern bestimmt habe, erschwere, in einer so wichtigen Sache noch einige Minuten zu reden. Er verzichte auch auf diese Minuten.

Pioch erklärt: Er habe den Verbandsanwalt durchaus nicht beleidigen wollen; aber er verbitte sich, daß dieser ihm sage, daß er nicht wisse, was er rede.

In der nun folgenden namentlichen Abstimmung wird die Resolution Hirsch mit 27 gegen 20 Stimmen angenommen. Dieses Ergebnis rief große Ueberraschung hervor, da die meisten der zahlreichen Redner gegen den Revers gesprochen hatten. Es ist in der That sonderbar, daß die Freunde des Reverses sich so wenig an der Debatte beteiligten. Es schien, daß sie ihrer Sache sicher waren. Die Annahme des Antrags Trabert hätte übrigens nur moralischen Wert gehabt, da die einzelnen Gewerkvereine (der Verband besteht aus 17 Gewerkvereinen) selbständig über die Führung des Reverses entscheiden. Auf dem vorigen Verbandstag, 1898 in Magdeburg, fielen nur drei Stimmen für die Beseitigung des Reverses, 1895 nur eine Stimme.

Es folgt der Gegenstand: Die Krankenversicherungs-Novelle und die freien Hilfskassen. Einstimmig wird eine Resolution angenommen, die sich gegen die den freien Hilfskassen durch die Novelle drohende Beschränkung bezw. Beseitigung ausspricht.

Dem dann erstatteten Kassenbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl der Gewerkvereine von 82 755 in 1898 auf

86 777 in 1899 und 91 661 in 1900 gestiegen ist. Der Gewerkverein der Bauhandwerker ging von 1985 auf 1698 zurück. Ferner gingen zurück die graphischen Berufe, die Konditoren, die Töpfer und die Kellner. Die Maschinenbauer und Metallarbeiter zählen 35 700, Fabrik- und Handarbeiter 18 150, Tischler 6700, Schuhmacher und Lederarbeiter 6430, Kaufleute 5250, Klempner und Metallarbeiter 3800 usw. nach unten.

## Die Ermordung des Rittmeisters v. Krosigk vor dem Kriegsgericht.

(Telegraphischer Bericht.)

(Dritter Tag der Verhandlung.)

Gumbinnen, 31. Mai.

Dem Vernehmen nach ist in der nichtöffentlichen Sitzung vom gestrigen Nachmittag die Witwe des Ermordeten, Frau Rittmeister von Krosigk sehr eingehend vernommen worden. Der Vater des Angeklagten, Dragoner-Wachtmeister Marten, hat in derselben Sitzung die Abgabe seines Zeugnisses verweigert.

Heute bekundet zunächst Gefreiter Stummbrich als Zeuge: Als ich Marten sagte: „der Rittmeister ist erschossen worden," faßte mich Marten am Arm und sagte lachend: „Sie sind wohl verrückt!" Eine besondere Erregung habe ich damals an Marten nicht wahrgenommen, aber als die Schwadron die Leiche besichtigte, war Marten sehr erregt. — Zeuge Unteroffizier Grigat, der auch verdächtig war, sagt aus: Ich war bis nach Schluß in der Handwerkerstube. — Zeuge Dragoner Weber: Ich bin am 21. Januar nachmittags gegen 4½ Uhr dem Unteroffizier Marten auf dem Korridor begegnet. Da es finster war, so konnte ich sein Gesicht nicht sehen. Ich habe ihn aber an seiner Stimme erkannt. Marten hat mich durchs Fenster gefragt, ob meine Abteilung schon reite. Ich sagte: „Zu Befehl, Herr Unteroffizier." — Präsident Kriegsgerichtsrat Schulz: Nun, Marten, was sagen Sie dazu? Es ist doch sehr auffällig, daß Sie kurz vor dem Schuß in der Nähe der Stelle waren, wo der Karabiner gefunden wurde. — Angeklagter Marten: Der Zeuge muß sich irren. Das bin ich nicht gewesen. Ich würde es sonst sagen. — Präs.: Weber, überlegen Sie genau, ob vielleicht ein Irrtum möglich ist? — Zeuge Weber: Nein. — Der Zeuge Dragoner Bartulein bestätigt die Aussage des Vorzeugen. — Präs.: Marten, das ist der zweite Zeuge, der Sie bestimmt erkannt hat. — Angeklagter Marten: Ich kann nur wiederholt versichern, daß das ein Irrtum sein muß. — Präs.: Weber, können Sie vor Gott und Ihrem Gewissen beschwören, daß ein Irrtum nicht möglich ist. Bedenken Sie, daß Ihr Zeugnis sehr schwer ins Gewicht fällt? Zeuge Weber: Jeder Irrtum ist ausgeschlossen. Ich kann es vor Gott und meinem Gewissen beschwören. — Angeklagter Marten: Ich kann auch vor Gott und meinem Gewissen beschwören, daß ich es nicht gewesen bin. — Präsident: Bartulein, können Sie auch vor Gott und Ihrem Gewissen beschwören, daß das kein Irrtum war? — Zeuge Bartulein: Jawohl. — Die beiden Zeugen werden hierauf vereidigt.

Die folgenden Zeugen, Dragoner Germann und Kremer, sagen übereinstimmend aus: Als der Rittmeister erschossen wurde, sei Unteroffizier Grigat in der Handwerkerstube gewesen. — Weitere Zeugen bekunden: Unteroffizier Domning habe die Nachricht von der Ermordung des Rittmeisters in den Rekrutenstall gebracht. Marten sei bald darauf erregt in den Stall gekommen. Als er gefragt wurde, ob er schon wisse, was vorgefallen sei, verneinte er. Als ihm das Geschehene darauf mitgeteilt wurde, bemerkte er: „Das kann nicht wahr sein. Das ist unmöglich."

Der Präsident Kriegsgerichtsrat Schulz befiehlt alsdann sämtlichen Unteroffizieren der vierten Schwadron einzutreten, um festzustellen, daß alle mit Ausnahme des Angeklagten Hickel und des Unteroffiziers Eisenberg blonde Schnurrbärte haben. Letztere haben schwarze Schnurrbärte. Hierauf wird befohlen, daß sich alle Unteroffiziere so aufstellen, wie Oberlieutenant v. Hoffmann das am Nachmittag des 21. Januar nach dem Morde angeordnet hatte. Die Dienstfreien stellen sich gesondert auf. Der Präsident fragt hierauf, ob Gewicht auf die Erörterung des Verhältnisses des Rittmeisters v. Krosigk zu den Angeklagten Marten und Hickel gelegt würde. Verteidiger Rechtsanwalt Burchard: Ich lege Gewicht darauf festzustellen, daß außer dem 19. Januar, wo Rittmeister v. Krosigk Marten getadelt hat, das Verhältnis ein gutes war.

Der Gerichtshof beschließt, während der Erörterung dieses Falls die Oeffentlichkeit auszuschließen.

Während der nichtöffentlichen Sitzung fand nochmals eine Besichtigung der Stätte statt.

Der Gerichtshof beschließt ferner: den Dragoner Skobeck, der verdächtig ist, vorläufig nicht zu vereidigen. Der Zeuge Sergeant Krieg bekundet: Am 22. Januar habe Skobeck erzählt, er habe zwei Leute vor dem Guckloch stehen sehen. Damals war Skobeck noch nicht verdächtig.

Präsident Kriegsgerichtsrat Schulz: Skobeck, Sie wurden am 22. Januar von dem Kriegsgerichtsrat Lüdicke vernommen. Weshalb haben Sie das nicht angegeben? — Zeuge Skobeck: Ich wurde danach nicht gefragt. Ich wurde nur gefragt: wo ich zur Zeit gewesen sei. — Präsident; Sie wurden gesondert vernommen? — Zeuge Skobeck: Nein, die ganze Schwadron wurde zusammen vernommen. — Der Verteidiger Rechtsanwalt Horn beantragt, den Oberlieutenant v. Hoffmann darüber zu vernehmen, daß, obwohl er an demselben Abend mit erhobener Stimme aufforderte, alle Wahrnehmungen sofort anzugeben, Skobeck sich nicht gemeldet habe. — Zeuge Oberlieutenant v. Hoffmann: Ich kann mich nicht mehr erinnern. — Zeuge Vicewachtmeister Schulz: Der Herr Oberlieutenant hat an demselben Abend gesagt: „Jeder muß bemüht sein, zur Entdeckung des Mörders beizutragen." Am folgenden Tage hat der Herr Oberlieutenant wieder die Schwadron aufgefordert, jede Wahrnehmung, auch die unscheinbarste, anzugeben, die die Entdeckung des Mörders fördern könnte. — Mehrere Dragoner bekunden: Skobeck habe am 22. Januar vormittags erzählt: Er habe einen Mann, anscheinend einen Unteroffizier, vor dem Guckloch stehen sehen. — Verteidiger Rechtsanwalt Horn beantragt hierauf: den Kriegsgerichtsrat Lüdicke und den Militärgerichtsschreiber Hoffmann darüber zu vernehmen: ob Skobecks Wahrnehmungen erst zu Protokoll gegeben wurden, als er bereits verdächtig war. Ferner beantragt der Verteidiger: den Rittmeister Evers darüber zu vernehmen, daß Skobeck schon am Mordabend, den 21. Januar, verdächtig war. — Der Staatsanwalt Kriegsgerichtsrat Lüdicke beantragt sodann: den Regiments-Kommandeur Oberstlieutenant v. Winterfeld und Oberlieutenant v. Hoffmann darüber zu vernehmen, daß noch andre Personen, wie der Unteroffizier Grigat, verdächtig waren. Der Gerichtshof beschließt, den Anträgen des Staatsanwalts stattzugeben, die Vernehmung des Kriegsgerichtsrats Lüdicke und des Gerichtsschreibers Hoffmann dagegen abzulehnen, da bereits erwiesen sei, daß Skobeck seine Wahrnehmungen erzählt habe, ehe er vernommen worden sei. Deshalb habe der Gerichtshof auch kein Bedenken, Skobeck zu vereidigen. Verteidiger Rechtsanwalt Horn: Ich protestiere gegen die Vereidigung Skobecks. — Präs.: Der Gerichtshof wird später darüber Beschluß fassen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung bekundet zunächst Rittmeister Evers: Ich habe gleich am Abende des Mordtags dem Kriegsgerichtsrat Lüdicke Skobeck und Griegat als verdächtig bezeichnet. Skobeck kam mir sehr verdächtig vor, weil er sehr blaß aussah. — Unteroffizier Griegat erklärt: Es war mir bekannt, daß ich verdächtig war, da ich vernommen wurde. — Zeuge Oberstlieutenant von Winterfeld: Ich habe gleich an demselben Abend alle Leute gefragt, wo sie gewesen seien. Skobeck kam mir verdächtig vor, da er konfuse Antworten gab. Ich habe die Leute aufgefordert, alle Wahrnehmungen, die sie gemacht, sofort anzugeben. Ob Skobeck sich gemeldet hat, daran kann ich mich nicht mehr erinnern. Am folgenden Tage wurden Fußspuren festgestellt, die von der Reitbahn zur Gallistirbahn führten. — Zeuge Rittmeister v. Tresckow: Ich habe am Mordabend die vierte Schwadron zur Leiche geführt. Die Offiziere hatte ich beauftragt, darauf zu achten, ob sich einer von den Leuten durch den Gesichtsausdruck verdächtig mache. Beim Anblick der Leiche wurden Skobeck, Griegat und andre auffallend blaß. Als der Oberstlieutenant Skobeck fragte: wo er in der kritischen Zeit gewesen sei, gab dieser wirre Antworten. Oberstlieutenant von Winterfeld teilte dies dem Kriegsgerichtsrat Lüdicke mit. Skobeck wurde deshalb am folgenden Tage vernommen. Fußspuren ließen sich an demselben Abend nicht feststellen. Der Oberstlieutenant forderte auf, alle Wahrnehmungen anzugeben, es ist aber niemand hervorgetreten — Zeuge Lieutenant Lorenz: Beim Anblick der Leiche wurden mehrere Leute blaß. Einige wurden deshalb hervorgerufen. — Zeuge Wachtmeister Ruppersch: Der Herr Oberstlieutenant hat am Mordabend angesichts der Leiche aufgefordert, wer irgend etwas Verdächtiges wisse, solle sofort hervortreten, es hat sich aber keiner gemeldet. — Zwei Unteroffiziere bekunden dasselbe.

Präsident: Skobeck, Sie wurden am Mordabend mit der vierten Schwadron zur Leiche geführt nach der Reitbahn. Der Oberstlieutenant hatte aufgefordert: jeder, der etwas Verdächtiges wahrgenommen habe, solle vortreten. Weshalb haben Sie sich da nicht gemeldet? — Skobeck: Ich erinnere mich nicht mehr. — Präsident: Das ist doch ein so wichtiger Vorgang, daß er Ihrem Gedächtnis nicht entschwunden sein kann? — Skobeck: Ich weiß es wirklich nicht. — Präs.: Und trotzdem halten Sie Ihre Aussage aufrecht, daß Sie, wie Sie am folgenden Morgen in der Stubenkammer erzählten, zwei Leute mit Schirmmützen am Guckloch gesehen haben? — Zeuge Skobeck: Das weiß ich ganz genau. — Präs.: Und Sie haben keinen Erklärungsgrund dafür, weshalb Sie sich nicht auf die Aufforderung des Oberstlieutenants gemeldet haben? — Zeuge Skobeck: Das weiß ich nicht mehr.

Verteidiger Rechtsanwalt Horn: Ich stelle anheim, dem Zeugen Skobeck noch einmal ins Gewissen zu reden, ob er nicht doch die Wahrheit bekennen wolle. Er hat sich durch sein Verhalten doch stark verdächtig gemacht. Am Mordabend fordert der Oberstlieutenant angesichts der Leiche vor versammelter Schwadron auf, jeder, der etwas Verdächtiges wahrgenommen, solle hervortreten. Skobeck hat sich nicht gemeldet. Am folgenden Morgen hat er dann jedoch seinen Stubenkollegen erzählt: er habe zwei Leute mit Schirmmützen an dem Guckloch gesehen. Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, ob sich Skobeck nicht des Nachts ausgedacht hat, was er machen solle, um den Verdacht von sich abzulenken. Ich beantrage daher, Skobeck nicht zu vereidigen. Auf Skobecks Angaben ist die ganze Anklage aufgebaut. Wenn erstere nicht revidiert werden, dann stürzt das ganze Anklagegebäude zusammen. Es ist dann nicht bewiesen, daß der Unteroffizier der Mörder ist. Skobeck hat zweifellos bei Abgabe des Schusses vor der Reitbahn den Mörder gesehen. Wenn er dies nicht sofort trotz Aufforderung gemeldet hat, dann ist er schwer verdächtig. Ich beantrage also, ihn nicht zu vereidigen.

Staatsanwalt: Ich widerspreche dem Antrage. Skobeck macht einen vollständig glaubwürdigen Eindruck. Seine Angaben haben sich alle bewahrheitet. Wenn er den Verdacht von sich abwälzen wollte, wäre es besser für ihn gewesen, wenn er gesagt hätte: Ich habe einen Mann gesehen. — Nach kurzer Beratung des Gerichtshofs fragt der Präsident den Zeugen Skobeck: Haben Sie gleich gewußt, daß der Rittmeister erschossen worden war? — Zeuge Skobeck: Das habe ich erst in der Reitbahn erfahren. — Präsident: Wußten Sie, woher der Schuß gekommen war? — Skobeck: Nein. — Präsident: Ist das nicht mitgeteilt worden? — Skobeck: Nein. — Vicewachtmeister Schulz und mehrere Unteroffiziere bekunden: es sei nicht mitgeteilt worden, woher der Schuß gekommen sei, d. h. aus welcher Richtung. Hierauf erklärt der Präsident: Der Gerichtshof hat beschlossen, den Zeugen Skobeck vorläufig nicht zu vereidigen. (Zu Skobeck): Es soll Ihnen noch Zeit gegeben werden, sich die Bedeutung Ihrer Aussage klar zu machen und zu überlegen, ob Sie sich das nicht bloß einreden oder sich nur reinwaschen wollen.

Nach längerer Verhandlung wird die Sitzung auf Sonnabendvormittag vertagt.

## Lokales.

### Die gute Polizei.

Daß die preußische Polizei nicht allemal ungastlich gegen die Ausländer ist und einen solchen sogar duldet, wenn sie von seiner socialistischen Agitation weiß, beweist folgender Vorfall: Vor einiger Zeit wandte sich ein Student am Polytechnikum in Charlottenburg an das Londoner Komitee der polnischen socialistischen Partei, deren Organ „Przdcswit" heißt. Er teilte dem Komitee mit, daß er schon öfter Schriften bezogen hätte. Nun hätte er erfahren, daß sich innerhalb der polnischen Partei eine terroristische Richtung bilde, und da erfahrungsgemäß diese terroristischen Richtungen von Polizeispitzeln durchsetzt seien, möchte er um die Adressen der Terroristen bitten, um seine Freunde vor dem Umgang mit der bedenklichen Menschenklasse zu warnen. Der Briefschreiber war ein Herr Ernst Kallmann und wohnte Berlin N., Swinemünderstr. 81. Das Londoner Komitee berichtete an einen Berliner Vertrauensmann der polnischen Partei, um diesen gutmütigen Warner einmal kennen zu lernen. Der Vertrauensmann wandte sich an einen bekannten Berliner Parteigenossen, welcher nunmehr folgendes feststellte: Erstens war der Brief in einem Französisch geschrieben, welches unmöglich von einem Studenten herrühren konnte, dann wohnte der „Genosse" Kallmann bei dem Kriminalschutzmann Corth, war seit mindestens zwei Jahren bestimmt nicht am Polytechnikum immatrikuliert und ferner seit zwei Jahren in Charlottenburg und Berlin polizeilich nicht gemeldet. Unserm Berliner Parteigenossen lachte natürlich das Herz im Leibe, er war von der Toleranz unsrer Polizei so entzückt, daß er sich sagte: Das mußt Du weiter untersuchen, um der bekannten üblen Meinung des „Vorwärts" einmal mit wuchtigem Material entgegenzutreten. Ein Beamter der Polizei kennt den Kallmann, weiß alles, ja er darf, wie der Kriminalschutzmann selbst einem unsrer Genossen, der ihn nach Kallmann fragte, offenbart hat, seine Korrespondenzen lesen, und Kallmann wird doch nicht ausgewiesen. Da thut der „Vorwärts" der Polizei himmelschreiendes Unrecht. „Genosse" Kallmann wurde jetzt zu einer Sitzung eingeladen. Zwei unsrer bekannten Berliner Genossen postierten sich nun so, daß sie das Restaurant, in welchem der Treffpunkt war, genau in Augenschein nehmen konnten. Lange vor der anberaumten Zeit stand in dem Thorweg des Nebenhauses der Kriminalschutzmann Corth und beobachtete nicht nur ebenfalls genau, wer hinein ging, sondern nahm auch die Thorwege der umliegenden Häuser in seine Obhut. Unsre Genossen kalkulierten: Corth ist der Freund von Kallmann und paßt auf, damit kein Unberufener — vielleicht gar die Polizei — zu der Sitzung kommt. Ob solcher Seelengüte sind ihnen vor Rührung ordentlich die Thränen in die Augen gekommen. Zur angegebenen Zeit erschienen denn auch zwei bekannte Kriminalbeamte, stellten sich dem Wirt als Gastwirte vor und beobachteten unsren Abgesandten. Wahrscheinlich wollten auch sie vor den Polizeispitzeln warnen. Als aber bedauerlicherweise kein Pole kam, gingen sie wieder weg. Kurz vor dem Gartenplatz stieß Corth auf sie. Alle drei beratschlagten und dann ging Corth mit einem von ihnen in das Lokal. Dieser Gute sagte zu dem Wirt, daß er wieder so einen . . . . . (der Ausdruck ist strafbar) gefunden habe und noch ein Glas Bier trinken möchte. Leider war auch jetzt noch kein Pole da, so daß die lieben Leute ihre Warnung immer noch nicht anbringen konnten; aber im Interesse ihrer „Ueberzeugung" hielten sie aus bis ¾10 Uhr. Erst als unsre zwei Parteigenossen laut lachend vorbeikamen, entfernten sie sich, bei welcher Gelegenheit der Beamte Corth noch einmal sicher festgestellt wurde. Unser Abgesandter hatte inzwischen in der Kneipe nach der Bergstraße gefragt; flugs war der dritte dahin gegangen, unsre beiden Genossen auch, und hier kam es noch einmal zu einem fröhlichen Wiedersehen.

Man resümiere: Kallmann ist russischer Unterthan, wohnt, wie auch ein Thürschild ausweist, bei einem Kriminalschutzmann, der von seiner socialistischen Agitation weiß. Er ist ferner polizeilich nicht gemeldet und wird nicht ausgewiesen — da schimpfe noch einmal einer auf die Ungastlichkeit unsrer Polizei!!

**Zum Apotheken-Boykott.** Die „Medizinische Reform" druckt folgenden Vermittelungsvorschlag ab:

„Der unterzeichnete Vorstand hält es im allgemeinen Interesse für dringend notwendig, daß der Streit zwischen den vereinigten Apothekenbesitzern und Apothekenverwaltern Berlins und Umgegend und den Krankenkassen, die sich dem Vorgehen der „Centralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte" angeschlossen haben, möglichst rasch beigelegt wird. Deshalb erbietet er sich zur Vermittelung zwischen beiden Parteien: er schlägt die Einleitung von Einigungs-Verhandlungen unter seiner Mitwirkung vor, bei denen die beiden streitenden Parteien durch je sechs Delegierte, der vermittelnde Verein durch drei Delegierte vertreten sein sollen. Der unterzeichnete Vorstand wird die Herren Drr. Mugdan, Hoth und D. Munter delegieren. Ein gleichlautendes Schreiben ist an die „Centralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte" abgegangen. Indem der unterzeichnete Vorstand um Bescheid bis zum 10. Juni bittet, zeichnet er mit vorzüglichster Hochachtung Der Vorstand des Vereins zur Einführung freier Arztwahl. J. A.: Dr. Mugdan, Vorsitzender, Kurfürstenstr. 139."

**Die große patriotische Feier** ist gestern Vormittag programmmäßig vor sich gegangen. Nach Beendigung der Parade fuhr die Königin der Niederlande mit der Kaiserin durch die Königgrätzerstraße zum Brandenburger Thor, wo Oberbürgermeister Kirschner mit etlichen Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten zum Willkomm bereit stand. Die Zahl der weißgekleideten Ehrenjungfrauen betrug achtundzwanzig. Herr Kirschner redete die Königin „Allerdurchlauchtigste, großmächtigste Königin und Frau" an und sprach dann von den Beziehungen Deutschlands zu den Niederlanden einiges, sowie von der verwandtschaftlichen Bande zwischen Hohenzollern und Oraniern. Die Rede schloß stimmungsvoll mit folgender stilistisch schönen Versicherung: „Tief und allgemein empfunden ist daher am heutigen Tage die Freude, mit welcher die Bürgerschaft unsrer Stadt in Eurer königlichen Majestät die von ihrem Volk heißgeliebte junge Königin der Niederlande und zugleich die Anverwandten unsres eigenen Fürstenhauses in ihren Mauern willkommen heißt. Sonnig und heiter wie dieser schöne sonnendurchleuchtete Frühlingsmorgen seien die Stunden, welche Eure königliche Majestät an der Seite des erlauchten Gemahls in Gemeinschaft mit dem erhabenen deutschen Kaiserpaare in unsrer Stadt verweilen werden."

Die Königin antwortete in natürlicher Redeweise: „Ich danke für diesen schönen Empfang, den Sie mir bereitet haben, und will hoffen, daß die Erinnerung an unsren Besuch in Berlin für alle Zeiten eine Frühlingserinnerung bleibe."

Auf dem Paradefelde hatte sich am frühen Morgen ein schlimmer Unfall ereignet. Der Kommandeur des 1. Bataillons der Alexandriner, Major v. Burg, reichte, als das Regiment um 7 Uhr beim Steuerhause angelangt war, einem zu Fuß vorübergehenden Offizier die Hand vom Pferde herab, und während sich beide die Hände schüttelten, wurde das Pferd so lebhaft, daß sein Reiter sich nicht zu halten vermochte und in den dort steinharten Sand geschleudert wurde, wo er besinnungslos liegen blieb. Mehrere Offiziere und Trompeter richteten ihn auf, und Major v. Burg schien auch in kurzem soweit hergestellt, daß er, nachdem sein Bataillon inzwischen bis zur bekannten einsamen Pappel marschiert war und dort Aufstellung genommen hatte, wieder sein Pferd besteigen konnte und bald darauf in seiner Position eintraf. Hier ließ er sich von einem Feldwebel einen Schluck Kaffee aus dessen Feldflasche reichen. Bald aber stellten sich Anzeichen einer schweren Gehirnerschütterung ein. Als ihn nämlich der kürzlich zum General beförderte frühere Regiments-Kommandeur des Alexander-Regiments, v. Scheffer, begrüßte und zum Avancement gratulierte, führte v. Burg ganz wirre Reden, fragte ihn, was die vielen Soldaten hier wollten, wie sein Oberst heiße und dergleichen mehr. General v. Scheffer machte sofort dem Oberst und jetzigen Kommandeur des Alexanderregiments, v. Schenk, von dem Vorfall Mitteilung. Dieser verfügte dann die sofortige Entfernung des Schwerkranken vom Paradefeld und sorgte dafür, daß ihm unverzüglich ärztliche Hilfe zu teil wurde.

**Vom Straßenbahn-Kriegsschauplatz.** Die Zahl der Opfer der „Großen Berliner" im Monat Mai ist in ihrer Gesamtheit die gleiche geblieben wie im April, nämlich 21. Doch hat das Verhältnis von Totgefahrenen und Schwerverletzten eine wesentliche Verschiebung erfahren, indem die Zahl der Toten von 7 auf 2 gesunken, die der Schwerverwundeten jedoch von 14 im April auf 19 im Mai gestiegen ist. Die brennenden Straßenbahnwagen" sind etwas seltener geworden, dagegen gehören Zusammenstöße noch immer zu den täglichen Erscheinungen. Auch die Fälle von Zerreißen der Oberleitung und Herabfallen der Drähte mehren sich, glücklicherweise ohne bis jetzt größeren Schaden angerichtet zu haben. Während anerkannt werden muß, daß die „Große Berliner" endlich durch Anbringen von Schutzvorrichtungen, Einstellung von Fahrmeistern usw. den Anfang macht, auch ihrerseits Vorkehrungen zur Verminderung der Straßenbahnunfälle zu treffen, verdient ihr rücksichtsloses Verhalten gegenüber den Entschädigungsansprüchen ihrer Opfer, das in jüngster Zeit wiederholt zu Tage getreten ist, die schärfste Verurteilung.

**Die Enthüllung des Bismarckdenkmals**, die morgen erfolgen sollte, ist aus Anlaß der Nachricht von dem Tode des Grafen Wilhelm Bismarck auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Hoffentlich nimmt man im Interesse des Gemeinwohls später von der Verwendung der Schulkinder bei der Enthüllungsfeier Abstand.

**Die Landesversicherungs-Anstalt Berlin** beabsichtigt, ein neues wichtiges Unternehmen ins Leben zu rufen. Sie plant im Centrum des industriellen Teils der Reichshauptstadt die Errichtung eines Arbeitsnachweis-Amts, in welchem die Arbeitsvermittelung centralisiert werden soll. Zu diesem Zweck soll ein eigenes großes Gebäude errichtet werden; der Bauplatz für dasselbe ist bereits angekauft. Das betreffende Baugrundstück liegt in der Gegend der Germanstraße.

**Durch das Platzen eines Dampfrohrs** sind gestern, Freitagnachmittag um 2 Uhr in der Fabrik für Dampfanlagen und Hebewerkzeuge von Karl Flohr in der Chausseestraße 28 b fünf Personen schwer verbrüht worden. Der Kessel liefert die Treibkraft für die ganze Fabrik. Eines der Rohre, die zu ihm führen, platzte, ohne daß man vorher irgend welche Schadhaftigkeit an ihm wahrgenommen hätte. Es war auch daher noch nicht ausgebessert gewesen. Aus der Bruchstelle strömten nicht nur heiße Dämpfe aus, sondern auch kochendes Wasser spritzte weit umher. Beide trafen fünf Mann, die in der Nähe beschäftigt waren. Am schwersten wurde der 38 Jahre alte Maurer Wilhelm Karbe aus der Prinzen-Allee 11 verletzt. Er erlitt schwere Verbrühungen am Gesicht, an den Händen, dem Rücken, der Brust und den Beinen. Der 40 Jahre alte Werkmeister Emil Lose aus der Chausseestr. 30 wurde am Gesicht und an den Händen verbrüht, der 29 Jahre alte Volontär Hans Benecke aus der Solmsstr. 2 und der 30jährige Arbeiter August Eßnack aus der Ackerstr. 133 am Kopf und an den Händen, der 48 Jahre alte Maschinist Hermann Zimmer-

mann aus Reinickendorf ausschließlich an den Händen. Die Verletzten wurden auf der Unfallstation 9 in der Eichendorffstraße verbunden. Karbe mußte von dort in ein Krankenhaus gebracht werden, die andern konnten in die Fabrik zurück und von dort nach ihrer Wohnung gehen. Der Schaden an der Kesselanlage wurde sofort wieder ausgebessert.

**Ein Fahrradschwindler** ist in der Person des ehemaligen Studenten der technischen Hochschule Karl Trott aus Rogasen festgenommen worden. Trott ist der Sohn eines Rechtsanwalts und wohnte zuletzt in der Schillerstr. 114. Eine alte, längst verfallene Studentenkarte benutzte er, um binnen vierzehn Tagen sechs Fahrräder zu leihen. Fünf davon versetzte er, wobei ihm wiederum die Karte als Ausweis diente, das sechste verkaufte er an einen Händler in der Münzstr. 59, der bei der Prüfung des Ausweises nicht vorsichtig genug war. Da der Händler das Rad gleich wieder verkaufte, so ist es für den rechtmäßigen Eigentümer verloren gegangen. Vier Räder wurden bei den Pfandnehmern wieder ermittelt und ausgelöst. Das andre will Trott in der Andreasstraße versetzt haben; er kann aber die Stelle nicht wiederfinden.

**Ein seltsamer Unfall** ereignete sich vor einigen Tagen in der Reinickendorferstraße. Als das dreijährige Söhnchen des Schneiders Adam aus der Schulstr. 45 mit andren Kindern auf der Straße spielte, kam der Knabe plötzlich zu Fall, ohne sich wieder erheben zu können; er war mit dem Fuße in eines jener unbedeckten Rohre geraten, die von den städtischen Sprengwagen zur Entnahme von Wasser benutzt werden. Alle Versuche, den Fuß los zu bekommen, waren vergebens, und erst als der Schuh gewaltsam entfernt war, gelang es, das Kind zu befreien. Vielleicht giebt dieser Vorfall zu entsprechender Fürsorge Anlaß.

**Durch einen Sturz aus dem Fenster** hat sich Freitagabend 8 Uhr der im dritten Stock des Hauses Beuthstr. 4 wohnhafte Kaufmann Max Landsberger zu töten versucht. Der Unglückliche wurde mit zerbrochenem Oberschenkel in ein Krankenhaus gebracht. Die Ursache der That ist unbekannt; man fand in der Wohnung des noch jungen Mannes einen Brief, den er an seine Eltern gerichtet hatte.

**Erschossen** hat sich der 51 Jahre alte Kanzleisekretär Karl Siegert aus der Dennewitzstr. 30, der seit 20 Jahren in einem hiesigen Ministerium angestellt war. Nervosität infolge von Ueberanstrengung soll die Ursache des Selbstmordes gewesen sein.

**Beim Frühkonzert,** Badstr. 16, ist Montag ein Medaillon mit Photographie verloren gegangen, welches man bei Raschke, Grünthalerstraße 65, abgeben wolle.

**In der Kinder-Poliklinik für Wasser-Heilverfahren,** Große Hamburgerstr. 20, findet die Sprechstunde jetzt täglich von 12 bis 1 Uhr statt.

**Straßensperrung.** Die Kleine Poststraße wird behufs Ausführung von Kanalisationsarbeiten vom 3. bis 6. Juni d. J. einschließlich für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

### Aus den Nachbarorten.

**Schmargendorf.** Eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins tagt heute abend 8½ Uhr bei Witte in Wilmersdorf, Berlinerstr. 40.

**Mehr Bauarbeiterschutz!** Auf dem Neubau des Maurermeisters Schreiber in Karlshorst ist ein junges Menschenleben auf entsetzliche Weise zu Schaden gekommen. Der Dachdeckerlehrling Erich Winter aus Rixdorf stürzte plötzlich bei der Arbeit vom Dache ab und erlitt sehr schwere innere Verletzungen. Der Verunglückte mußte 2½ Stunden auf dem Neubau liegen bleiben; erst dann erschien ein Krankenwagen, der ihn nach dem Krankenhaus Bethanien brachte. Wie häufig, so fehlte auch hier, wie uns von gewerkschaftlicher Seite geschrieben wird, die polizeilich vorgeschriebene Rüstung, und so beweist der Fall aufs neue, wie notwendig ein einheitliches Bauarbeiter-Schutzgesetz ist. Zugleich kennzeichnet er aber auch die Behauptung des Herrn Felisch, daß die Unfallverhütungsvorschriften der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft die denkbar besten seien. Da es an zweckmäßigen Ueberwachungsorganen fehlt, haben sie in der Praxis gar keinen Wert.

**Zum Umbau der Spandauer Bahnhofsanlagen** hat die Eisenbahn-Verwaltung jetzt eine Entscheidung in der Platzfrage getroffen. Ein neuer großer Bahnhof soll danach etwa auf dem alten, durch Hinzufügung von Festungsterrain erweiterten Platz errichtet werden; sodann soll aber eine Haltestelle in der Wilhelmstadt für alle Züge, mit Ausnahme der D-Züge, angelegt werden. Besonders mit Rücksicht auf die dem Schiffahrtsverkehr sehr hinderlichen Havelbrücken der beiden (Hamburger und Lehrter) Eisenbahnen sollen die Umbauten endlich mit möglichster Beschleunigung in Angriff genommen werden.

**Zu dem viergeleisigen Ausbau der Ringbahn** zwischen Tempelhof und Schöneberg wird die Stadt Schöneberg beitragen müssen. Die königliche Eisenbahndirektion hat sich bereit erklärt, bei dem Minister der öffentlichen Arbeiten die Herstellung der Unterführung der Goethestraße im Zusammenhange mit den übrigen Bauten für den viergeleisigen Ausbau der Ringbahn zu befürworten, wenn die Stadt Schöneberg die nicht unbeträchtlichen Kosten trägt.

## Gerichts-Zeitung.

**Die bekannte Unterschlagung des Kanzlisten Lange** spielte gestern vor Gericht eine Rolle. Der Kellner Josef Emil Kulaszewski, der sich gestern wegen Diebstahls vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte, ist schon zum dritten Male in diese Affaire verwickelt worden. Der jetzt 23 Jahre alte Kanzlist Willy Lange hatte bei der Inhaberin der Verlagsbuchhandlung W. T. Bruer ein solches Vertrauen, daß er am 22. Februar 1899 den Auftrag erhielt, 40 000 M. in Tausendmarkscheinen bei der Deutschen Bank zu hinterlegen und gleichzeitig 24 000 M. von der Reichsbank abzuheben. Der junge Mann, der schon Stammgast in Lokalen war, in denen Verbrecher sich zusammen finden, hatte daselbst innige Freundschaft mit Kulaszewski gemacht und dieser schon mit Zuchthaus und zweimal wegen Hehlerei vorbestrafte Mensch, der einem lasterhaften Lebenswandel ergeben ist, soll nach der Behauptung des Lange die in diesem schlummernden bösen Triebe zu der großen verbrecherischen That erweckt haben. Willy Lange hat die 40 000 M. unterschlagen und scheint heute zu bedauern, daß er „in einer Art von Gefühlsduselei" — so drückte er sich gestern vor Gericht aus — die 24 000 M. von der Reichsbank nicht auch noch erhoben hat. Er ist zwei Tage nach der That verhaftet worden, bewahrte aber über den Verbleib des Geldes tiefstes Stillschweigen und Kriminalinspektor Braun bemühte sich vergeblich, aus dem verstockten Menschen etwas herauszubringen. Lange wurde am 19. April 1899 zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, hat also schon zwei Jahre von seiner Strafe abgemacht. Im Gefängnis zu Plötzensee erzählte er dann dem Mitgefangenen Benn, daß er das Geld in drei Seltersflaschen im Grunewald verborgen halte. Auf Benns Denunziation hin wurden zwei Flaschen mit zusammen 22 000 M. gefunden. Die dritte Flasche mit 13 000 M. fehlte, man nahm an, daß Kulaczewski sie sich ausgegraben hatte. Das gegen ihn eingeleitete Strafverfahren wegen Anstiftung und Diebstahl hatte daher keinen Erfolg, es mußte vielmehr eingestellt werden. Dann folgte gegen K. eine Anklage wegen Hehlerei, da man bei einer Haussuchung bei ihm 1400 M. gefunden hatte, die zugegebenermaßen von Lange herrührten. Lange hatte sie ihm geschenkt, er bestätigte aber wahrheitswidrig die Behauptung des K., daß er ihm diese Summe ohne dessen Vorwissen in die Kommode gesteckt habe. Dazu kam, daß das vorgefundene Geld nicht mehr dieselben Geldsorten darstellt, die Lange unterschlagen hatte, es war also nicht mehr „dasselbe Geld" und so ergab sich aus rechtlichen Gründen die Freisprechung des K. Seitdem sind aber neue Thatsachen bekannt geworden, die den Verdacht, daß K. die fehlende Flasche mit den 13 000 M. gestohlen, aufs neue zu einer Anklage verdichtet haben. Während Lange seine Gefängnisstrafe abbüßte, gelangten durch Neueingelieferte nach dem Gefängnis die Gerüchte, daß K. ein äußerst fideles Leben führte. Er gehe fein angezogen, speise gut zu Mittag und gebe viel Geld aus. Lange hat sich infolge dessen hingesetzt und einem aus Plötzensee Entlassenen einen Brief an Kulaszewski mitgegeben, in welchem er diesem seine Schlechtigkeit vorwarf und mit der Anzeige an den Staatsanwalt drohte, wenn er nicht sofort einen Teil des Geldes, das er hinter sich habe, seiner (Langes) Mutter zukommen ließe. Kulaszewski hat sich durch diesen Brief keinen Augenblick aus der Fassung bringen lassen; er hat das Schreiben als ein Zeichen, daß eine „Erpressung" gegen ihn verübt werden solle, der Staatsanwaltschaft zugestellt. Diese hat sich aber die Sache nochmals näher angesehen und daraufhin abermals gegen K. Anklage erhoben. Der Angeklagte bestritt entschieden die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen und suchte den Besitz der Geldmittel außer durch sein Spielerglück auch noch durch die ihm zufließenden Spenden lüderlicher Dirnen zu erklären. Die Folge davon war, daß die Anklage auch noch auf Kuppelei ausgedehnt wurde. In der gestrigen Verhandlung kam der Staatsanwalt zu der Ansicht, daß der Angeklagte als überführt zu erachten sei.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten unter Versagung von mildernden Umständen eine Gesamtstrafe von fünf Jahren Zuchthaus und fünfjährigen Ehrverlust.

Das Urteil lautete auf vier Jahre sechs Monate Zuchthaus, wovon zwei Monate durch die erlittene Untersuchungshaft angerechnet wurden.

**Das Reichsgericht** erkannte gestern in der Revisionsverhandlung gegen den Grafen Pückler wegen Aufreizung zum Klassenhaß, begangen durch die bekannten Reden, auf Aufhebung des freisprechenden Urteils des Berliner Landgerichts vom 13. Februar und Rückverweisung des Prozesses zur nochmaligen Verhandlung.

**Aus Thorn** meldet uns ein Privattelegramm vom Freitag: Die Freisprechung eines unschuldig Verurteilten, welcher seine Strafe bereits teilweise verbüßt hat, erfolgte heute vor der hiesigen Strafkammer im Wiederaufnahmeverfahren. Der Arbeiter Bartholomäus Milinowski aus Mocker war wegen Verletzung der Militärpflicht zu 36 Tagen Gefängnis verurteilt worden, da er sich nicht zum Ersatzgeschäft gestellt haben sollte. Als er 14 Tage im Gefängnis gesessen, gelang ihm der Nachweis, daß die Stellung vorschriftsmäßig erfolgt war. In der Vorstellungsliste war er nämlich doppelt aufgeführt worden. Außer der Freisprechung beschloß der Gerichtshof, daß ihm nach dem Gesetz vom 20. Mai 1898 eine Entschädigung für die unschuldig verbüßte Strafe gewährt werden soll.

## Versammlungen.

**Die Rabitzputzer,** eine Berliner Filiale des Verbands der Maurer, beschlossen, die vom Centralvorstand empfohlene Einheitsmarke nicht einzuführen, da die Rabitzputzer ihre früheren Beiträge 50 Pf. Streikfond und 25 Pf. Beitrag beibehalten werden. Getadelt wurde, daß viele Kollegen bei den Bauten der Ausstellung für Feuerschutz Ueberstunden gemacht haben. In Zukunft sollen Nachtarbeit und Ueberstunden der Kommission gemeldet werden, die zu prüfen hat, ob die Arbeitsleistung notwendig ist.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 2. Juni, vormittags 8¾ Uhr, in der Aula der 69. Gemeindeschule, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. „Freireligiöse Vorlesung." — Um 10¾ Uhr vormittags ebendaselbst: Vortrag des Herrn E. Vogtherr: „Die Korruption." Vor- und Nachspiel auf dem Pariser Musel-Harmonium. — Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

**Verein der Buchdrucker und Schriftgießer für Rixdorf-Britz.** Sonntag, den 2. Juni, nachmittags 1 Uhr, im Apollo-Theater, Hermannstraße 48—50: Vereinsversammlung. Vereinsangelegenheiten. Sommerfest. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder.

**Socialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Stralsund-Franzburg-Rügen.** Sonntag, den 2. Juni, vormittags 10 Uhr, bei H. Ramlow, Schönhauser Allee 135: Sitzung.

### Marktpreise von Berlin am 30. Mai 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Weizen, gut | D.-Ctr. | —,— | —,— | Kartoffeln, neue, | D.-Ctr. | 7,— | 5,— |
| „ mittel | „ | —,— | —,— | Rindfleisch, Keule | 1 kg | 1,60 | 1,20 |
| „ gering | „ | —,— | —,— | do. Bauch | „ | 1,30 | 1,— |
| Roggen, gut | „ | —,— | —,— | Schweinefleisch | „ | 1,60 | 1,20 |
| „ mittel | „ | —,— | —,— | Kalbfleisch | „ | 1,80 | 1,10 |
| „ gering | „ | —,— | —,— | Hammelfleisch | „ | 1,60 | 1,10 |
| *Gerste, gut | „ | 16,— | 14,80 | Butter | „ | 2,60 | 2,— |
| „ mittel | „ | 14,70 | 13,60 | Eier | 60 Stück | 3,60 | 2,20 |
| „ gering | „ | 13,50 | 12,40 | Karpfen | 1 kg | 2,20 | 1,20 |
| *Hafer, gut | „ | 16,20 | 15,50 | Aale | „ | 2,60 | 1,20 |
| „ mittel | „ | 15,40 | 14,80 | Zander | „ | 2,60 | 1,20 |
| „ gering | „ | 14,70 | 14,10 | Hechte | „ | 2,40 | 1,20 |
| Richtstroh | „ | 7,32 | 7,— | Barsche | „ | 1,60 | 0,80 |
| Heu | „ | 8,40 | 5,90 | Schleie | „ | 2,80 | 1,20 |
| Erbsen | „ | 40,— | 25,— | Bleie | „ | 1,20 | 0,60 |
| Speisebohnen | „ | 45,— | 20,— | Krebse | per Schock | 18,— | 3,— |
| Linsen | „ | 30,— | 25,— | | | | |

* Frei Wagen und ab Bahn.

**Produktenmarkt vom 31. Mai.** Getreide. Der Mangel neuer Anregungen förderte Realisierungen. Aus Nordamerika fehlten die Nachrichten, da dort gestern Feiertag war. Oestreich-Ungarn sandte höhere Weizen- und behauptete Roggenpreise. Aus Rußland lagen reichliche, aber nicht dringliche Offerten in Roggen vor, deren Preise auch rentable waren. Für Weizen gaben die Lieferungspreise ½ bis ¾ Mark, für Roggen ¼ bis ½ Mark nach. Die Umsätze waren überall belanglos, da man sich hier allgemein abwartend verhielt. Mehl lag still, bemerkenswert ist die Nachfrage von auswärts. Von Futterartikeln lag Hafer sehr still, aber behauptet. Mais war unverändert sehr fest für greifbare Ware; für die nächste Woche waren die Preise etwas billiger. Rüböl ruhig, behauptet. Ohne Notiz war Spiritus.

## Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.**

**Steglitzerstraße.** Freistellen sind im Krüppelheim des Oberlinhauses zu Nowawes unsres Wissens nicht vorhanden. Das Pflegegeld beträgt monatlich 40,50 M., jedoch sind die meisten der Zöglinge von der Berliner Armendirektion dem Hause überwiesen. Wenden Sie sich an diese. — Ihre Meinung, daß die Schlesingsche Stiftung für hilfsbedürftige Wöchnerinnen im Sommer keine Unterstützung zahlt, ist wohl nicht zutreffend.

**Th. H. 73.** Oberflächliche nicht hinderliche Narben. Sehschärfe normal. Geringe X-Beinstellung. Landsturm mit Waffe.

**S. Hupfich. Kopenhagen.** Die G. R. unter Adresse: Berlin, Stralauerplatz 21. — Abonnement jährlich 6,40 M., eingetragen in Postzeitungs-Liste II. Abteilung Nr. 53.

**N. L. 12.** Ohne Einsicht in die abschlägigen Bescheide ist Ihnen ein Rat in dieser Sache nicht zu erteilen. Sprechen Sie doch mit diesen in der Sprechstunde vor oder senden Sie die Papiere ein. — **A. B. 1001.** Sie können die gegen die Glaubwürdigkeit des Jungen sprechenden Momente anführen; vereidigt werden muß in diesem Falle der Junge trotzdem. — **Otto K. Suhl.** Wenn die Gewährung des von Ihnen eingeklammert Mitgeteilten auch nur mündlich vereinbart ist, so ist diese Vereinbarung gültig und Sie können auf Erfüllung klagen. — **N. 100.** Die Klage auf Auszahlung des Gehalts für den Monat Juni, in dem der Buchhalter bereits bei einer andern Firma gegen dasselbe Gehalt angestellt war, wie Ihnen bereits mündlich zutreffend gesagt, ist aussichtslos. Wollen Sie die Klage dennoch anstrengen, so reichen Sie dieselbe bei dem Amtsgericht ein. — **A. M.** 1. Der Pflichtteil beträgt die Hälfte des gesetzlichen Teils. Ist beispielsweise der Vater und vier Kinder hinterlassen, so betrüge der gesetzliche Teil jedes Kindes $^{3}/_{16}$, sein Pflichtteil $^{3}/_{32}$. 2. Ja. 3. Sie müßten Klage erheben. — **M. G.** Beide Arten sind zulässig. — **Hahn.** Die Weigerung, an einem Nicht-Feiertag trotz Aufforderung zur Arbeit, zu arbeiten, ist ein Entlassungsgrund. Der dritte Feiertag ist kein gesetzlicher Feiertag. — **Karl Sachse.** Sie können warten, bis Sie die behördliche Aufforderung erhalten. — **F. B. S.** Gegen die Veranlagung zu einer besonderen Grundsteuer ist innerhalb 4 Wochen Beschwerde bei dem Gemeindevorstand (Magistrat) zulässig. Gegen dessen Entscheidung ist im Verwaltungsstreitverfahren in Landgemeinden bei dem Kreisausschuß, in Stadtgemeinden beim Bezirksausschuß zu klagen. — **H. G.** 1. Das theuere Verehelichungszeugnis Ihrer Heimatgemeinde ist für Sie als Bayer erforderlich, falls Sie nicht Preuße geworden sind und Ihre bayrische Staatsangehörigkeit aufgegeben haben. 2. Nein. — **F., Charlottenburg.** Am 31. Dezember 1900. — **J. L.** Ja. — **Adolf P.** 1. Der von Ihnen beschriebene Vertrag ist ohne Einwilligung des Arbeitgebers nicht zu lösen. Für die Feiertage ist in Ihrem Fall Lohn zu zahlen. 2. Die Waren sind zu verzollen. 3. Ueber die Zollhöhe für die einzelnen Gegenstände usw. erkundigen sie sich am besten auf dem Zollamt. — **R. K. 8.** Solchen Antrag können Sie an die Versicherungsanstalt richten; Sie thun gut, ihn von der Kasse oder dem Kassenarzt unterstützen zu lassen. — **G. R. 0000.** Das Gesuch müßten Sie beim Armenkommissions-Vorsteher anbringen und event. Beschwerde an die Armendirektion richten. — **Kirsch Reetz.** Der betreffenden Witwe steht eine Witwenbeihilfe nur dann zu, wenn ihr Mann an erlittener Verwundung oder äußerer Kriegsdienstbeschädigung — gleichviel wann — gestorben ist. Dieser Fall scheint nach Ihrer Schilderung nicht vorzuliegen. — **L. S. 86.** Nein: der schlechte Gang eines Geschäfts giebt dem Mieter nicht das Recht, ohne Einwilligung des Vermieters den Mietsvertrag zu lösen. — **W. K.** 1. Nur wenn Ihr Anwalt Ihnen mitteilt, daß Ihr Erscheinen in dem Termin erforderlich ist, müssen Sie in dem Klagetermin erscheinen. 2. Falls Ihnen oder einem von Ihnen ein Eid abgenommen werden soll, wird Ihnen der Wortlaut vorher mitgeteilt und Sie haben zu entscheiden, ob Sie den Eid leisten wollen. 3. Nein: eine Partei, die in einer Civilsache einen Eid zu leisten hat, kann nur danach befragt werden, ob sie wegen Meineids verurteilt ist.

### Witterungsübersicht vom 31. Mai 1901, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. | Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Swinemünde | 750 | SSO | 2 | bedeckt | 18 | Haparanda | 761 | Still | — | hlb.bed. | 9 |
| Hamburg | 760 | WSW | 2 | Regen | 17 | Petersburg | 764 | SW | 1 | heiter | 9 |
| Berlin | 760 | WSW | 2 | hlb.bed. | 21 | Cork | 748 | SW | 6 | hlb.bed. | 14 |
| Frankf./M. | 761 | SSW | 2 | bedeckt | 20 | Aberdeen | — | — | — | — | — |
| München | 764 | SW | 1 | heiter | 21 | Paris | 762 | Still | — | wolkenl | 19 |
| Wien | 762 | Still | — | wolkenl | 19 | | | | | | |

**Wetter-Prognose für Sonnabend, den 1. Juni 1901.**
Zunächst ziemlich trübe, etwas kühler mit leichten Regenfällen und schwachen westlichen Winden, später Abnahme der Bewölkung.
Berliner Wetterbureau.


**Verband der Möbelpolierer.**
Montag, den 3. d. M., abends 8½ Uhr, Rixdorf, Hermannstraße 197:
**Versammlung.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Nitschke über Lokal- und Central-Organisation. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 146/13
Ausgabe der Dampferbilletts zum 30. Juni nach Hessenwinkel (Dämeritzsee).
Mittwoch, den 5. d. M., abends 7 Uhr, Friedrichsbergerstr. 11:
**Sitzung der Vertrauensmänner.**
Der Vorstand.

**Konsumverein Berlin-Nord.**
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)
Montag, den 10. Juni 1901, abends 8½ Uhr, im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42:
**Ausserord. General-Versammlung.**
Tages-Ordnung:
1. Statutenveränderung.
2. Beschlußfassung über Eröffnung von drei neuen Verkaufsstellen und einer Centrale.
3. Erwerbung zwei weiterer Stammanteile der Großeinkaufs-Gesellschaft in Hamburg.
4. Ersatzwahl für den Kassierer.
5. Anstellung von Beamten. 99/18
Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.
Der Aufsichtsrat. F. Lietzke. Der Vorstand. Grashold. Schaefer.

**Verband der Sattler und verw. Berufsgen.**
**Versammlungen der Filialen Berlins:**
Filiale 1: Sonnabend, den 1. Juni, abends 8½ Uhr, im Englischen Hof, Neue Rosstraße 3.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Filiale 2: Sonnabend, den 1. Juni, abends 8½ Uhr, bei Buske, Grenadierstraße 33.
Filiale 3: Dienstag, den 4. Juni, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Filiale 4: Sonnabend, den 1. Juni, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal I), Engel-Ufer 15.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Elberfelder Streik. 2. Centralisation der Berliner Filialen und Wahl der Kommissionsmitglieder. 3. Wahl zweier Kollegen in die Lohnkommission. 4. Verschiedenes.
Filiale 5: Jeden Montag nach dem 1. u. 15. eines jeden Monats b. Borchert (Handelsst. Belle-Alliance), Friedrichstr. 16.
Filiale 6: Dienstag, den 4. Juni, abends 8½ Uhr, bei Mörschel, Jüdenstraße 35—36.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwarten Die Vorstände.

**Löwenkopf - Seifenpulver - Fabrikat**
Otto Merker, Heilbronn. 13952*
ist ein ebenso vorzügliches wie bequemes Waschmittel, käuflich überall. Vertreter für Berlin Eduard Neumann, Danzigerstr. 68.

**Tischler-Verein zu Berlin.**
Heute, Sonnabend, den 1. Juni, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:
**Versammlung.**
Tages-Ordnung: 190/1
Vereinsangelegenheiten. Ausgabe der Billets zum Sommerfest am 17. Juni. Aufnahme neuer Mitglieder. Der Vorstand.

**Internationale Ausstellung für Feuerschutz- und Feuerrettungswesen**
BERLIN 1901
verbunden mit einer **Ausstellung von Erzeugnissen der Gartenbaukunst**
Kurfürstendamm 150—156. [1690L*
Praktische Vorführungen, Lösch- u. Rettungsmanöver, Brandproben.
Konzerte: Strauss'sche Kapelle aus Wien, Musikcorps der Garderegimenter, Kapelle der Berliner Feuerwehr.
Eintritt 50 Pf., Kinder unter zehn Jahren 25 Pf.

**„Teufelssee"** In den Müggelbergen. **„Marienlust".**
Inh.: C. Strelchhahn, Besitzer des Kaiserhofs, Köpenick. *
Empfehle beide Lokale mit großen Sälen und Gärten, jedes circa 3000 Personen fassend, mit Dampferbrücken, Stallungen für 40 Pferde 2c.

**Es** empfiehlt sein romantisch gelegenes Lokal zu Landpartien und Ausflügen Der alte Freund auf Pichelswerder. Große elektrische Tanzmusik jederzeit. Gesellschaften und Vereinen Brücken-Rückgang vergütet. [13532*

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

Sonnabend, den 1. Juni.

**Opernhaus.** Die Hugenotten. Anfang 7½ Uhr.
**Schauspielhaus.** Mädel sei schlau. Der Hochzeitstag. Anf. 7½ Uhr.
**Neues Opern-Theater (Kroll).** Italienische Oper Marcella Sembrich. L'elisire d'amore. Anfang 7½ Uhr.
**Schiller.** Der Sterngucker. Ein Rabenvater. Anfang 8 Uhr.
**Deutsches.** Johannisfeuer. Anfang 7½ Uhr.
**Lessing.** Ein Blitzmädel. Anfang 7½ Uhr.
**Berliner.** Ueber unsre Kraft. (1. Teil.) Anfang 7½ Uhr.
**Residenz.** Zaza. Anfang 7½ Uhr.
**Neues.** Gastspiel des Schlierseer Bauern-Theaters. Haberfeldtreiben. Anfang 8 Uhr.
**Westen.** Die schöne Ungarin. Anfang 7½ Uhr.
**Secessionsbühne.** Buntes Theater: Ueberbrettl. Anf. 8 Uhr.
**Thalia.** Gastspiel der Deutschen Genossenschafts-Bühne: Der Rosenkranz. — Die Kuh. Anfang 8 Uhr.
**Central.** Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
**Luisen.** Geschlossen.
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Mitz Helyett. Anfang 7½ Uhr.
**Carl Weiß.** Pension Schöller. Anfang 8 Uhr.
**Belle-Alliance.** Auftreten der echten Geisha-Truppe. Die Schwäbin. Anfang 8 Uhr.
**Metropol.** Specialitätenvorstellung. Anfang 7½ Uhr.
**Apollo.** Specialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 7½ Uhr.
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
**Passage-Panoptikum.** Specialitäten-Vorstellung.
**Passage-Theater.** Damen-Ringkämpfe. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
**Urania.** Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal) Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde.
**Invalidenstraße 57/62.** Täglich abends von 5—10 Uhr. Sternwarte.

# Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Sonnabendabend 8 Uhr: **Der Sterngucker.** Drama in 1 Akt von Georg Reicke. Hierauf: **Ein Rabenvater.** Schwank in 3 Akten von Hans Fischer und Josef Jarno.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Der Raub der Sabinerinnen.**
Sonntagabend 8 Uhr: **Das Gefängnis.**
Montagabend 8 Uhr: Gastspiel Ferdinand Bonn. **Die Jüdin von Toledo.**

# Central-Theater.

Heute Anfang 8 Uhr. Mit ganz neuer Ausstattung an Kostümen, Dekorationen u. Requisiten, zum 651. Male:

## Die Geisha.

Operette in 3 Akten v. Sydney Jones. Morgen und folgende Tage: **Die Geisha.** — Anfang 8 Uhr.

# Carl Weiss-Theater

**Gr. Frankfurterstr. 132.** Anfang 8 Uhr

## Pension Schöller.

Im Garten: **Theater, Konzert und Specialitäten.** Anfang 5½ Uhr. 22. Juni: Eröffnung der Sommer-Oper.

# Metropol-Theater.

W., Behrenstraße 55/57.

**Das brillante urkomische Juni-Programm.**
**Henry Bender**
**Georg Kaiser**
**Georg Rösser**
**Das drollige Deltorelli-Trio.**
Der brillante Salon-Magier
**Hartmann.**
**Aertsens brillante Parodien.**
Miniatur-Oper u. Ueberbrettl.
**7 Troubadours 7**
**17 brillante Nummern!**
Rauchen überall gestattet.
Anfang 8 Uhr.

# Prater-Theater

**Kastanien-Allee 7/9.**
Täglich:

## Aus dem Volke.

Volksstück mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.
Auftreten der Excentric-Chansonette Hedwig Döring, des Grotesque-Komikers Paul Coradini, der Gebrüder Damm, Akrobaten. The Gareys, Radfahrer. Mr. Bartlings lebende Photographien. Konzert und Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.
Kalbo.

# Urania

**Tauben-Strasse 48/49.**
Im Theater um 8 Uhr:

## Das Land der Fjorde.

**Invalidenstr. 57/62.**
Tägl. **Sternwarte.**

**Neu! Neu! Neu!**
Die sensationellen Mintra-Malayen v. Malakka und Singapore.
**Castans Panoptikum**
geöffnet v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds.
**Entree 50 Pf.** Kinder die Hälfte.

# Zoologischer Garten

Täglich nachmittags 4 Uhr:

## Militär-Doppel-Konzert.

**Entree 1 Mark** von abends 7 Uhr ab **50 Pf.**, Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
**Morgen:**

## 25 Pf.-Sonntag.

In der „Völker-Arena" geöffnet von 3—8 Uhr nachm., mit Bazar- und Zelleben (arabische Handwerker an der Arbeit): Schaustellungen, Wochentags: 4, ½6, 7 Uhr nachm. Sonntags: 12 Uhr mittags, 4, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.
**Entree** direkt v. d. Strasse an d. Stadtbahn: **50** Pfennig, Kinder **25** Pf., Gartenbesucher zahlen **25** Pf., Kinder **15** Pf.

# Apollo-Theater

mit Konzert-Garten.
Vollständig neues
**Specialitäten-Programm.**
**10 Debuts 10**

## Frau Luna

mit Luftballett

## Grigolatis.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 7½ Uhr.

# W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Täglich im Garten:
**Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**

## Der arme Poet.

Schauspiel in einem Aufzuge.

**Neu! Der Dieb. Neu!**
Komische Operette in einem Akt von C. Millöcker.
Im Saale: **Gr. Ball.**

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein **Weiß- und Bayrisch-Bierkeller**, sowie meine beiden Vereinszimmer mit Klavier für 20 und 50 Personen. 12529*
**August Bieberstein,**
Adalbertstr. 61.

**Köpenick, Grünauerstr. 70.**
**B. Königs** Restaurant hält sich bestens empfohlen. 12549*

# Reichshallen

**Stettiner Sänger.**

Eine Hochzeit in der Müllerstraße.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

# Schweizergarten

Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
**Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung und Ball.**
**Volksbelustigungen aller Art.**
Jeden Abend 10 Uhr:
**Hoppla, Vater sieht's ja nicht.**

**Sonntag, den 2. Juni,** nach

## Woltersdorfer Schleuse.

Abfahrt **vorm. 10 Uhr** von der

## Stralauer Brücke,

an der Waisenbrücke.
**Fahrpreis hin und zurück Mk. 1,00,** Kinder die Hälfte.
1629b **Joh. Schulze,**
Fischerbrücke 17. T. I. 2869.

# Sanssouci

Im **Garten:**
Täglich:
— **Hoffmanns** —
**Nordd. Sänger**
und **Konzert.**
Anfang d. Konzerts 5 Uhr, der Soiree 7 Uhr, Wochentags 6 Uhr, d. Soiree 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonntag, Montag und Donnerstag: **Tanzkränzchen.**
Wochentags Vereinsbillets gültig. **Tanz frei.**
Kaffeeküche täglich ab 4 Uhr geöffnet.
Zum Besuche d. Restaurationsgartens (ohne Entree) wird höfl. eingeladen.

# Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
**Hermann Imbs.**
Täglich:
**Großes Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.**

**Strand-Restaurant** am Müggelsee
zwisch. Müggelschloß u. Ausflugssturm.
Empfehle Fabriken, Vereinen und Korporationen für Sommervergnügen u. Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genügende Nebenräume. Belustigungen aller Art. Coulante Preise. 1253b* **M. Degebrodt,** „Strandschloß", Köpenick.

# Ober-Schöneweide!

Empfehle Genossen bei Ausflügen mein **Restaurant und Garten** mit Eingang vom Walde. **Spielplatz, Kegelbahn, Kaffeeküche.** Raum für 250 Personen. [1246b*
**Otto John,** Wilhelminenhofstr. 18.

# Max Kliems Sommer-Theater

**Hasenheide 13—15.** — Artistische Leitung: Paul Mildtz.
Täglich: [1649b*
**Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.**
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die **Kaffeeküche** ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Kegelbahnen, Bürfelbuden, Konditorei, Blumenstand rc.
Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:
**Familien-Kränzchen.**

# Rad-Rennbahn „Kurfürstendamm".

**Sonnabend, den 1. Juni 1901, abends 8 Uhr:**
**Laurentie Beaucairois,** Bordeaux — **J. Petersen,** Kopenhagen.
**G. Lurich,** Reval . . . . **J. Plening,** New York.
**Sonntag 2 Ringkampf-Meetings.**

# Restaurant zum Fürsten Wolfgang.

22/23 Weissenseer Weg. An der Röderstraße. **Lichtenberg.** Weissenseer Weg 22/23. An der Landsb. Chaussee.
**Sommergarten. Kegelbahnen. Kaffeeküche. See mit Gondeln.**
Jeden Sonntag: **Konzert. Ball.**
Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. Familien-Aufenthalt.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Karl Hoch,** Restaurateur.

# Paul Hilpert's Restaurant u. Garten

**Halensee, Kurfürstendamm 126.**
Erste Haltestation für Kremser, Fußpartien usw. am Bahnhof Halensee.
**Vorzüglich gepflegte Biere. Reichhaltige Speisekarte zu kleinen Preisen. Familien können Kaffee kochen.**
Zahlreichem Besuch sieht entgegen **Paul Hilpert.**

# Schloßpark Wilhelminenhof.

Jeden Sonntag und Mittwoch: **Gr. Konzert und Ball.**
Ein Saal auch Sonntags für Vereine zu vergeben. [1356b*

# Restaurant Pferdebucht bei Köpenick.

Empfehle mein allbekanntes, in herrlichem Laubwalde gelegenes Lokal den geehrten Gesellschaften und Vereinen zu Ausflügen und Landpartieen. 1433b*
Sommer-Wohnungen mit und ohne Pension. Großartige Promenaden. 100 Morgen Spielplätze 2000 Sitzplätze. Ausspannung für 80 Pferde. **Gute und berühmte Küche.**
Es ladet zum Besuch freundlichst ein **Wilhelm Brüsewitz,** Besitzer.

**Begründung des Geschäfts 1878.**

# M. Schulmeister

— en gros — Schneidermeister — en detail — 1233b*

**Dresdenerstraße 4,** am Kottbuser Thor.

**Frühjahrs- und Sommer-Paletots** von Mk. **13,50** an
**Jackett-Anzüge** . . von Mk. **15** an | **Radfahrer-Anzüge** von Mk. **11** an
**Rock-Anzüge** . . . . . **23** . | **Jünglings-Anzüge** . . **12** .
**Cachemir- und Lüstre-Jacketts** von Mk. **2,—** an
**Wasch-Anzüge und Blusen für Knaben** von Mk. **1,—** an
**Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.**
Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigner Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig ausgeführt.

Telephon Amt IV 447. Telephon Amt IV 447.

**Streng feste Preise.**

# Typographia.

Die Sänger werden ersucht, zu der am **Sonntagnachm. 4 Uhr** auf dem **Markus-Kirchhof** in **Wilhelmsberg** stattfindenden Beerdigung der **Frau** unsres Sangesbruders **Kretschmer** vollzählig zu erscheinen.
Der Vorstand.

## Verband der Maschinisten und Heizer.

(Verwaltungsstelle Berlin.)
Am 29. Mai verstarb unser langjähriges Mitglied 138/12

## August Kubsch.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Juni cr., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Markus- und Andreaskirchhofs in Wilhelmsberg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
**Die Ortsverwaltung.**

Am 29. Mai entschlief sanft nach langem schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsre treue Mutter, Schwester und Schwägerin

## Elisabeth Nickel

geb. **Nickel**
im 41. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
**Otto Nickel. Fritz Nickel. Erna Nickel. Marie Pfeifer** geb. Nickel. **Alfred Pfeifer.**
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Juni, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs aus statt.

## Orts-Krankenkasse der Sattler

**und verw. Gewerbe zu Berlin.**
Sonnabend, den 8. Juni 1901, abends 8½ Uhr:
**Außerordentliche**

## General-Versammlung

der in den Wahl-Versammlungen vom 13. bez. 15. Oktober 1900 gewählten Vertreter der Kassenmitglieder und Arbeitgeber im
**Gewerkschaftshaus,** Saal I, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
a) in gemeinschaftlicher General-Versammlung:
„Das Verhalten des Vorstandes";
b) in getrennter Wahl-Versammlung:
1. für den Vertreter der Arbeitgeber:
Ersatzwahl von 1 Mitgliede zum Vorstand für 1901/1902;
Ersatzwahl von 2 Mitgliedern zum Vorstand für 1901;
2. für den Vertreter der Kassenmitglieder:
Ersatzwahl von 1 Mitgliede zum Vorstand für 1901;
c) in gemeinschaftlicher General-Versammlung:
1. Antrag von 16 Delegierten: „Aufhebung des am 8. Dezember 1900 gefaßten General-Versammlungs-Beschlusses, betr. den Dienstvertrag der Beamten".
2. Verschiedenes.
NB. Nur die mit Legitimation eventl. Mitgliedsbuch versehenen Vertreter haben Zutritt. 272/20
Berlin, den 1. Juni 1901.
**Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Sattler u. verw. Gewerbe zu Berlin.**
A. Hoffmann, Vorsitzender, SO. 16, Schmidstraße 31, vorn IV.
F. Jenner, Schriftführer, N. 28, Swinemünderstraße 4, v. II.

## Bekanntmachung

der

## Orts-Krankenkasse der Kürschner u. verw. Gewerbe zu Berlin.

Die von der Generalversammlung vom 18. November 1900 beschlossene erste Abänderung zum revidierten Statut ist unter dem 9. Mai 1901 vom Bezirksausschuß genehmigt worden und tritt am **Montag, den 3. Juni 1901,** in Kraft.
Die Mitglieder können vom 3. Juni ab diese Abänderung im Kassenlokal in Empfang nehmen. [272/19
**Der Vorstand.**
G. Seidenkranz, Vorsitzender.

## Sommerpreise.

**Prima Senftenberger Briquets**
1 Ctr. 6 Zoll lg., ca. 135 St. 7 „ „ 115 „ nur **95** Pf.
Oberschlesische Steinkohlen Nuß II Ctr. 1,15, Scheffel nur 95 Pf. verkauft ab Platz **Fischer,** Brombergerstr. 14

# Jeder Arbeiter

## Jeder Handwerker

## sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen. Allein-Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Nietknöpfe u. Kappnähte. Feste Leder-Pilot-Taschen, Große Flicken umsonst. Die Hose

bei Einnahme von 6 Stück 26 Mk. | **4 Mk. 50**

Echt blaues Monteur-Jackett **1 M. 90**
Echt blaue Monteur-Hose . . **1 M. 50**
Echt blaues Monteur-Jackett Prima Köper-Gewebe . . **2 M. 50**
Echt blaue Monteur-Hose Prima Köper-Gewebe . . **2 M. 10**
Prima Manchester Hose 9,—, 5,50, 4,25
Gefüttert. Manchest.-Jackett 13,— 9,—
Operations-Mantel f. Aerzte **4,60—3 M. 40**
Maler-Kittel . . . . . 3,—, 2,50, 2 M.
Mechaniker-Kittel (braun) 3,—, 2 M. 40
Weißes Leder-Jackett, 2reihig gefüttert . . . . . **7 M. 50**
Weiße Lederhose, Prima Ware **3 M. 75**

# Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
**Chausseestr. 21a/25. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.**
Die 17. Jubiläums-Preisliste 1901 über gesamte Herren- u. Knaben-Bekleidung (Auflage 1 Million) wird kostenlos und portofrei zugesandt.
Versand von 20 M. an franco. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust- u. Bundweite u. Schrittlänge.
Obige Preise gelten für normale Größen. 1295b*

Nachdruck verboten!

Ziehung 25. und 26. Juni in Berlin im Ziehungssaale d. Königl. General-Lotterie-Direction. 250,000 Loose.

## Grosse Geld-Lotterie

zum Besten des **St. Hedwig-Krankenhaus**

Loose à M. 3.30 Porto u. Liste 30 Pfg. extra.

7079 Geldgewinne, zahlbar ohne Abzug, im Betrage von Mark

**372600**

Hauptgewinne: Mark
M. **100,000**
M. **30,000**
M. **20,000**
M. **10,000**
5 à 5000 = 25 000
10 à 1000 = 10 000
100 à 500 = 50 000
200 à 100 = 20 000
500 à 50 = 25 000
2000 à 20 = 40 000
4260 à 10 = 42 600

Hedwigs Loose gegen Postanweisung oder Nachn. empf. d. General-Debit:

## Lud. Müller & Co.

in Berlin, Breitestr. 5.
Telegr.-Adr.: Glücksmüller.

Wer mit den Seinen froh und heiter
Am Sonntag die Natur betritt,
Der nehm' als Schützer und Begleiter,
Wurms echten Magendoktor mit!

Verlangen Sie pers. ausdrücklich **Wurms Magendoktor!**

**30 Mark elegante Herren-Anzüge** nach Maß. **30 Mark** hochfeine **Sommer-Paletots** nach Maß.
Für **10** Mark hochelegante Beinkleider nach Maß,
**guter Stoff, tadelloser Sitz!**
**14 Krausen-Strasse 14,**
1 Tr. Kein Laden. 1 Tr.

# Lindenpark Friedrichsfelde.

Haltestelle der elektrischen Strassenbahn.
**Von Spittelmarkt — Friedrichsfelde 10 Pf.**
Familien können Kaffee kochen. [1680b* **A. Gesch.**

## Hüte!

Herrenhüte von 1,50 an
Knabenhüte „ 0,75 „
Größtes Lager in Strohhüten von den einfachsten bis zu den feinsten Genres.
**Schirme** zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Mützen. Krawatten. 1707b*
**Otto Gerholdt,** Dresdenerstr. 2, Ecke Skalitzerstraße.

# J. Wandts Kleiderhandlung für Alt und Neu!

**Prinzenstrasse 17, an der Wasserthorstraße.**
Täglicher Eingang von Monatsanzügen, Monatspaletots, Monatshosen, in den feinsten Werkstätten gearbeitet, auch für korpulente Figuren passend, zu staunend billigen Preisen. [1710L*

Verantwortlicher Redacteur: Heinrich Wetzler in Gr.-Lichterfelde. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

# Volkswirtschaftliche Rundschau.

## Ein volkswirtschaftlicher Praktikus.

**R. E. May,** Die Wirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Mit 130 Tabellen und vergleichenden Uebersichten. Berlin 1901. Akademischer Verlag für sociale Wissenschaften (Dr. John Edelheim). 727 S. 8°. Preis 10 M.

„Ich habe mich jedoch von keinerlei Theorien beeinflussen lassen und mich nur auf die Praxis gestützt. Daher habe ich meinen Schlüssen eine Menge thatsächlichen Materials vorangeschickt, ja manchmal habe ich es nicht einmal für erforderlich gehalten, die sich aus dem angehäuften Material von selbst ergebenden Schlüsse ausdrücklich zu ziehen."

Dieser Satz, den Herr May auf der ersten Seite seines Vorworts seinen nationalökonomischen Ausführungen vorausschickt, ist äußerst charakteristisch für das vorliegende Werk, nicht nur was die Form der Darstellung, sondern auch was die Auswahl des Materials und seine Verwertung anbelangt. Mit einer gewissen Ueberlegenheit sieht er auf alle sogenannte Theorie herab, in die sich stubenhockende Gelehrte vergraben; er fühlt sich als Mann der Praxis, als Hamburger Kaufmann, und wie gewöhnlich diesem, so gelten auch ihm die Gesichtspunkte und Grundsätze des kaufmännischen Geschäftslebens ohne weiteres als maßgebende Principien aller politischen Oekonomie. Er will sich deshalb auch nur auf die Praxis stützen, das heißt, nur auf die im kaufmännischen Leben gesammelten Erfahrungen; da sich nun aber ohne irgend welche Theorie die Wirtschaftsentwicklung nicht verstehen und beurteilen läßt — steckt doch z. B. schon allein in der von May unterlegten Annahme, daß zukünftig die wirtschaftlichen Faktoren sich in gleicher Weise und mit demselben Ergebnis geltend machen werden, wie heute, eine ganz ansehnliche Dosis theoretischer Voraussetzung — so hat natürlich auch Herr May seine Theorie, und nicht nur diese, sondern nebenbei noch recht absonderliche Vorurteile. Der Unterschied zwischen May und den eigentlichen Theoretikern ist nur der, daß letztere in ihren Darlegungen von der Basis bestimmter volkswirtschaftlicher Systeme ausgehen, Herr May dagegen von einer theoretischen, unsystematischen Grundlage eigenen Fabrikats; und zweitens, daß der wirkliche Theoretiker eine jede wirtschaftliche Erscheinung nur als Teil in einem Ganzen betrachtet und sie in ihren Kausalbeziehungen zu den von seinem System angenommenen allgemeinen oder besonderen Entwicklungstendenzen zu erfassen sucht, indes Herr May sich nur an das äußere Aussehen der wirtschaftlichen Erscheinungen hält oder richtiger an den Eindruck, den diese auf ihn machen, ohne weiter nach den inneren Zusammenhängen, dem Wie und Warum zu fragen.

Seit Bismarck in den Jahren 1878/79, als es sich um die Durchdrückung der agrarisch-industriellen Zollwünsche handelte, die seiner Auffassung entgegenstehenden volkswirtschaftlichen Theorien einfach als lächerliche Thesen verspottete, ist es in den Kreisen der Praktiker Sitte geworden, alle Theorie, die ihnen nicht in ihre Pläne paßt, für „grau" zu erklären. Und da bekanntlich böse Beispiele gute Sitten verderben, fangen neuerdings auch solche „Volkswirtschaftler" an, die nie Praktiker gewesen sind, in einem möglichst systemlosen Zusammenleimen sogen. praktischer Erfahrungen das Heil der Nationalökonomie zu erblicken.

Wie häufig, heißt es, haben sich nicht schon Theorien als falsch erwiesen. Ganz richtig: aber wie viel häufiger haben sich nicht schon die Urteile der Praktiker als irrig herausgestellt? Ist es sicher, daß der Theoretiker sich irren kann, so ist es noch sicherer, daß die „praktische" Methode, die sich nur an das Symptomatische, an die Aeußerlichkeiten der wirtschaftlichen Vorgänge hält und die theoretisch-kritische Analyse verschmäht, nie zu einem tieferen Einblick in den Wirtschaftsorganismus und seine Bewegungsgesetze zu gelangen vermag. Wie oft haben nicht erst die Theoretiker die Grundlage geschaffen, auf der allmählich die Praktiker zu einem Verständnis der sie umgebenden Verhältnisse gelangten. Immer, wenn eine neue Theorie auftauchte, hat zuerst die Schar der klugen Praktiker, die selten über das Nächstliegende hinwegsah, sie bespöttelt, bis endlich die sich vollziehende Aenderung der Wirtschaftslage die Praktiker mit der Nase darauf stieß, daß der belächelte Theoretiker doch weiter und gründlicher gesehen hatte, als sie. Ist doch selbst Adam Smiths Freihandels-Theorie unter der englischen Kaufmannschaft zuerst ein Gegenstand alberner Spöttereien gewesen.

Uebrigens hat es mit dem „Falschsein" der Theorien eine eigne Bewandtnis. Sicherlich giebt es und hat es manche volkswirtschaftlichen Theorien gegeben, die von vornherein auf falschen Voraussetzungen ruhten; bei den meisten und wichtigeren aber, denen man heute den Vorwurf macht, sich als falsch herausgestellt zu haben, liegt die Sache ganz anders. Sie sind nicht an und für sich falsch; unter den Bedingungen und Verhältnissen, unter denen sie einst aufgestellt wurden, behaupten sie noch heute ihre Richtigkeit, aber unter den inzwischen anders gewordenen Verhältnissen sind sie allerdings nicht mehr zutreffend. Jede wirtschaftliche Theorie kann immer nur der Ausdruck bestimmter Wirtschaftsgestaltungen, einer bestimmten Entwicklungsphase sein, schwinden die Verhältnisse, die ihre Voraussetzung bilden, so veraltet natürlich auch sie. So ist z. B. auch die merkantilistische Handelsbilanzlehre nicht an sich falsch. Für ihre Zeit war sie richtig; angewandt auf die heutige Phase der Finanz- und Verkehrsentwicklung hat sie jedoch nur noch eine sehr bedingte relative Gültigkeit. Was folgt daraus? Sollen wir deshalb auf die theoretische Analyse, auf die tiefere Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge verzichten? keineswegs; es folgt daraus nur, daß die Voraussetzungen der Gültigkeit einer Theorie nicht außer acht gelassen werden dürfen, daß es für den Theoretiker absolut nötig ist, die Veränderungen ökonomischen Struktur zu berücksichtigen und mit dem Wirtschaftsleben im Kontakt zu bleiben.

Darin liegt schon ausgesprochen, wie notwendig und wichtig es ist, daß auch der Praktiker zu Wort kommt. Mitten im Geschäftsleben stehend, lernt er manche Einzelheiten, manche durch besondere Einflüsse und Gegeneinflüsse bewirkte Abweichungen von der Regel kennen, die zur Ergänzung und Präzisierung der Theorie dienen und dadurch nützlich für die Wissenschaft werden können. Hätte Herr Raphael May sich deshalb auf die Wiedergabe von Erfahrungen und Mitteilungen aus der Praxis und auf solche volkswirtschaftlichen Gedanken, die seine Beobachtungen in ihm auslösten, beschränkt, so würde sich schwerlich gegen sein Buch etwas einwenden lassen. Doch er fühlt sich zu Höherem berufen; unter Mißachtung zwar nicht aller, wohl aber der wissenschaftlichen Theoretik stellt er die vagsten Berechnungen und weitgehendsten Schlußfolgerungen auf und gelangt doch schließlich nur zu Ergebnissen, die sich bei näherer Besichtigung zumeist als allbekannte Gemeinplätze oder als luftige Hypothesen herausstellen.

Einen Beweis dafür, wie Herr May vorgefaßten Meinungen zu Liebe zu rechnen versteht, liefert gleich das erste Kapitel über „Einkommen und Konsum". May giebt darin zunächst nach den Statistikern Mulhall, Engel, Sauerbeck und andren eine Uebersicht über die Steigerung des Volkseinkommens, speciell in Deutschland, und die Verbilligung wichtiger Lebensmittel. Die deutsche Statistik ist jedoch zur Skizzierung eines anschaulichen Bildes der Einkommensteigerung unzureichend, und so greift May zur englischen.

Nach Bowleys Lohnstatistik sind in Großbritannien von 1860 bis 1896 die Geldlöhne im Durchschnitt um 39 Prozent gestiegen, während gleichzeitig nach verschiedenen, allerdings nur annähernd richtigen Berechnungen Woods der Konsum von 14 wichtigen Artikeln (Getreide, Kakao, Kaffee, Baumwolle, Rosinen, Fleisch, Reis, Zucker 2c.) um ungefähr 40 Prozent zugenommen hat. Was beweist das? Nun, daß im allgemeinen der Geldlohn wie der Konsum in England beträchtlich gestiegen ist. Eine Thatsache, die jedem Volkswirtschaftler längst bekannt war. Wie hoch an dieser Zunahme die einzelnen Volksschichten beteiligt sind, wie sehr speciell die Ausgaben der Arbeiter für die verschiedenen Konsumartikel gewachsen, wie sich diese Ausgaben zu den Löhnen und deren Wachstum verhalten 2c. 2c., darüber ergiebt sich aus dieser Statistik gar nichts; immerhin darf man annehmen, daß auch der Arbeiter an der Steigerung seinen Anteil hat (natürlich gilt das nicht für alle einzelnen Kategorien in gleichem Maße) und heute im allgemeinen besser lebt, als vor vierzig Jahren.

Herr May, der eine specielle Vorliebe dafür hat, den Mund möglichst voll zu nehmen, folgert daraus allerdings noch ganz etwas andres. Obgleich durchaus nicht feststeht, wie hoch der Anteil der Arbeiter an der Einkommenssteigerung ist, obgleich weiter noch gar nicht entschieden ist, wie weit nicht vielleicht dieser Anteil mehr oder weniger wieder durch höhere Ausgaben für Wohnungen, Schule, Krankheiten 2c. ausgeglichen wird, sieht unser Praktiker in dieser Statistik bereits eine Widerlegung der sogenannten Verelendungstheorie und schreibt (S. 37):

„Viele haben nur widerstrebend die Thatsache eines fortschreitenden Anteils der Masse an dem Mehrkonsum der Welt zugegeben, und als sie nicht mehr anders konnten, dagegen geltend gemacht, daß der Anteil der Reichen an diesem Mehrkonsum noch größer sei, so daß bei positiver Abnahme des Elends der Massen dasselbe doch „relativ" zugenommen habe. Sie vergessen dabei nur, daß — um eine diesen Kreisen geläufige Wendung zu gebrauchen — bei einer gewissen Grenze die Quantität in die Qualität umschlägt.

Wenn der Anteil der Massen quantitativ so weit fortgeschritten ist, daß jeder satt und gut zu essen hat, anständig wohnt, sich anständig kleidet, gegen Unfall, Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. versichert ist, daß für seine Angehörigen im Falle seines Todes gesorgt ist, daß ihm jedes Bildungsmittel, jede geistige Nahrung frei zur Verfügung steht — dann mag der Vorteil der Reichen so groß sein, daß sie sich zu Tode essen und trinken können, daß sie sich jeden Luxus gestatten, jede Bildung aneignen können — sie werden die Massen dadurch niemals zu „relativem" Elend herabdrücken."

Eine einfältigere Auffassung der sogenannten Verelendungstheorie ist kaum möglich. Selbst wenn man davon absieht, daß Marx die „Verelendung" — er selbst gebraucht ja das Wort nicht — der Lebenslage des Arbeiters nur als eine der vielen Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise hinstellt, der, wie er im Folgenden ausführt, andre, sie mehr oder weniger aufhebende Tendenzen entgegenstehen, selbst wenn man ferner den Begriff der „Verelendung" nicht, wie das für jeden, der etwas von dem Gang kultureller Entwicklung versteht, selbstverständlich ist, relativ faßt, d. h. als bestimmt durch das jeweilige Niveau der Gesamtkultur, sondern sich nur an den einen betreffenden Satz von Marx klammert, ist die Maysche Interpretation eine grobe Fälschung. Denn Marx spricht dort von der wachsenden „Masse des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Degradation, der Ausbeutung". Er nimmt also eine allgemeine Verschlechterung der socialen Lage des Arbeiters an, speciell auch in ethischer Hinsicht. Herr May dagegen stellt es so hin, als bestände die „Verelendungstheorie" in der Behauptung, der Konsum der Arbeiter an Lebensmitteln nehme ab, als hätte an dem infolge stetig steigender Produktivität zunehmenden Verbrauch von Produkten aller Art der Arbeiter keinerlei Anteil.

Weiter aber, inwiefern folgt denn aus der Zunahme des Konsums der erwähnten 14 Woodschen Artikel in England, daß nun schon jeder satt und gut zu essen hat, anständig wohnt, daß für seine Angehörigen gesorgt, und ihm jede geistige Nahrung zur Verfügung steht? Der ganze Absatz enthält nur leeres Geschwätz.

Drittens, wenn Herr May meint, es könne einerlei sein, wie groß der Anteil der Reichen an der steigenden Kultur sei, wenn nur der Anteil der Massen quantitativ fortschreite, daß jeder satt und gut zu essen hat, anständig wohnt usw., so verkennt er völlig das Wesen der socialen Frage. Es handelt sich keineswegs nur darum, allen auskömmliche Kost, Wohnung 2c. zu sichern, sondern die zwischen den verschiedenen Volksschichten bestehende Kluft auszufüllen, die Kulturbedürfnisse der Masse zu steigern und jedem den Anteil an den materiellen und geistigen Genüssen zu schaffen, den die erreichte Stufe der Produktivität gestattet. Steigt aber der Anteil der Reichen an diesen Genüssen noch schneller, als jener der großen Masse, so erweitert sich naturgemäß die Kluft und mit ihr das Gefühl der Entrechtung der unteren Schichten, umsomehr, wenn diesen jedes Bildungsmittel frei zur Verfügung stehen wird, sie also an Bildung den Reichen nicht nachstehen.

„Ist es denn aber wahr, daß der Anteil der Reichen am Mehrkonsum stärker gewachsen ist, als derjenige der Massen?! fragt Herr May und antwortet darauf mit folgender Tabelle nach den Berechnungen A. L. Bowleys:

**Relative Veränderungen der Gesamteinkommen wie der Durchschnittseinkommen der britischen Gesamtbevölkerung und der britischen Arbeiterbevölkerung.**

| Jahr | Millionen: Anzahl der Personen mit selbständigem Einkommen | Millionen: Anzahl der Handarbeiter | Prozentuale Zunahme der durchschnittl. Wochenlöhne | Jährlicher Durchschnittslohn (von Kol. 3) | Gesamtes jährl. Lohneinkommen (von Kol. 2 u. 4.): Betrag | Gesamtes jährl. Lohneinkommen: In Proz. v. gesamt. Volkseinkomm. | Nicht aus Löhnen stammendes Einkommen: Der Einkommensteuer unterworfen: Betrag | Der Einkommensteuer unterworfen: In Proz. v. gesamt. Volkseinkomm. | Nicht der Einkommensteuer unterworfen: Betrag | Nicht der Einkommensteuer unterworfen: In Proz. v. gesamt. Volkseinkomm. | Gesamtes Volkseinkommen Addition der Kolonnen 5, 7 u. 9 | Gesamtbevölkerung in Millionen | Durchschnittliches Volkseinkommen (von Kol. 11 u. 12): Betrag | Durchschnittliches Volkseinkommen (von Kol. 11 u. 12): Prozentzunahme |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
| | | | | Pfd. Sterl. | Mill. Pfd. Sterl. | | Mill. Pfd. Sterl. | | Mill. Pfd. Sterl. | | Mill. Pfd. Sterl. | | Pfd. Sterl. | |
| 1860 | 13,3 × 0,77 = | 10,2 | 100 | 38,4 | 392 | 47 | 376 | 45⅓ | 64 | 7⅔ | 832 | 28,7 | 28,9 | 100 |
| 1866 | 13,9 | 10,7 | 113 | 43,4 | 464 | 45 | 485 | 47 | 81 | 8 | 1030 | 29,8 | 35,1 | 121 |
| 1870 | 14,5 | 11,2 | 113 | 43,4 | 486 | 44½ | 521 | 48 | 85 | 7½ | 1092 | 30,0 | 36,4 | 126 |
| 1874 | 14,9 | 11,5 | 138 | 53,0 | 609 | 45¼ | 635 | 47¼ | 100 | 7½ | 1344 | 32,4 | 41,5 | 143 |
| 1877 | 15,2 | 11,7 | 132 | 50,7 | 591 | 43 | 652 | 47½ | 130 | 9½ | 1373 | 33,4 | 41,1 | 142 |
| 1880 | 15,5 | 11,9 | 124 | 47,6 | 567 | 42 | 652 | 48½ | 126 | 9½ | 1345 | 34,5 | 38,9 | 135 |
| 1883 | 15,8 | 12,2 | 130 | 49,9 | 609 | 42⅔ | 696 | 49 | 122 | 8⅓ | 1427 | 35,3 | 40,4 | 140 |
| 1886 | 16,8 | 12,6 | 125 | 48 | 605 | 42 | 715 | 49½ | 125 | 8½ | 1445 | 36,8 | 39,8 | 138 |
| 1891 | 16,9 | 13,0 | 140 | 53,8 | 699 | 43½ | 782 | 48½ | 130 | 8 | 1611 | 37,8 | 42,7 | 147 |

Angenommen ist bei dieser Berechnung, daß die Anzahl der Handarbeiter 1860 ebenso wie 1891 = 77 Proz. der Gesamtzahl der Erwerbsthätigen betragen hat. Dadurch wird von vornherein die Rechnung zu Ungunsten der Arbeiter verschoben, denn da Englands Handel und Industrie in diesen dreißig Jahren enorm zugenommen hat, ist es sicher, daß die Arbeiterzahl prozentuell schneller gewachsen ist, als die der Gesamtbevölkerung und der Erwerbsthätigen. In Deutschland betrug z. B. in der Industrie (mit Einschluß des Bergbaus und des Baugewerbes), sowie im Handel und Verkehr:

| | 1882 | 1895 |
|---|---|---|
| die Zahl der Unternehmer . . . . . | 1 031 804 = 18,9 % | 1 234 470 = 14,4 % |
| Arbeiter und Angestellten | 4 431 113 = 81,1 % | 7 320 444 = 85,6 % |

Während in diesen 13 Jahren die Gesamtbevölkerung um 14 Proz., die Zahl der Erwerbsthätigen um 17 Proz. zunahm, stieg die Zahl der in Handel und Industrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten um 65 Proz.

Doch sehen wir von allen solchen berechtigten Einwänden ab und nehmen wir einfach die obige Tabelle, wie sie ist. Was lehrt sie? Erstens, daß der Anteil der Arbeiter am Gesamteinkommen der englischen Nation seit 1860 bedeutend abgenommen hat, während gleichzeitig der Anteil derjenigen, die der Einkommensteuer unterworfen waren (die Einkommensteuer beginnt bei 3200 M. Einnahme) zunahm. Im Jahre 1860 partizipierten die Arbeiter noch am National-Einkommen mit 47, 1886 nur noch mit 42, 1891 wieder mit 43½ Prozent; dagegen belief sich der Anteil der Einkommensteuerpflichtigen 1860 nur auf 45½, 1886 schon auf 49½, 1891 auf 48½ Proz. Zweitens ergiebt sich, daß in Prosperitätsjahren der relative Anteil des Arbeiters steigt, in Krisenjahren abnimmt: 1874, 1883, 1891 waren gute, 1877, 1880, 1886 schlechte Geschäftsjahre.

Dieses klare Facit, das den Behauptungen Mays direkt widerspricht, paßt diesem jedoch nicht in seine Beweisführung. Er vergleicht, um festzustellen, wie hoch der Anteil der Reichen gegenüber dem der Arbeiter ist, nicht etwa das beiderseitige Einkommen miteinander, sondern stellt die Zunahme der Arbeiter-Wochenlöhne (siehe Spalte 3 der Tabelle) der Zunahme des Jahreseinkommens gegenüber, das vom Gesamteinkommen der Nation auf jede einzelne Person (auch Säuglinge, Gefangene, Armenhäusler usw.) entfällt — er spielt also behende die Frage auf ein ganz andres Gebiet.

Aber selbst bei dieser Art der Vergleichung zeigt sich noch immer ein Zurückbleiben der Lohnsteigerung hinter der allgemeinen Einkommenszunahme; die Zunahme der Wochenlöhne betrug von 1860 bis 1891 nur 40, die des durchschnittlichen Einkommens 47 Proz.; so schiebt denn zur Ablenkung Herr May schnell wieder eine andre Frage in den Vordergrund. „Das Resultat", sagt er, „dieser Untersuchung ist, daß das Volkseinkommen in 31 Jahren um 7 Proz. mehr gestiegen ist, als das Lohneinkommen. Das kann aber ebenso gut aus besserem Einkommen der Beamten, Lehrer, Advokaten, Aerzte, Techniker 2c. kommen, als aus dem der Fabrikanten, Händler, Bankiers, Couponabschneider, Grundbesitzer 2c. und jedenfalls haben die geistigen Berufe ihren gemessenen Anteil an dieser Besserung des Gesamteinkommens im Verhältnis zum Lohneinkommen."

Was soll diese Rederei! Es handelt sich um das Verhältnis des Lohneinkommens zum Einkommen der sogenannten Reichen. Wie innerhalb deren Kreis sich die Einkommen wieder verteilen, ob die Einnahme der Aerzte oder Advokaten sich prozentuell noch mehr verbessert hat, als jene der Fabrikanten oder Bankiers, ist eine Frage für sich; niemand hat behauptet, die sogenannten liberalen Berufe wären an der Zunahme des Nationaleinkommens nicht beteiligt.

Indes, Herr May hat noch eine andre Entdeckung in petto: „Es geht aber auch aus der Tabelle hervor, daß, abgesehen vom ersten Jahre unsrer Periode, die Steigerung des Geldeinkommens von 1866—1891 ebenso groß im Lohneinkommen wie im Gesamteinkommen war, und daß sie seit 1870 für die Löhne sogar 27 Proz. betragen hat, gegen nur 21 Proz. des Volkseinkommens. Wo bleibt da der größere Anteil, den die Reichen am Gesamtfortschritt gehabt haben sollen?"

Ganz richtig, wenn man erst Zahlen zum Vergleich stellt, welche für die strittige Frage gar nichts besagen, dann einfach die Rechnungsperioden (in vorliegendem Fall das Jahrzehnt 1860/70) außer Betracht läßt, die einem nicht in die Behauptung passen und sich dafür jene heraussucht und zusammenstellt, die für die Behauptung sprechen, dann läßt sich selbst das Absurdeste beweisen; nur bezeichnet man solche Rechenkunststücke gewöhnlich als faule Kniffe.

Als praktischen Rechner haben wir Herrn May kennen gelernt, betrachten wir ihn nun in seiner Eigenschaft als ökonomischen Logiker. Seite 62 schreibt er: „Fürchtet keine „Ueberproduktion", es giebt keine Ueberproduktion, denn seht, da sind Völker, deren Produktion den Durchschnitt weit übersteigt, und sie leiden nicht mehr von „Ueberproduktion" als die Völker, deren Produktion weit unter dem Durchschnitt ist — aber sie haben ein viel größeres Einkommen als letztere. Volksproduktion ist Volkseinkommen, gebt Euch alle erdenkliche Mühe, Eure Produktion zu steigern." Und ferner Seite 464: „Da fragen wir uns denn: wenn die Bedürfnisse und ihre Befriedigung durch gesteigerte Produktivität der Arbeit ins Unendliche gesteigert werden können, wenn Volksproduktion gleich Volkseinkommen ist, wenn nicht nur zu viel, sondern nie genug produziert werden kann — woher kommt dann „die Ueberproduktion"?! Es giebt in der That keine Ueberproduktion."

Ganz richtig, es kann, wenn man die physische Möglichkeit des Produktenverbrauchs als Maßstab nimmt, gar nicht genug produziert werden; es giebt noch so viele Bedürfnisse und sie können, wie Herr May sagt, zudem auch noch „ins Unendliche" gesteigert werden. Der Fehler ist nur, daß diese Bedürfnisse für die ganze Frage ganz belanglos sind; es handelt sich nicht darum, ob noch irgendwelche Bedürfnisse zu befriedigen und ob sie noch einer Erweiterung fähig sind; nicht um das Verhältnis der Produktion zur physischen, sondern zur ökonomischen Konsumtionsfähigkeit,

oder, um „praktisch“ zu reden, nicht darum, was die Masse wohl noch zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse gebrauchen könnte, sondern was sie zu kaufen im stande ist. Zwischen diesen beiden Dingen ist, wie Herr May in seiner Konfusion übersieht, ein Unterschied, und so wird ihm denn auch das ganze Problem nicht klar. Sicherlich: handelte es sich nur um die physische Konsumtionsmöglichkeit, es gäbe keine Krisen; denn noch niemals ist eine Krise ausgebrochen, weil keine Bedürfnisse mehr zu befriedigen waren. Ach nein, viele Personen hätten noch so manches gebrauchen können. Da ist der Markt voller Textilwaren und gar mancher kann noch einen, auch zwei oder drei Anzüge brauchen; mancher hätte so gerne seine zerrissene Wäsche durch neue ersetzt; also an Bedürfnissen fehlt es nicht, aber an den nötigen Mitteln, sie zu befriedigen, und so bleiben die Magazine vollgestopft, die Fabriken stehen still. Es ist eben doch zu viel produziert, nicht für das physische, wohl aber für das ökonomische Bedürfnis.

Ganz vermag übrigens auch Herr May nicht zu leugnen, daß es Zeiten der Ueberproduktion giebt, die Sache ist doch zu offenkundig. Er hilft sich deshalb damit, daß er die Ueberproduktion einfach „Depression“ nennt. Solche Depressionen aber entspringen nicht etwa notwendig aus dem Charakter der kapitalistischen Produktion, sondern Herr May findet vielmehr als echter Praktikus, der an der Oberfläche der wirtschaftlichen Erscheinungen herumkrebst, daß der Handel die Konjunktur wahrnehmen will und die Interessenten falsche Angaben machen. „Wenn die Preise steigen,“ sagt er, „will der Handel die Konjunktur wahrnehmen, er kauft. Der Produzent spricht dann von dem steigenden Bedarf und richtet sich durch stärkere Produktion auf einen größeren Konsum ein. Der Konsum ist aber nicht gestiegen. Eines Tags stellt sich heraus, daß der Handel „voll sitzt“, daß die Ware nicht abgeht.“

Das ist allerdings der äußere Vorgang. Aber warum ist denn der Konsum nicht gestiegen, warum geht nichts ab? Wenn doch Volksproduktion = Volkseinkommen ist und jede Produktions-Vermehrung einer Mehrung der Konsumtionsfähigkeit entspricht, warum kaufen dann die Leute nicht, wenn sie doch noch so manches brauchen könnten? Ja, warum nicht?

Ueber die Ursache dieses Mißverhältnisses zwischen seiner Auffassung und den thatsächlichen Vorgängen auf dem Wirtschaftsmarkt scheint Herr May noch nie nachgedacht zu haben. Vielleicht versucht er es gelegentlich, wenn er überflüssige Zeit hat, und findet dann vielleicht auch, daß es auf die Vermehrung des Volkseinkommens keineswegs allein ankommt, sondern auch auf die Verteilung dieses Einkommens und die mit ihr zusammenhängende Art des Konsums, und daß diese wieder durch das Verhältnis des Arbeitslohns zum Mehrwert bestimmt wird. Allerdings ohne etwas Vertiefung in die Theorie wird es kaum gehen.

Bekanntlich hat eine „Depression“ gewöhnlich Arbeiterentlassungen zur Folge. Es entstehen dann Perioden der Arbeitslosigkeit; ein Heer von Beschäftigungslosen häuft sich an, das nicht nur, indem es durch Lohnunterbietungen das Lohnniveau herabdrückt, der Arbeiterklasse selbst gefährlich wird, sondern oft auch bedeutende Anforderungen an die Steuersäckel des Staats und der Kommunen stellt. Deshalb ist die Frage der Verhinderung der Arbeitslosigkeit eine der wichtigsten des heutigen Wirtschaftslebens. Herr May als moderner Doktor Eisenbart löst auch sie spielend. Man verwandle, sagt er Seite 119, die ungelernten Arbeiter in gelernte, sei es selbst auf Kosten der Gesamtheit. Durch diese Umwandlung werden die Arbeiter leistungsfähiger, und „mit der dadurch erzielten Steigerung der Produktivität steigern wir die Produktion, die Löhne, den Konsum und schaffen so am sichersten aus der Welt die Arbeitslosigkeit.“

Also die Ueberproduktion führt zur Arbeitslosigkeit; um diese zu heben, muß die Leistungsfähigkeit des Arbeiters verstärkt werden, damit er noch mehr produziert. Wie nun aber, wenn die Löhne und die Kaufkraft nicht in gleichem, sondern in geringerem Maße steigt, als die Produktion? Der Fall scheint Herrn May in seiner Praxis noch nicht vorgekommen zu sein.

Einen Nutzen hat das vorliegende Buch unbedingt. Es zeigt jedem, der Augen zum Sehen hat, wohin die praktische Betrachtung führt, wenn sie ohne theoretische Einsicht in die inneren Zusammenhänge des Wirtschaftslebens vorgenommen wird; und diese Lehre ist für 10 M. nicht zu teuer erkauft. Ich wünsche deshalb dem Buch weiteste Verbreitung, aber noch mehr kritisch-veranlagte, denkende Leser.

H. C.


Denkbar grösste Auswahl. — Streng feste Preise.

**Feinste Mass-Anfertigung.** [1711L*

**Zur Reise**

**Herren-Jacketts** aus Lüstro, Alpacca, Panama, Cachemire und Cheviot 3,50, 4,—, 5,25, 6,—, 6,50, 7,50, 8,—, 8,50, 9,— u. 10,50 Mk. **Herren-Hosen** aus haltbaren Waschstoffen, sehr solide Fabrikate, 2,—, 2,50, 2,75, 3,50, 4,50 und 6,— Mk. **Joppen** aus Waschstoff 1,25, 1,75, 2,25, 3,—, 3,75 und 4,25 Mk. **Falten-Joppen** 5,—, 6,—, 6,50 Mk. **Staubmäntel** aus Drell 4,50 Mk., aus Alpacca 12,— Mk. **Knaben-Waschanzüge** in apartor sehr eleganter Ausführung 2,—, 2,50, 3,—, 3,50, 4,50, 5,— Mk. **Burschen-Anzüge** von 2,50 bis 12,— Mk. **Einzelne Hosen** und **Joppen.**

**Berlin, Oranienstr. 166.** **Carl Stier,** **Fabrik für Herren- und Knaben-Garderoben** **Potsdam, Brandenburgerstr. 23.**

Tadelloser Sitz. — Beste Verarbeitung.

**Ganz umsonst und portofrei** kann sich jeder von uns für entsprechenden Wert Waren erwerben. (Wir bitten selbiges jedoch nicht mit Coupons oder Gutscheinen zu verwechseln.) Man verlange **Prachtkatalog fürs Jahr 1901** nächst näherer Angabe ebenfalls **gratis u. franco.** Derselbe enthält außer aufgeführt. Rasiermesser noch 28 verschiedene Nummern in Rasiermessern sowie große Auswahl in Rasiernutensilien, Taschen, Tafelmessern und Gabeln, Scheren, Brot-, Schlacht-, Gemüse-, Hack- und Wiegemessern, Uhren- und Halsketten, Broschen, Ringen, Portemonnaies, Cigarrentaschen, Pfeifen, Spazierstöcken, Regenschirmen, Fernrohren, Feldstechern, Schuß- und Stichwaffen, Wagen und sonstigen Schmuck und Haushaltungsartikeln 2c.

Gleichzeitig offerieren wir, damit sich jeder von der Güte u. Qualität unsrer Waren (ohne Risiko) überzeugen kann,

**Rasiermesser No. 64**

für nur Mk. 2,00, 14 Tage zur Probe mit 5 Jahren Garantie, aus Silberstahl genau wie Zeichnung, fein hohl geschliffen, fertig zum Gebrauch, echt Hornheft, mit haltbarer imitierter Goldeinlage, mit hochfeinem Etui.

Mit beliebigem Namen in Goldschrift verziert 10 Pfennig mehr

Besteller verpflichtet sich, obigen Betrag einzusenden oder das Messer zu retourn.

Mehr wie ein Stück nur gegen Nachn. Bitte genau auf unsre Firma zu achten. **Gebrüder Bell,** Stahlwarenfabrik, Gegründet 1876. Gräfrath Nr. 714 bei Solingen.

**Welt-Restaurant Hirschgarten,**

anerkannt größtes und schönstes Etablissement, über 2000 Personen fassend, den geehrten Vereinen und Gewerkschaften zur gefälligen Benutzung angelegentlichst empfohlen. 14752*

Jeden Sonntag und Mittwoch: **Großer Ball.**

Telephon: Amt Köpenick Nr. 36. **Richard Walter.**

**Restaurant „Wilhelmshof“, Hirschgarten.**

**Am Bahnhof Hirschgarten.** Inh. **W. Keller,** Gastwirt.

Empfiehlt den **Vereinen und Gesellschaften** seinen schönen schattigen Garten, ca. 2000 Personen fassend, großen Saal, Kegelbahnen, Kaffeeküche. Gutgepflegte Bier u. Speisen zu jeder Tageszeit. **Volksbelustigungen.**

Auch zu erreichen Köpenick von Bahnhofstraße, Kaiser Wilhelmstraße, Stubenrauchstraße (neue Straße nach Friedrichsh.) **Radfahrer Pumpstation.**

**Vorsicht — Radfahrer!**

Achten Sie beim Einkauf von Pneumatikreifen darauf, daß Ihnen nicht garantielose Ware verkauft wird.

**Sie schützen sich**

am besten, wenn Sie

**KONKURRENZ-PNEUMATIK**

kaufen, denn dafür wird **volle Garantie** geleistet.

Einzelpreise { 1 Mantel mit voller Garantie 7.50 Mark; 1 Schlauch „ „ „ 3.75 „

Gummilösung in Tuben — 15 Ctm. lang . . . 0.20 Pfg.

Sämtliches Reparaturmaterial sehr billig.

**Preisliste** verbunden mit Angabe der verbotenen Straßen und Plätze Berlins gratis und kostenlos. 16969*

**„ADLER“** Gummi- und Guttaperchawaren-Industrie, Oranienstraße Nr. 117.

**Jos. Gremmers Wwe.**

**Landshut** Bayern.

Erste und älteste **Brasiltabak-Fabrik.**

Brasilschnupftabak per Pfund Mk. 1,70 und Mk. 1,50. Von 6 Pfd. an franco. Stanniol-Pakete zum 10 Pf.- u. 5 Pf.-Verkauf. Billigste und vorteilhafteste Bezugsquelle. [142/10*

**Kufeke's** BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder **Kindermehl.**

**Segler-Schloß Hankels Ablage,**

**Bahnstation Zeuthen. Görlitzer Bahn.**

Sehr schön gelegen an Wald und Wasser. — Den Vereinen und Gesellschaften sehr zu empfehlen. [16329*] Besitzer **W. Heinrich.**


# Kleine Anzeigen.

*Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.*

*Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.*

## Verkäufe.

**Restauration** mit Vorgarten zu verkaufen. Zu erfragen Rixdorf, Herthastraße 1a. Nähe Bahnhof Rixdorf. 15755

**Eckdestillation** mit schönem Vorgarten verkauft Lehmann, Schulstraße 12. [695K*

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstraße 9, parterre. †45*

**Elegante** vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II

**Reste,** und Knabenanzüge, einzelne Herrenhosen, Knabenhosen, Joppen, Hemden-Blusen werden zu außergewöhnlich billigen Preisen verkauft. Resterhandlung Zange, Moabit, Turmstraße 84. 66/10*

**Teppiche,** Gardinen, Remontoiruhren spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 68/4*

**Betten,** Steppdecken, Regulatore spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6.

**Kinderbettstellen** spottbillig, Andreasstraße 23. [5528*

**Kinderwagen,** Sportwagen, Riesenauswahl, Bazar Baby, Invalidenstraße 160, Frankfurterstraße 115, Oranienstraße 31, Belle-Alliancestraße 107, Reinickendorferstraße 2d, e, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 6478*

**Fahrräder!** Teilzahlungen Riesenauswahl, Halbrennräder, Tourenfahrräder, Damenräder. Gebrauchte 35 Mark an. Gratisunterricht. Reparaturen sachgemäß, preiswert. Fahrräder werden verliehen. Multiplex-Industrie, Alexandrinenstraße fünfundvierzig, Stallschreiberstraße. 6368*

**Fahrradzubehör!** Außerordentlich preiswert. Alexandrinenstraße fünfundvierzig, Stallschreiberstraße. 6368*

**Teppiche** mit Farbenfestern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †45*

**Achtung,** Radfahrer. Wer sich ein gutes Fahrrad kaufen will, wende sich an die Berliner Einkaufs-Genossenschaft, Berlin, Marsiliusstraße 19. [*

**Nähmaschinen** und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b

**Gaskocher!** Sparsysteme! 1,50, Zweilochkocher 6,—, Dreilochkocher 10,—, Gas-Plätteisen, Bügelapparate billig, Gas-Bratöfen 12,—. Wohlauer Wallnertheaterstraße 32 1186b

**Laubenbau!** Gebrauchtes und neues Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Thüren, Fenster, Dachpappe, Teer, billig Kottbuser Damm 22.

**Für** Laubenbesitzer sämmtliche Baumaterialien, Dachpappe, Brennholz 5 Mark. Charlottenburg, Bismarckstraße 89. 15056*

**Malzkraftbier,** blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/1 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porterkellerei Ringler Bernauerstraße 119. 97/10*

**Steppdecken** billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †45*

**Eckdestillation** sofort verkäuflich, Königsthor. Näheres Kalotschke, Holzmarktstraße 40. 150/13

**Baustellen** im herrlichen Vorort (Stettiner Bahn) Zepernick, dicht an der Bahn, verkauft sehr billig der Eigentümer Joers in Zepernick. [16329*

**Fahrrad-Leihhaus** Sendelstraße 20 verkauft verfallene, gebrauchte, neue Brennabor-, Opel-, Germania-, Sirius-, Amar-Räder 30,— an. [1631b

**Dürkopptandem,** wunderbar leicht, tadellos, Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11. 97/9

**Herrenfahrrad,** Damenfahrrad verkauft für jeden annehmbaren Preis Schuhmann, Waldemarstraße 27, vorn I. 67/10

**Papageienauswahl,** graue, grüne, fingerzahm, sprechend, 25 Mark, Oranienstraße 87. 1625b

**Nähmaschinenlager** sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. Lieferung sofort, auch durch Postkarte! Louis Landsberger, Landsbergerstraße 82. [†150*

**Fahrräderleihhaus.** Neue Schönhauserstraße 11, bietet in erstklassigen Fahrrädern wirklich sensationelle Verkaufspreise. Brennabor, Opel, Dürkopp, Stern, Imperialräder, gebraucht oder neu. Der enorme Umsatz in Fahrrädern spricht für die Güte derselben sowie für das gute Renommee des Fahrräder-Leihhauses, Neue Schönhauserstraße 11. 97/8

## Vermischte Anzeigen.

**Französisch** (billig) Breitestraße 5.

**Englisch** (billig) Breitestraße 5. *

**Gesangs-Unterricht.** Prinzenstraße 11. Institut. 1585b

**Violin-,** Klavier-Unterricht, Methode Oskar Brennecke, Monatshonorar 10,00, Oranienstraße 118. [*

**Patentanwalt** Dannmann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Erfindern kostenfreier Rat abends bis neun.

**Rechtsbureau,** Rechtshilfe, Andreasstraße dreiundsechzig. 1561b

**Schriftliche** Arbeit jeder Art, Klagen und Gerichtssachen, Steuer-Reklamationen, Briefe, fertigt erfolgreich und billigst Franz Wilbhagen, Christburgerstr. 32, Quergebäude III.

**Damenkleider** reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an. Rottnicks Färberei, Andreasstraße 78 parterre, Eisenbahnstraße 18.

**Buchbinder-Arbeit** jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

**Wernaus** Festsäle und Garten, Schwedterstraße 23. Sonnabends an Vereine zu vergeben. †49*

**Vereinszimmer,** groß und klein, 16—30 Personen fassend, noch einige Tage frei. Lausitzer Platz 8, Oskar Klein. [690K*

**Kunststopferei** von Frau Kokosky Steinmetzstraße 48.

**Unfallklagen.** Invalidensachen, Reklamationen fertigt Schulze, Bergmannstraße 107. 1089b*

**Saal** und Vereinszimmer empfiehlt Jonnaschk, Inselstraße 10. [706K*

**Landaufenthalt.** Zimmer Woche 5 Mark. Eggersdorf—Strausberg. Wende. 1628b

**Saal,** 200 Personen fassend, kleiner, 50 Personen, noch einige Tage, auch Sonnabends zu vergeben. Kegelbahn steht zur Verfügung. Ziebarth, Rummelsburg, Hauptstraße 83. 697K

**Wäsche** wird sauber gewaschen. Bezug 0,15, Leibwäsche 0,10, drei Handtücher 0,10. Abholung Mittwoch. Friedrich Geuzler, Köpenick, Müggelheimerstraße 43. 698K

## Vermietungen.

### Zimmer.

**Möbel,** zwei Zimmer, Nußbaum, sofort spottbillig verkäuflich. Waldemarstraße 27, I. [67/9

**Möbliertes** Vorderzimmer für zwei oder eine Person sofort. Stralauer Platz 14, II. [1621b

**Möbliertes** Zimmer mit noch einem Herrn, separat, 12 Mark. Wille, Prinzenstraße 77, vorn IV.

**Möbliertes** Zimmer für einen oder zwei Herren Reichenbergerstraße 61a, 1 Treppe rechts. †1

### Schlafstellen.

**Anständiger** Herr findet gute Schlafstelle bei Frau Hintz, Gräfestraße 35. [1564b

**Schlafstelle,** separat, Herrn, Wallstraße 21—22, Quergebäude, Curth.

**Saubere,** möblierte Schlafstelle für Herrn. Admiralstraße 6, III, Witwe Hohetfel. [67/8

**Möblierte** Schlafstelle für Herrn, separat. Boeckhstraße 51, Hof III, Frau Jost. [1619b

**Schlafstelle,** zwei Arbeiter, Andreasstraße 26, Hof III. [1623b

**Billige** Schlafstelle, Herrn, separat, Naunynstraße 90, vorn IV. Witwe Linke. †1

**Schlafstelle** für Mädchen Forsterstraße 40, Quergebäude 2 Treppen, Frau Buchholz. 1633b

**Eine** möblierte Schlafstelle zu vermieten Prinzenstraße 107, vorn vier Treppen, Winter. 1596b

## Arbeitsmarkt.

### Stellenangebote.

**Tüchtige** Korbmacher auf Kongomöbel finden sofort dauernde Beschäftigung bei L. P. Rosemann Brückenstraße 2. [1612b*

**Goldleisten.** Tüchtige Schleifer werden verlangt Köpenickerstraße 106a.

**Goldarbeiter-Lehrling** verlangt Linienstraße 206 im Laden. 1624b

**100** Korbmacher auf Geschäftskörbe verlangt Schulz, Karlstraße 40.

**Rockarbeiterinnen** im Hause verlangt Lorenz, Franseckistraße 4, I. [†50

**Maschinenschreiberin,** die schon beim Rechtsanwalt gearbeitet hat, wird sofort aushilfsweise verlangt. Dzialoszynski, Rechtsanwalt, Markgrafenstraße 62.

**Belegerin** für Goldleisten verlangt Erich Probst, Köpenickerstraße 37.

**Achtung! Holzarbeiter.**

In der Küchenmöbel-Fabrik von **Noack u. Kinne, Schulstr. 21,** haben sämtliche Tischler wegen Abzügen die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist fernzuhalten. 81/18

**Die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbands.**

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

**Vertreter**

für eine epochemachende amerikanische **Neuheit,** welche sich spielend leicht verkaufen lässt, gesucht. Der Artikel ist in Amerika allgemein eingeführt und findet auch in Deutschland den grössten Anklang. Gefl. Offert. unt. H. 61161 an **Haasenstein & Vogler A.-G.** in **Frankfurt a. M.** *

**Tüchtige Kesselschmiede**

werden bei hohem Verdienst und dauernder Beschäftigung von **großer Maschinenfabrik**

**gesucht.**

Offerten sind unter Chiffre B. K. 3971 an **Rudolf Mosse, Berlin SW.** einzusenden. 66/9*

**Schlossfabrikation**

Geldschrank-Fabrik im Ausland, welche die Anfertigung von [106/1*

**Tresor-, Geldschrank- und Depositenschlösser**

selbst anfangen will, sucht

**tüchtigen Mann**

der mit dieser Fabrikation in allen Teilen vertraut ist und der während der Entwicklung zunächst als **Vorarbeiter,** später — bei Ausdehnung dieses Zweigs — als **Werkmeister** auftreten soll. — Dauernde Stellung. — Eifer und Pünktlichkeit sowie vollständige Kenntnis der Branche und 1a Referenzen Bedingung.

Spracheukenntnis keine Bedingung. Offerten mit Angabe von Gehalt, Alter, verheiratet 2c. unter **C. J. 139** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin W. 8.**


Verantwortlicher Redacteur: **Heinrich Beyker** in Gr.-Lichterfelde. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Baging** in Berlin.